

[145]

Wirtschaftlicher Aufbau im Distrikt Warschau

1. Der Distrikt Warschau als Zentrum der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements

Warschau ist schon vor dem jetzigen Kriege das industrielle Zentrum des damaligen Staates gewesen.
Nach der polnischen Industriestatistik vom Jahre 1938 gab es im gesamten Gebiet der früheren Republik Polen, also einschliesslich der jetzt dem Reichsgebiet eingegliederten Gebiete, 9 166 Industriebetriebe, wovon 3 916 Betriebe auf den Raum des jetzigen Distrikts Warschau entfallen. Wenn man die Beschäftigtenzahl zugrunde legt, dann waren von den rund 302 000 in der Industrie Beschäftigen nicht weniger als 170 000 Arbeiter und Angestellte im heutigen Distrikt Warschau tätig, also rund 52%. Außerdem befanden sich noch die Hauptniederlassungen zahlreicher mittlerer und grösserer Betriebe in Warschau, wodurch das Schwergewicht des industriellen Einflusses von Warschau noch verstärkt wurde.
Als natürliche Folge dieser industriellen Zusammenballung in Warschau hatte sich hier auch nahezu das gesamte Bankwesen mit rund 28 Banken, die zum Teil Milliardenumsätze aufwiesen, niedergelassen, ebenso wie fast alle grösseren Versicherungsgesellschaften ihre Hauptniederlassungen in Warschau errichtet hatten.
In der Zeit nach dem Weltkriege wurden grosse, modern ausgestattete Rüstungsfabriken im Warschauer Becken gebaut, wodurch die allgemeine industrielle Betätigung noch weiter verstärkt worden ist.
Die einzelnen Industriezweige wiesen an Beschäftigten folgende Prozentsätze auf, wobei die im Jahre 1938 im Gebiet des jetzigen [146] Generalgouvernements beschäftigten Arbeiterzahlen zugrunde gelegt sind:

Metallindustrie	56,4%
Elektrotechnische Industrie	87,9%
Chemische Industrie	53,3%
Lederindustrie	47,6%
Nahrungsmittelindustrie	48,6%
Bekleidungsindustrie	67,7%
Vervielfältigungsindustrie	76,9%

Baugewerbe	76,0%
Papierindustrie	61,6%

Diese einem Bericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, entnommenen Zahlen zeigen die überragende Bedeutung der Warschauer Industrie.
Der Charakter der Warschauer Industrie kann im wesentlichen als der einer Veredelungs- und weiterverarbeitenden Industrie bezeichnet werden, da im Distrikt - abgesehen von den Rohstoffen zum Betrieb der zahlreichen Ziegeleien - sonstige Rohstoffe nicht vorkommen, so dass Rohstoffe und Halbfabrikate zur Weiterverarbeitung von auswärts bezogen werden müssen.
In der Nähe dieses Industriezentrums hat sich eine industrielle Arbeiterschaft angesiedelt, die zum größten Teil in Warschau und Umgebung wohnt. Es muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß in dieser Arbeiterschaft ein grosser Teil geschulter Fachkräfte vorhanden ist.
Ein umfangreicher Selbstverwaltungsapparat in der gewerblichen Wirtschaft, die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr mit ihren Fachverbänden sowie zahlreiche Fachschulen, sichert die Heranbildung des nötigen Nachwuchses und ist bestrebt, den Ausbildungsstand nicht nur zu erhalten, sondern die Leistungen noch weiter zu steigern.
Die in Warschau bestehenden Großbanken verfügen über die Mittel, einem industriellen und gewerblichen Aufschwung die nötige finanzielle Grundlage zu sichern, zumal sich in wachsendem Maße reichsdeutsches Kapital an diesen Banken beteiligen wird. Die bisherige Entwicklung ist weitgehend dadurch bestimmt worden, dass deutsche Lenkung und deutscher Einfluss mit grossem Erfolg eingesetzt worden sind. Die Schaffung einer deutschen Oberschicht und [147] die Durchdringung der Betriebe mit deutscher Organisation ist im ständigen Wachsen und hat schon zu erfreulichen Ergebnissen geführt. Dabei hat sich erwiesen, dass es auch mit wenigen deutschen Menschen möglich ist, grosse Betriebe, die ihrer Arbeiterschaft und ihrem Aufsichtspersonal nach rein polnisch sind, nicht nur im Gang zu halten, sondern dort sowohl der Leistung als den Kosten nach beachtliche Erfolge zu erzielen.
Die verkehrsgünstige Lage Warschaus im Schnittpunkt der Nord-Süd- und West-Ost-Achse sowie das gut ausgebaute Eisenbahnnetz tragen ihrerseits dazu bei, Warschau immer mehr zu einer Hauptdurchgangstelle werden zu lassen.
Wenn schliesslich noch die Lage der Stadt Warschau am Weichselstrom, über dessen Bedeutung **an anderer Stelle dieses Buches** berichtet wird, und weiter die Möglichkeiten berücksichtigt werden, die sich aus dem Ausbau der Weichsel und der Lage der Stadt und des Stromes zu den neuen Ostgebieten ergeben, so kann der Industrie des Distrikts Warschau - trotz der jetzt vorhandenen kriegsbedingten Schwierigkeiten - für die weitere Zukunft die günstigste Entwicklung vorhergesagt werden.
Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die hauptsächlichsten Industriezweige des Distrikts Warschau gegeben werden. Dabei ist von vornherein darauf hinzuweisen, dass sich das durchschnittliche Niveau natürlich nicht mit dem des reichsdeutschen vergleichen lässt. Gewiss gibt es zahlreiche Betriebe, die organisatorisch und maschinell über beste Einrichtungen verfügen, daneben stehen aber viele kleine Betriebe, deren technischer Stand nach deutschem Masstab gemessen als veraltet bezeichnet werden muß.
Weitaus an der Spitze der Industrie des Distrikts Warschau steht die eisen- und metallverarbeitende Industrie mit über 500 Betrieben. Dieser Industriezweig beschäftigte 1938 fast 35 000 Arbeiter. Der technische Entwicklungsstand ist hier besonders unterschiedlich. Neben modern und gutgeleiteten Betrieben gibt es solche, die sich nicht weit über das Niveau einer handwerklichen Fertigung erheben.
In der eisen- und metallverarbeitenden Industrie des Distrikts Warschau sind ziemlich alle Zweige vertreten. Es gibt Eisengiessereien, Fabriken für die Herstellung kleinerer und einfacher Maschinen und Apparate, Drahtziehereien, Nagelfabriken, Fabriken für Baubeschläge, Werkzeuge, Hausrat und dergleichen.
[148] Auch die elektrotechnische Industrie ist im Distrikt Warschau bedeutend. Nach der erwähn-

ten Statistik bestanden 119 Betriebe mit über 10 000 Beschäftigten.
Selbst wenn man berücksichtigt, dass in den vorstehend genannten Zahlen der eisen- und metallverarbeitenden Industrie und der elektrotechnischen Industrie viele kleine und unbedeutende Betriebe enthalten sind, dass einige Betriebe durch Kriegshandlungen zerstört, andere inzwischen stillgelegt und liquidiert worden sind, so bleibt immer noch ein beachtenswerter Umfang dieser Industrie bestehen.
In der Textilindustrie war zwar Warschau nicht das Zentrum des ehemaligen polnischen Staates, da der Hauptsitz der Textilbetriebe in Litzmannstadt war, doch weist dieser Industriezweig auch im Distrikt Warschau eine ansehnliche Grösse auf. Nach der polnischen Statistik aus dem Jahre 1938 wurden

163 Betriebe der Textil- und
606 Betriebe der Bekleidungsindustrie



Baumwollmanufaktur Wola Warschau.
[151]
Webereisaal der Baumwollmanufaktur Wola.



gezählt, die zusammen über 18 000 Menschen beschäftigten. Nach einer Bereinigung der Textilindustrie und einer erheblichen Einschränkung, zu der die Rohstofflage zwang, sind heute noch etwa 100 Betriebe teilweise oder voll beschäftigt. Die beiden grossen Textilbetriebe "Zyrardower Manufakturen A. G." und "Wola A. G." wurden unter deutsche Leitung gestellt. Im Jahre 1941 wurden in der Textil- und Bekleidungsindustrie durchschnittlich 10 000 Menschen beschäftigt; der Gesamtwert der Erzeugung in diesem Zeitraum betrug über 64 Millionen Zloty.
In der Schuherzeugung entfiel schon früher der grösste Anteil mit etwa 85% auf das Handwerk. Die restlichen 15% lieferten mittelgrosse mechanische Schuhfabriken in Warschau, die alle in jüdischem Besitz waren, und die Schuhfabrik "Bata" in Chelmek. Heute sind 9 mechanische



[150] *Schuhfabrik Weynerowski, Fliessband.*

Schuhfabriken in Warschau tätig, die sämtlich in arischen Händen sind und insgesamt durchschnittlich 750 Arbeiter beschäftigten. Im Jahre 1941 wurden von diesen mechanischen." Schuhfabriken 371 000 Paar Schuhe hergestellt.
Warschau war früher der Mittelpunkt der Lederindustrie im ehemaligen Polen. Vor dem Kriege bestanden im Bereich des heutigen Distrikts Warschau etwa 60 grössere Gerbereien, wovon etwa 40 in jüdischem Besitz waren. Nach Schliessung aller jüdischen Betriebe [149-152=Fotos] [153] wurden von der deutschen Verwaltung die leistungsfähigsten Gerbereien mit einer Produktionskapazität von 40% der Vorkriegszeit zur Weiterarbeit zugelassen. 1941 arbeiteten 23 Gerbereien mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 600 Gefolgschaftmitgliedern.

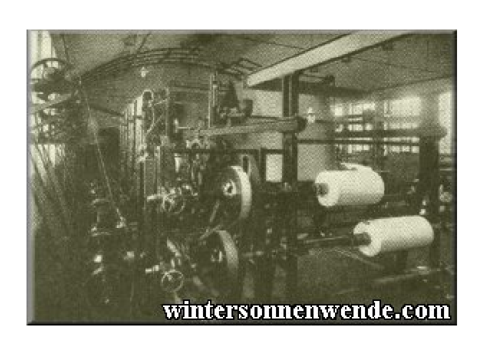


Fettindustrie Schicht. Seifenprägerei.
[152]
Kerzenfabrik Marenchowski. Kerzenziehmaschinen.



Die chemische Industrie, bei der in etwa 200 Betrieben rund 8 000 Arbeiter beschäftigt sind, ist mit einer vielseitigen Produktion vertreten. Allein 48 Betriebe, darunter 3 Großbetriebe, stellen pharmazeutische Erzeugnisse her. Unter den Betrieben der Seifen- und Waschmittelindustrie befindet sich die "Schicht A. G.", ein Großbetrieb, der in seiner technischen Einrichtung keinen Vergleich mit anderen technisch hochstehenden Betrieben des gleichen Gewerbezweiges in Europa zu scheuen braucht. Ferner gibt es in Warschau eine Bleistiftfabrik, die 336 Arbeiter beschäftigt und die ebenso alt wie die gleichartigen Fabriken in Deutschland ist. Weiter sind vertreten die

kosmetische Industrie, die Industrie der Farben und Lacke, die Kautschuk- und Asbestindustrie, Dachpappenindustrie, die Industrie für Leder- und Fußbodenpflegemittel, die Leimindustrie und andere.



[158] *Papierfabrik Mirkow, Pergamentiermaschinen.*



Auch in der Papierwirtschaft ist Warschau mit eigener Erzeugung vertreten. Die Mirkower Papierfabrik in Jeziorna bei Warschau ist in der Lage, monatlich 2500 bis 3000 t Papier herzustellen, angefangen vom gewöhnlichen Packpapier bis zu den anspruchsvollen Sorten, die die Staatsdruckerei für die Herstellung von Banknoten und dergleichen benötigt. Trotz der durch den Krieg bedingten Beschränkungen in der Rohstoffverwendung spielt die Mirkower Papierfabrik auch jetzt noch bei der Eigenversorgung des Generalgouvernements mit Papier eine bedeutsame Rolle.

Bei dem Überfluss an Papier, der früher in Polen bestanden hat, ist es nicht verwunderlich, dass hier eine ausgedehnte Verarbeitungsindustrie besteht, die wiederum hauptsächlich ihren Sitz in Warschau hat. So besitzt Warschau auch heute noch die älteste Tapetenfabrik des



[159] *Papierfabrik Mirkow, Papiermaschinen.*



Generalgouvernements.
Dass Warschau auch über zahlreiche bedeutende Druckereibetriebe verfügt, ist nur eine Folge seiner grossen wirtschaftlichen Bedeutung, die es schon früher im ehemaligen Polen einnahm. Es besteht hier die grosse Staatsdruckerei, in der die Banknoten, Steuerbanderolen, Stempelmarken, Lebensmittelkarten und dergleichen hergestellt werden. Ferner sind zu nennen die Städtische Druckerei, die Druckerei der Postsparkasse, die Schlesische Druckerei und der [154]grosse Druckereibetrieb des Zeitungsverlages Krakau-Warschau, in dem verschiedene Zeitungen, Druckschriften und Schriften für die Wehrmacht hergestellt werden.

Die Industrien der Steine, Erden, Glas und Keramik sind im Distrikt Warschau die



[157] *Bilder aus der Chemischen Fabrik Ludwig Spiess & Sohn.*



einzigen, die, abgesehen von der benötigten Kohle, überwiegend rohstoffunabhängig sind. Es ist hier in erster Linie die Ziegelindustrie zu nennen, die mit 86 Ringofen-Ziegeleien und 41 Feldziegeleien vertreten ist. Darunter befinden sich etwa 70 Ziegeleien, von denen jede eine Jahreskapazität von über eine Million Stück aufweist. Insgesamt verfügen die Ziegeleien über eine Jahreskapazität von 230 Millionen Stück Mauersteinen, Dachziegeln, Drainageröhren, Kacheln und dergleichen. In Zukunft soll die Herstellung von Dachziegeln noch erweitert werden, da die früher vielfach übliche Verwendung von Zinkblech zum Dachdecken deutschen Schönheitsbegriffen nicht entspricht. Ebenso soll die Produktion von Drainageröhren gesteigert werden, weil die Durchführung eines umfassenden Meliorationsprogrammes in der Landwirtschaft einen erhöhten Bedarf an Drainageröhren mit sich bringt.



[150] *Phillips-A. G. Warschau, Glühlampenabteilung.*

Die Glasindustrie kann im Distrikt Warschau mit 16 Glashütten aufwarten, in denen Flaschenglas und Hohlglas in den gebräuchlichen Dimensionen und verschiedenen Qualitäten hergestellt werden. Ferner besteht eine leistungsfähige Glühlampenfabrik. Etwa zehn dieser Hütten sind in technisch gutem Zustand. Die grösste Glashütte hat bei voller Beschäftigung eine Gefolgschaftsstärke von 350 Mann und eine monatliche Produktion von etwa 500 000 kg. Ferner haben zahlreiche glasverarbeitende Betriebe ihren Sitz in Warschau.
Die Baustoffindustrie ist im Distrikt Warschau mit 22 Dachpappenfabriken vertreten, die insgesamt über eine Jahreskapazität von 17,2 Millionen qm Dachpappe und Isolierpappe verfügen. Schließlich ist noch die holzverarbeitende Industrie zu nennen, von der es im Distrikt Warschau etwa 60 Betriebe gibt. Es sind darunter zum Teil sehr leistungsfähige Betriebe, die anerkannte Qualitätserzeugnisse an Möbeln, Hausgeräten und dergleichen herstellen. Die Qualität dieser Erzeugnisse wird sich noch steigern lassen, wenn sich durch Erziehung und Belehrung die deutsche Geschmacksrichtung einmal im stärkeren Masse durchgesetzt haben wird.



Schokoladenfabrik Wedel in Warschau.
[149]
Arbeitssaal in der Schokoladenfabrik Wedel.



Bei der wirtschaftlichen Bedeutung und der dichten Besiedlung des Warschauer Raumes hat sich als natürliche Folge auch eine umfangreiche Nahrungsmittelindustrie angesiedelt. Es sind hier zu nennen zwei grosse Schokoladenfabriken, ferner zahlreiche, zum Teil [155]moderne Mühlenbetriebe sowie Großbäckereien, Marmeladefabriken und Konservenfabriken für Fleisch, Gemüse und Obst.
Wenn bisher im wesentlichen nur von den industriellen Betrieben die Rede war, so sei der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass Warschau auch der bevorzugte Sitz des Handels und zwar des Groß-, Ein- und Ausfuhrhandels von Polen gewesen ist und in seinen Mauern auch den überwiegenden Teil der bedeutenden Handelsunternehmen dieses Staates überhaupt beherbergt hat. Dieser Handel lag hauptsächlich in jüdischen Händen. Auch hier ist, wie bei der industriellen Wirtschaft, eine durchgreifende Änderung eingetreten: Die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ist nahezu hundertprozentig erreicht. An die Stelle der Juden sind einheimische Kräfte und die aus den neuen Reichsgauen evakuierten Polen getreten. So konnte ein reibungsloser und den Wirtschaftsablauf nicht beeinträchtigender Austausch der Kräfte vollzogen werden.
Die augenblickliche Lage auf dem Warenmarkt kann natürlich kein Bild über die Leistungsfähigkeit des Handels vermitteln. Es kann aber festgestellt werden, daß gerade in Warschau von jeher eine grosse Tradition auf dem Gebiet des Handels bestanden und sich bis zum heutigen Tage erhalten hat. Die Verbindung mit den Seehäfen der Ostsee, insbesondere mit Danzig und Königsberg, die noch an anderer Stelle gewürdigt wird, und mit den Gebieten des Ostens bis zum Schwarzen Meer ist seit jeher in Warschau gepflegt worden, so dass gerade jetzt, nach dem Gewinn dieser grossen Ostgebiete, sich auch insoweit grosse Zukunftsaussichten ergeben.
Zur Zeit kann die Zahl der Handelsbetriebe im Distrikt Warschau mit etwa 35 000 angegeben werden.
Neben Industrie und Handel ist in Warschau stets auch das Handwerk von besonderer Bedeutung gewesen. Es lässt sich geschichtlich nachweisen, dass gerade im Handwerk der deutsche Kultureinfluss in den vergangenen Jahrhunderten sehr stark gewesen ist. Insbesondere kamen im 18. Jahrhundert im Gefolge der sächsischen Baumeister zahlreiche deutsche Handwerks-

meister nach Warschau, wie aus den Innungsbüchern der Warschauer Zünfte hervorgeht.
Die Zahl der Handwerksbetriebe beträgt zur Zeit etwa 20 000. Da die Handwerksbetriebe durchschnittlich 2,3 Beschäftige aufweisen, kann mit einer Beschäftigtenziffer von rund 45 000 gerechnet werden. Welche Rolle dieses Handwerk spielt, geht daraus hervor, dass, wie schon erwähnt, etwa 85% der Schuhe von den Handwerkern [156] hergestellt werden, deren Erzeugnisse vielfach als überaus hochwertig angesehen werden können und auf den deutschen Messen immer wieder besondere Beachtung finden. Ähnliches gilt vom Schneiderhandwerk und von der Bau- und Möbeltischlerei. Ein hochwertiges Bäcker-, Fleischer- und Konditorengewerbe entspricht den Bedingungen, die die verhältnismässig hohe Lebenshaltung Warschau an die Leistungen dieser Gewerbe gestellt hat. Ein ausgebautes Innungswesen und gut geleitete Fachschulen haben den hohen Stand des Handwerks in Warschau besonders begünstigt. Unter deutscher Führung wurde das Handwerk zu einer straffen Organisation zusammengefasst, deren Aufgabe es ist, in ihren Reihen auf Ordnung und Sauberkeit zu halten und insbesondere die Pflege des Nachwuchses in ihre Obhut zu nehmen.
Welche Bedeutung die vorstehend behandelten Gruppen der Industrie, des Handels und des Handwerks haben, erhellt am besten die Tatsache, dass der Distrikt Warschau in den Jahren 1940 und 1941 allein so viel Staats- und Gemeindesteuern aufgebracht hat, wie die Distrikte Krakau, Lublin und Radom zusammen genommen. Dies ist gleichzeitig die beste Rechtfertigung der auf dem Gebiet der Wirtschaft geleisteten Aufbauarbeit, da der grösste Teil dieser Steuern von den einzelnen Gruppen der gewerblichen Wirtschaft getragen worden ist.



2. Die wirtschaftlichen Beziehungen Warschaus zu den Nachbargebieten und den Hansestädten

Die grosse wirtschaftliche Bedeutung Warschaus zeigt sich nicht nur darin, dass es im Generalgouvernement ein sehr starkes Wirtschaftszentrum ist, sondern vor allem in der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Beziehungen Warschaus weit über die Grenzen des Generalgouvernements ausstrahlen.[1]
In vorderster Linie steht hier die alte Hansestadt Danzig, zu der die Handelsbeziehungen Warschaus stets besonders lebhaft gewesen sind. Schon im 13. Jahrhundert bestand über die Weichsel mit Danzig ein lebhafter Warenverkehr, wobei hauptsächlich Getreide, Holz, Pech und Teer ausgeführt wurde. Nach einer alten Chronik betrug im Jahre 1618 die Ausfuhr polnischen Getreides über Danzig [157-159=Fotos] [160] 128 789 Laczty. Es handelt sich hierbei um ein altes polnisches Maß, das etwa 2,5 t entspricht.
Auch mit **dem früheren Kongresspolen** war Danzig wirtschaftlich stark verbunden, da es das gegebene Hinterland von Danzig gewesen ist. Diese starke Verknüpfung der Wirtschaftsinteressen hat sich vor allem in den Jahren verdichtet, in denen Danzig nach dem **Diktat von Versailles** vom Reich abgesplittert war. Gewiss hat die polnische Republik **alles getan, um das deutsche Danzig auf die Knie zu zwingen,** wobei sie vor allen Dingen durch den Bau des Konkurrenzhafens Gdingen die Danziger Schiffahrt erdrosseln wollte; trotzdem hat aber Danzig zur Sicherung seines Lebensbedarfes mit dem polnischen Hinterland starke Verbindungen angebahnt, auch wenn diese naturgemäss vielfach in getarnten Formen abgewickelt werden mussten. Die weitgehende Beherrschung der polnischen Sprache in Danziger Wirtschaftskreisen und die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Lebensbedingungen des polnischen Staates befähigten die in jahrhundertelanger Schulung erzogenen Danziger Wirtschaftskreise, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen stets klar zu überblicken, sich einzuschalten und so die eigene Existenz aufrecht zu erhalten.
Als Danzig in das Reich zurückkehrte und **der Gau Danzig-Westpreussen gebildet wurde,** war

deshalb nichts natürlicher, als dass mit dem gleichzeitig erstehenden Generalgouvernement nahe Beziehungen aufgenommen wurden, um die alten Wirtschaftsverbindungen weiter auszubauen. Führende Männer der Danziger Wirtschaft, an der Spitze der Reichsstatthalter und der Präsident der Danziger Industrie- und Handelskammer sind es gewesen, die als erste mit Warschau in Verbindung traten. Dort wurden diese ersten Versuche eines wirtschaftlichen Zusammengehens freudig aufgenommen. Den mehrfachen Besuchen Danziger Wirtschaftsführer in Warschau und Krakau schlossen sich Gegenbesuche in Danzig an, an denen sich auch der Gouverneur des Distrikts Warschau und der Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements beteiligten. Warschau hat seit Bestehen des Generalgouvernements in ganz besonderer Weise Wert darauf gelegt, mit Danzig in engster Fühlungnahme zu bleiben.
Als erste Frucht dieser Beziehungen war es möglich, den Einsatz deutscher Handelsfirmen im Distrikt Warschau unter maßgebender Beteiligung der Industrie- und Handelskammer Danzig-Westpreussen einzuleiten und durchzuführen. Rund 24 deutsche Firmen, die mit zwei Ausnahmen sämtlich aus Danzig-Westpreussen [161]stammten, sind im Distrikt Warschau zum Einsatz gekommen. Es kann festgestellt werden, daß sie sich ausnahmslos bewährt haben. Jeder Kreishauptmannschaft wurde eine führende deutsche Firma zugeteilt, die in stärkstem Masse zur Belebung des Wirtschaftslebens beigetragen und den polnischen Geschäftsleuten als Vorbild deutscher Geschäftsführung gedient hat. Insbesondere haben sich diese Firmen in einer überaus anerkennenswerten Weise den wichtigen Fragen der Ernteerfassung gewidmet, wobei sie in der Hauptsache Träger der Austauschaktion gewesen sind.
Im Lauf der Zeit haben sich die Beziehungen zu Danzig-Westpreussen weiter verdichtet, indem zwei grosse Danziger Textilfirmen die unter treuhänderischer Verwaltung stehenden Betriebe "Wola" und "Broun und Rowinski" gepachtet haben. Ein inzwischen auf dem Felde der Ehre gefallener Kaufmann Dietrich Dirksen aus Danzig hat als erster ein deutsches Handelshaus in Warschau errichtet.
Die gesamte Zusammenarbeit mit Danzig-Westpreussen hat sich deshalb so erfolgreich gestaltet, weil die Industrie- und Handelskammer Danzig und **die leitenden Männer des Gaues Danzig-Westpreussen** hinter den im Generalgouvernement eingesetzten Firmen stehen und sie in jeder erdenklichen Weise unterstützen und fördern.
Enge Beziehungen unterhält das Generalgouvernement und insbesondere der Distrikt Warschau auch zu dem **Nachbargau Ostpreussen.** Auch dies ist nur natürlich, da Ostpreussen mit dem Distrikt Warschau durch eine rund 150 km lange gemeinsame Grenze verbunden ist und dadurch weitgehende gemeinsame Interessen mit dem Generalgouvernement hat.
Leider sind die Versuche, neben den Danziger Firmen auch Firmen aus Ostpreussen im Distrikt Warschau einzusetzen, bisher nur auf ein geringes Ausmaß beschränkt geblieben. Trotzdem ist das Generalgouvernement weiter bemüht, in Zukunft die Beziehungen auf diesem Gebiet lebhafter zu gestalten. Deshalb hat sich auch das Generalgouvernement und insbesondere der Distrikt Warschau stets in stärkster Weise an der Königsberger Ostmesse beteiligt.
Eine Verstärkung der Beziehungen des Generalgouvernements zu Ostpreussen ist um so wünschenswerter, als die gemeinsame Grenze mit Ostpreussen inzwischen durch die Schaffung des Gebietes Bialystock weiter verlängert wurde.
Darüber hinaus hat der Distrikt Warschau weitgehende Wirtschaftsbeziehungen mit **Berlin** und mit den **Hansestädten** **Ham-** [162] **burg** und **Bremen** aufgenommen. Es mag zunächst erstaunlich erscheinen, daß gerade **die Hansestädte** mit Warschau in Handelsbeziehungen stehen. Dieser Vorgang ist aber durchaus erklärlich. Hamburg und Bremen waren bis zu Beginn des jetzigen Krieges in der Hauptsache atlantisch orientiert. Ihr Handel ging über die Ozeane bis nach Australien und Japan. Alle diese Handelswege sind zur Zeit verschlossen. Es war daher nur natürlich, daß der hanseatische Kaufmannsgeist nach neuen Absatzgebieten Ausschau hielt. Hierbei war das Generalgouvernement als das erste neu erschlossene Wirtschaftsgebiet des deutschen Ostens von besonderer Bedeutung. Bekannte Hamburger Firmen haben sehr schnell die Beziehungen aufgenommen. Die Firma Illies & Co., die früher vor allen Dingen im Ostasienge-

schäft tätig war, hat einen großen Teil ihrer Handelstätigkeit nach dem Generalgouvernement verlagert und außerordentliche Erfolge erzielt.
Es ist anzunehmen, daß Hamburg und Bremen auch nach dem Kriege, selbst wenn der atlantische Verkehr wieder geöffnet ist und gerade dem deutschen Kaufmann die Weltmeere in besonderer Weise offenstehen, die während dieses Krieges angeknüpften Beziehungen mit dem Osten nicht aufgeben wird; denn die gewaltigen neu erschlossenen Gebiete der früheren Sowjetunion, die nunmehr dem großdeutschen Machtbereich angehören, bieten große Zukunftsmöglichkeiten.
Warschau wird als Brücke zu diesem nunmehr näher gerückten Osten stets eine besondere Bedeutung haben. Es ist deshalb verständlich, daß bereits während des jetzigen Krieges bedeutende Großfirmen des Reiches bemüht sind, in Warschau festen Fuß zu fassen, um von dieser Brückenposition aus die wirtschaftlichen Quellen des Ostens den deutschen Interessen später in verstärktem Umfange dienstbar machen zu können.



[1] Nähere Angaben hierüber vgl. Grundmann a.a.O. S. 33



Wirtschaftlicher Aufbau
im Distrikt Warschau (Teil 2)

3. Die Bedeutung der Weichsel für das Warschauer Becken



[167] *Frühling an der Weichsel (Poniatowski-Brücke).*

Die wirtschaftliche Bedeutung des Distrikts Warschau ist zu einem großen Teil auf seine günstige Lage am Mittellauf der Weichsel zurückzuführen.

In der Propaganda der früheren Republik Polen spielte der Ausbau der Weichsel immer eine große Rolle, da die Weichsel stets [163] als "Lebensstrom Polens" bezeichnet worden ist. Man hätte deshalb annehmen müssen, daß die Polen während des zwanzigjähri

gen Bestehens ihrer Republik unentwegt für den Ausbau dieses ihres



[173] *Weichsellandschaft bei Bielany.*

Lebensstromes gesorgt hätten. Tatsächlich ist dies aber nicht der Fall gewesen; denn im Gebiet des heutigen Generalgouvernements ist hinsichtlich der Weichselregulierung kaum etwas geschehen.

Noch heute bietet die Weichsel auf den wichtigsten Strecken des Generalgouvernements einen geradezu trostlosen Anblick. Zahlose Inseln und Sandbänke liegen regellos und wild im Flußbett und behindern jede Schiffahrt außerordentlich. Fahrtiefen bis zu nur 60 cm sind in den



[172] *Segelkähne auf der Weichsel bei Warschau.*

Sommermonaten die Regel, Fahrtiefen darüber hinaus gehören zu den Seltenheiten. Dabei könnte die Weichsel ihrer Größe nach unter den mitteleuropäischen Wasserstraßen an dritter Stelle stehen, da nur die Donau und der Rhein sie an Länge übertreffen. Als Schiffahrtsstraße hat die Weichsel aber bisher eine völlig untergeordnete Rolle gespielt; denn im Jahre 1938 wurden auf dem Gebiet des jetzigen Generalgouvernements nur 59 243 t verfrachtet. Auf der gesamten Weichsel, also auch auf den früheren polnischen und den deutschen Gebieten zusammen, betrug der Güterverkehr im Jahre 1938 nur etwa 0,6 Millionen t Güter. Wenn man diese Zahlen mit den deutschen Wasserstraßen vergleicht, erscheinen sie zwergenhaft gering. Beispielsweise sind aus dem deutschen Odergebiet im Jahre 1936 etwa 7,5 Millionen t auf Binnenschiffen verfrachtet worden. Obwohl die Oder nicht die wichtigste deutsche Schiffahrtsstraße ist, hat sie die gesamte Weichselschiffahrt vor dem Kriege um mehr als das zwölffache übertroffen.
Dieser geringe Umfang der Weichselschiffahrt steht in völligem Widerspruch zu den großsprecherischen Erklärungen der polnischen Nationalisten. Für diese völlige Vernachlässigung der Weichsel gibt es verschiedene Gründe:
Die eine Ursache ist die polnische Unfähigkeit, wirklich große Pläne auch energisch durchzuführen. Gewiß haben polnische Ingenieure für die Ausgestaltung der Weichsel gigantische Pläne entworfen, wie es vielleicht kein Gebiet gegeben hat, auf dem in der früheren Republik Polen durch Aufstellung von teilweise phantastischen Vorschlägen so viel geplant worden ist wie für die Ausgestaltung der Weichsel. Aber nirgends ist praktisch so wenig getan worden wie auf diesem Gebiet.



[168] *Partie an der Weichsel mit Eisebahnbrücke.*

[164] Dazu kam weiter, daß die polnische Regierung ihr Augenmerk in der Hauptsache auf die Aufrüstung gerichtet hatte. Der Ausbau der Weichsel trat demgegenüber zurück, so daß tatsächlich während der ganzen Dauer der Republik Polen, also in 20 Jahren, nur 78,8 Millionen Zloty für den Weichselausbau ausgegeben worden sind. Wenn man bedenkt, daß Preussen vor dem Kriege allein zur Regulierung des nur 220 km langen ehemals westpreußischen Weichsellaufs jährlich rund 2,5 Millionen Reichsmark für Baggerar-

beiten und Uferbauten ausgegeben hat, so kann man daraus am besten ersehen, wie wenig wirkliches Interesse der polnische Staat dem Ausbau seines "Lebensstromes" gewidmet hat.
Endlich ist aber in der Nord-Süd-Ausrichtung des früheren polnischen Staates der Hauptgrund dafür zu sehen, daß den Notwendigkeiten der Weichsel so wenig Raum gegeben worden ist. Die große Kohlenmagistrale Kattowitz-Gotenhafen (Gdingen), die der Nord-Süd-Ausrichtung des polnischen Staates entsprach, erschien den polnischen Machthabern als die wichtigste Verkehrsstraße. Wie sehr diese Kohlenmagistrale früher auf Anordnung der polnischen Regierung bis zum Widersinn benutzt worden ist, zeigt das kaum glaubliche Beispiel, daß Kohlen, die von Polnisch-Oberschlesien nach Wien verfrachtet werden sollten, zunächst auf der Kohlenmagistrale Kattowitz-Gotenhafen an die Ostsee transportiert und von dort auf dem Seeweg nach Triest an der Adria verfrachtet wurden, von wo dann schliesslich der Weitertransport mit der Eisenbahn nach Wien erfolgte.
Mit einem derartigen Widersinn wird jetzt Schluß gemacht. Gewiß wird die Kohlenmagistrale ihre Bedeutung behalten; denn sie wird auch weiterhin der Entlastung der Oder dienen und darüber hinaus für den sehr entwicklungsfähigen Verkehr nach dem östlichen Teil der Ostsee hinzugezogen werden, wobei die Magistrale insoweit sogar den Vorzug vor der Weichsel hat, da die Weichsel infolge ihres großen Ostbogens sehr viel länger ist.
Dieser Nachteil der Weichsel für einen Nord-Süd-Verkehr ist gleichzeitig aber ein Hinweis für die eigentliche Aufgabe der Weichsel: Erschliessung des Ostraumes.
Dafür wird die gesamte Weichsel reguliert werden müssen.
Im vergangenen Jahrhundert hat die Weichsel nur in ihrem Unterlauf deutsches Reichsgebiet durchflossen, während der übrige Teil österreichisch bzw. russisch oder polnisch war. Infolge dieser politischen Zerteilung des Stromes ist im vergangenen Jahrhundert [165-168=Fotos] [169] ein einheitlicher Ausbau des Flußlaufes nicht durchgeführt worden. Erst durch das Friedensdiktat von Versailles wurde der Strom bis zu seinem Einfluß in das Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig polnisch, ohne daß die Polen aus dieser politisch günstigen Konstellation die nötigen Folgerungen gezogen haben.
Jetzt ist endlich die Weichsel, dieser alte Schicksalsstrom im Osten des Reiches, von der Quelle bis zur Mündung in deutscher Hand, so daß nunmehr alle politischen Schranken gefallen sind. Die stiefmütterliche Behandlung der Weichsel kann nun endlich aufhören.
Die Arbeiten, die bei der Weichselregulierung zu bewältigen sind, werden Jahre in Anspruch nehmen, da der Strom und seine Nebenflüsse für die Erfordernisse der Landeskultur und der Schiffahrt von Grund auf neu umgestaltet werden müssen.



[171] *Abendstimmung an der Weichsel mit Blick auf Warschau.*

Der Südteil der Weichsel von Oberschlesien über Krakau bis Warschau darf dabei nicht vernachlässigt werden. Schon zur Entlastung der Verkehrswege in Oberschlesien, das auf der Oder nur rund 6 Millionen t jährlich transportieren kann, ist der Weichselschiffahrtsweg auch in der Nord-Süd-Richtung besonders vordringlich. Für Warschau ist dieser Ausbau noch von verstärkter Bedeutung, weil es auf der Weichsel seine Kohlen aus Oberschlesien

beziehen muß. Es kommt hinzu, daß aus dem immer stärker in den Vordergrund tretenden Gesichtspunkt der Vermeidung der Verbrennung der Kohle im Interesse ihrer Veredelung der Ausbau der Wasserkräfte im Hochgebirge der Beskiden, der Tatra und der Karpaten eine der allerwichtigsten Aufgaben der Zukunft darstellt. Der Ausbau der Weichsel im Generalgouvernement wird darüber hinaus die Grund- und Hochwasserschäden verhindern, die jährlich etwa 20 Millionen Zloty betragen und damit die Verzinsung eines Kapitals von 400 Millionen Zloty darstellen. Die Gewinnung von Wasserkräften in den Beskiden würde ein weiterer Faktor sein, der die Rentabilität der Ausbaukosten sicherstellt.
Der nördliche Teil der Weichsel auf der Strecke von Warschau über Modlin nach Bromberg und an die Ostsee wird aber weit größere Bedeutung bekommen. Aus der Eroberung des früheren sowjetrussischen Raumes ergibt sich die Notwendigkeit, die Ostsee mit dem Schwarzen Meer zu verbinden. Dies ist über die Weichsel, den Bug und die Kanalverbindung zum Dnjepr und Dnjestr möglich, weshalb der nördliche Teil der Weichsel und der Bug ausgebaut werden müssen. Die unerschöpflichen Vorräte des [170] Ostraumes an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden zu einem großen Teil auf diesem Weg dem Reich und der gesamten europäischen Wirtschaft zugeführt werden können.



[165] *Die Weichsel in Warschau mit Blick auf Praga.*

Für die Entwicklung der Stadt Warschau ist dabei die Tatsache, daß sie unmittelbar an der Weichsel nur wenige Kilometer von der Einmündung des Bug in die Weichsel entfernt liegt, von entscheidender Bedeutung. Warschau liegt an sich fast in der Mitte des gesamten Weichsellaufes und nimmt somit eine zentrale Lage zur Weichsel ein, was für die Zukunft der Stadt und ihres angrenzenden Interessengebietes wichtig ist.



[166] *Blick auf Warschau.*

Ob im alten Stadtgebiet Warschaus selbst der große Binnenschiffahrtshafen des Ostens entsteht oder ob stromabwärts in unmittelbarer Nähe neue Hafenanlagen geschaffen werden, ist dabei unerheblich. Das Warschauer Becken jedenfalls zwischen der jetzigen Stadt Warschau und der Einmündung des Bug in die Weichsel wird aus naturgegebenen Gründen der Platz für diesen gewaltigen Binnenschiffahrtshafen der Zukunft sein, da das Warschauer Becken die Schlüsselstellung nach dem Osten einnimmt.
Die Pläne für einen derartigen leistungsfähigen Hafen, der in einen Handelshafen für reine Umschlagszwecke und in einen Industriehafen getrennt sein wird, sind bereits in Vorbereitung. Im Rahmen des gesamten Ausbaues der Weichsel und des Bug wird auch dieser

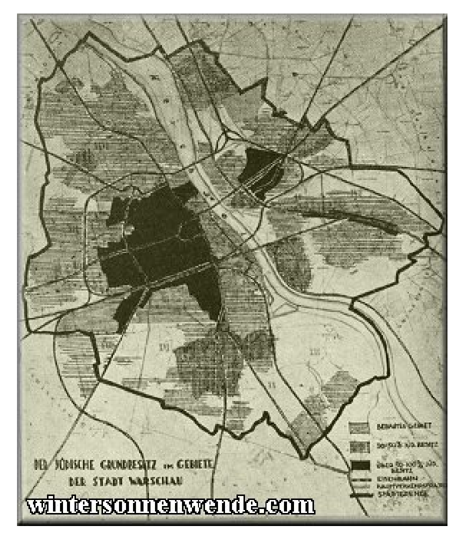
Plan ausgeführt werden.



Bei diesem Kapitel möchten wir noch einmal ganz besonders auf unseren *Standpunkt zur Zensur* hinweisen.

4. Die Verwaltung des jüdischen Grundbesitzes

Unter den vielen wirtschaftlichen Problemen, die im Distrikt Warschau im Vordergrund standen, war die Ausschaltung des Judentums aus der Wirtschaft von überragender Bedeutung; denn das Judentum hatte sich in Industrie, Handel und Gewerbe so breitgemacht, daß tatsächlich Tausende von Betrieben in jüdischen Händen waren.
Diese Betriebe sind in kürzester Zeit vom jüdischen Einfluß gereinigt worden. Was hier die deutsche Verwaltung geleistet hat, erkennen sogar einsichtsvolle Polen mit Dank an.
In ganz besonderer Weise aber hatte sich das Judentum einen umfangreichen Grundbesitz angeeignet.
Das alte polnische Sprichwort, daß "den Juden die Häuser und den Polen die Straßen gehörten", enthielt eine bittere Wahrheit. [171-174=Fotos] [175] Tatsächlich hatten es die Juden im Laufe der Jahrhunderte verstanden, auf Grund einer systematischen Siedlungspolitik Haus für Haus ihrer wirtschaftlichen Machtposition einzugliedern.
Die Siedlungsweise der Juden stand in enger Beziehung zu ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Von Anfang an setzten sie sich immer im Stadtkern fest, um von dort aus in die benachbarten wirtschaftlich gleich wertvollen Bezirke vorzudringen. Dieses Bild bieten alle alten Handelsstädte des Ostens. In Warschau ist es der "Alte Markt", um den herum die Juden sich im Laufe der Jahrhunderte, ohne dazu gezwungen zu sein, einen eigenen Wohnbezirk, ihr Getto, schufen.
Es ist die Tragik dieses Raumes, daß mit der Zurückdrängung des deutschen Einflusses mit der Aufsaugung des deutschen Bürgertums in den Städten des Ostens das stetige Anwachsen der wirtschaftlichen Macht der Juden Hand in Hand ging. Deutsche Patrizierhäuser und Handelshöfe wurden zu Zentren der jüdischen Wirtschaftsmacht. Es ist daher nur ein Akt historischer Gerechtigkeit, wenn heute unter deutscher Herrschaft dem Juden das entrissen wird, was er sich nicht als Kämpfer und Kolonisator, sondern als Parasit angeeignet hat.



[174] *Übersicht über den jüdischen Grundbesitz in der Stadt Warschau.*

[Vergrößern]

Das beigegebene Schaubild zeigt besser, als es dies Worte vermögen, in wie hohem Maße gerade in der Stadt Warschau die Juden es erreicht hatten, den wirtschaftlich wertvollen Grundbesitz an sich zu bringen. Im Stadtkern, in allen Geschäfts- und Hauptverkehrsstraßen überwog der Anteil des Juden bei weitem den Besitz der Arier. Es lag in der Linie der Brechung der wirtschaftlichen Macht der Juden, ihnen die gesamte Verfügungsgewalt über ihren Grundbesitz zu entziehen; denn nur auf diese Weise war eine den Belangen der Allgemeinheit Rechnung tragende Bewirtschaftung dieser großen Vermögensmassen gewährleistet.

Bestimmend für diese Maßnahme war in erster Linie das innere Verhältnis des Juden zu dem von ihm erworbenen Immobiliarbesitz. Die materielle und spekulative Einstellung des Juden hätte bei Belassung der Verfügungsgewalt notwendig zu dem Versuch geführt, von dieser Seite her den bisherigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu behalten, ja sogar die erworbenen Mittel bewußt zur Sabotage deutscher Gesundungsmaßnahmen einzusetzen. Der Jude hatte sehr wohl erkannt, welche Macht er auf die breite Masse der Mieter, aber auch auf das von ihm beschäftigte Handwerk auszuüben vermochte. Die bestehende Raumnot war ihm ein willkom- [176] mener Anlaß zur wildesten Spekulation, ohne Arbeit und Mühe ließ sich der Ertrag unter Ausbeutung der Not anderer leicht steigern. Es kam ihm nicht so sehr auf eine Kapitalsanlage mit bescheidener, aber sicherer Rente als auf eine bewußte Auspowerung an, da eine sorgsame Pflege der Häuser ihm kaum bekannt war.

Die deutsche Verwaltung sah sich daher vor die Aufgabe gestellt, den gesamten jüdischen Grundbesitz in der Stadt und auf dem Land in eigene Verwaltung zu nehmen.

Für die Stadt Warschau bedeutete dies, eine Organisation aufzuziehen, die wertmäßig gesehen etwa 2/3 des städtischen Grundvermögens zu verwalten hatte. Von der Behörde selbst konnte diese Aufgabe mangels ausreichenden Personals nicht übernommen werden, sie mußte sich zu diesem Zwecke einen "verlängerten Arm" schaffen. Die rechtliche Grundlage hierzu gab die Beschlagnahmeordnung vom 24. 1. 1940.

Die Gesamtheit des jüdischen Immobiliarbesitzes wurde, soweit nicht aus besonderen Gründen Einzeltreuhänderschaften angeordnet wurden, einem Generaltreuhänder unterstellt. Als Verwaltungsapparat steht ihm die "Kommissarische Verwaltung sichergestellter Grundstücke" zur Verfügung, die als organisatorische Vorstufe für eine künftige Grundstücksverwaltungsgesellschaft gedacht ist.

Die Erfassung des jüdischen Immobiliarbesitzes wurde Anfang Juli 1940 systematisch in die Wege geleitet. Sie kann heute als abgeschlossen gelten. Während in der Stadt Warschau etwa 4 000 Grundstücke, darunter Objekte mit Hunderten von Mietparteien, erfaßt wurden, beträgt die Zahl der jüdischen Grundstücke in den Kreisen über 10 000. Rund 150 - 160 000 Mietparteien sind zu betreuen. Das sind Zahlen, wie sie nur selten vorkommen dürfen.

Zur Bewältigung dieser großen Verwaltungsaufgabe bedurfte es größter Hingabe im kleinen wie im großen. Das erste Jahr der Verwaltungstätigkeit, das vornehmlich organisatorischen Aufgaben gewidmet sein mußte, brachte gleichwohl eine Fülle besonderer Aufgaben, die sich aus dem Zustande der übernommenen Objekte notwendig ergaben und keinen Aufschub duldeten. Gerade in dieser doppelten Belastung lagen ganz erhebliche Schwierigkeiten, die zu meistern nicht ganz einfach waren.

Besonders zwei Probleme waren es, die hier im Vordergrunde standen.

Einmal mußten die erheblichen Kriegsschäden, soweit es irgend möglich war, beseitigt werden. Fast in der Stille hat sich hier ein [177] Teil des Wiederaufbaues der Stadt Warschau vollzogen, wobei durch die zentrale Leitung eine Gewähr für die Einhaltung der richtigen Reihenfolge je nach dem Grade der Dringlichkeit gegeben war. Mittel, die sonst in die Kanäle des Schleichhandels geflossen wären, wurden in recht erheblichem Umfange für

den Wiederaufbau eingesetzt, wobei die Beleihung der Objekte, die aus eigener Kraft nicht die Mittel zur Wiederinstandsetzung aufbringen konnten, eine beachtliche Rolle spielte.
Der Besserung des äußeren Ansehens entsprach auch die mit aller Energie geförderte innere Gesundung vieler Objekte. Es war leider nicht so, daß sich ein großer Teil des übernommenen Grundvermögens in einer gesunden wirtschaftlichen Lage befand. Im Gegenteil waren die laufenden Verbindlichkeiten sehr stark vernachlässigt worden. Neben kostspieligen Instandsetzungen mußten also beträchtliche kurzfristige Verbindlichkeiten berichtigt werden, ohne daß es andererseits möglich war, den vollen Mietzins einzunehmen. Krieg und Vermögensverluste haben zahlreiche Mieter außerstand gesetzt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gleichwohl gelang es in der kurzen Zeit der deutschen Verwaltung, die Gesamtlage wesentlich zu bessern.
Eine Bewährungsprobe hat das neu geschaffene Verwaltungsgefüge bei den mit der Bildung des jüdischen Wohnbezirkes verbundenen großen Umsiedlungsmaßnahmen bestanden. Als Auffang- und Überleitungsorganisation gewährleistete es hier den Fortgang wiederkehrenden Leistungen an öffentliche und private Gläubiger und trug so dazu bei, die mit einer solchen Maßnahme verbundenen wirtschaftlichen Opfer auf ein tragbares Mindestmaß zu beschränken. Die Verwaltung des in den jüdischen Wohnbezirk gefallenen jüdischen Grundbesitzes vollzieht sich unter deutscher Oberaufsicht, die die Erhaltung dieser Vermögenswerte gewährleistet.
Der deutschen Grundstücksverwaltung kommt aber auch eine hohe erzieherische Bedeutung zu. Hunderte von Beauftragten und Hausverwaltern werden in ihrer Tätigkeit nach deutschen Grundsätzen ausgerichtet. Sauberkeit und Anständigkeit im Geschäftsverkehr werden ihnen ebenso anerzogen wie die richtige soziale Einstellung zu der breiten Schicht der Mieter. Es gibt keine Spekulation und keine Ausbeutung mehr. Über allem steht der Gedanke, daß der treuhänderisch verwaltete Grundbesitz wertvollstes Volksvermögen darstellt, das einer hingebenden Pflege bedarf.
[178] Die Aufträge an das Bauhandwerk geben Arbeit und Brot, sind aber abhängig von Leistung und Wohlanständigkeit im geschäftlichen Verkehr. Diese Erziehungsarbeit ist in vielen Fällen nicht ganz leicht, da es häufig Unsitten zu beseitigen gibt, die früher wegen ihrer allgemeinen Übung als Selbstverständlichkeit hingenommen wurden.
In der Erfüllung ihrer Aufgaben sieht die Grundstücksverwaltung keinen Selbstzweck. Vornehmstes Ziel bleibt stets, diesen Grundbesitz so zu verwalten, daß er in Anwendung nationalsozialistischer Wirtschaftsgrundsätze in den Stand gesetzt wird, seine sozialen und wirtschaftlichen Funktionen im Interesse der Allgemeinheit in vollem Umfange zu erfüllen. In dieser Hinsicht ist durch die Ausschaltung des Judentums vom Grundstücksmarkt sehr viel segensreiche Arbeit geleistet worden.



Wirtschaftlicher Aufbau im Distrikt Warschau (Teil 3)
5. Preispolitik

Seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus hat sich im Großdeutschen Reich immer mehr die Auffassung durchgesetzt, daß der Preis das Kernstück der Währung und damit der gesamten Wirtschaft ist. **Auch während des jetzigen Krieges ist alles getan worden, um das Preisgefüge zu erhalten.** Insbesondere hat die Kriegswirtschaftsverordnung dafür gesorgt, daß die Preise und Entgelte für Güter und Leistungen jeder Art nach den Grundsätzen der kriegsverpflichteten Volkswirtschaft zu bilden sind. Durch diese straffe Wirtschaftsführung des Reiches und die geschlossene Disziplin des deutschen Volkes ist es im Gebiet des Großdeutschen Reiches möglich gewesen, trotz aller Schwierigkeiten, die ein totaler Krieg mit sich bringt, der Preise Herr zu bleiben, d. h. die Wirtschaft trotz schärfsten Preisdruckes auf höchsten Touren zu halten und gleichzeitig jedem deutschen Volksgenossen seinen Lebensstandard im großen und ganzen auf dem alten Preisniveau zu bewahren.

Diese Dinge muß man sich vor Augen halten, wenn man die Preispolitik im Generalgouvernement und insbesondere in Warschau betrachtet.
[179] Abgesehen davon, daß vor dem Kriege die polnische Wirtschaft ausschließlich liberalistisch und kapitalistisch ausgerichtet war, daß eine staatliche Wirtschaftsführung nur im geringen Umfange bestanden hat, hat der Krieg mit seinen verheerenden Folgen für Stadt und Distrikt Warschau bereits unmittelbar nach Ende des Polenfeldzuges die schwersten Wirtschaftserschütterungen mit sich gebracht. **Hinzu kommt, daß das alte Polen vor dem Kriege ein landwirtschaftliches Überschußland gewesen ist, während das Generalgouvernement, dessen Grenzziehung nach großdeutschen Interessen erfolgen mußte, während des jetzigen Krieges noch nicht in der Lage ist, die Ernährung der in seinem Gebiete lebenden Bevölkerung aus eigener Kraft genügend sicherzustellen.**
Die durch diese Umstände entstandene Verknappung von Waren und Rohstoffen jeder Art, vor allem aber die grenzenlose Disziplinlosigkeit der polnischen Bevölkerung und ihr weit verbreiteter krasser Eigennutz, **riefen nach dem liberalistischen Grundsatz "Angebot und Nachfrage" bald einen Schleich- und Hamsterhandel hervor, der ohne jegliche kaufmännische Planwirtschaft und ohne volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl aus dieser kriegsbedingen Notlage höchstmögliche Gewinne herauszuschlagen versuchte.**
Bereits einige Monate nach Beendigung des Polenfeldzuges entstanden daher im Generalgouvernement Preisprobleme schwierigster Art. Zu ihrer Lösung wurde schon im Januar 1940 vom Generalgouverneur die Verordnung zur Bekämpfung der Preistreiberei erlassen, die diesen zutage tretenden Mißständen durch Androhung scharfer und schärfster Strafen ein Ende machen sollte. **Danach wird schwerer und das Gemeinwohl gefährdender Preiswucher, Hamster- und Schleichhandel mit Zuchthausstrafen**, in besonders ver-

werflichen Fällen mit der Todesstrafe bedroht. Dieser Verordnung folgte einige Tage später eine Verordnung über die Preisfestsetzung für Gebrauchsgegenstände der arbeitenden Bevölkerung und eine Verordnung über Preisschilder, die in erster Linie der Erleichterung der Preisüberwachung dienen und Käufer und Verkäufer zu einer Preisdisziplin erziehen sollte.

Die Erfahrungen weniger Monate zeigten, dass angesichts der Grundeinstellung der polnischen Bevölkerung mit diesen Massnahmen allein nicht auszukommen sei, sondern dass ähnlich wie im Reich eine umfassende Preispolitik getrieben werden müsse, um überhaupt an die Wirtschaft in dieser Hinsicht heranzukommen. Es folgte deshalb im April 1940 der Erlass der Preisbildungsver- [180] ordnung, die sowohl in materiell-rechtlicher als auch organisatorischer Hinsicht den Auftakt zu einer umfassenden Preispolitik im Generalgouvernement gab.

Selbstverständlich konnte kein starrer Preisstop eingeführt werden, da bereits damals im April 1940 die Dinge schon anders als im Reich lagen. Die Preisbildungsverordnung geht daher in der Regel davon aus, dass die einzelnen Sachgebiete durch besondere Höchst-, Fest- oder Richtpreisverordnungen des Generalgouverneurs oder der Gouverneure geregelt werden sollten. Soweit derartige Verordnungen nicht festgelegt wurden oder werden, ist ein gleitender Preisstop geschaffen worden, d. h. es dürfen alle Preise und Entgelte höchstens insoweit über die am 31. 8. 1939 erzielten Börsen- oder Marktpreise oder die damals üblichen Preise erhöht werde als nachweislich die Einkaufspreise gestiegen sind oder sonst unvermeidbare Kostenerhöhungen vorliegen, die sich durch eine Gewinnschmälerung nicht ausgleichen lassen, wobei selbstverständlich die am 31. 8. 1939 üblich gewesenen Gewinn- und Handelsspannen nicht vergrössert werden dürfen. Soweit darüber hinaus aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Erhöhung von Preisen und Entgelten sowie von Gewinn- und Handelsspannen erforderlich sein sollte, können die dazu für zuständig erklärten Dienststellen Ausnahmen zulassen oder anordnen. Damit wurde der Wirtschaft im Generalgouvernement hinsichtlich der Preisgestaltung einerseits ein viel weiterer Spielraum als im Reich gegeben, auf der anderen Seite aber die erhöhte Verpflichtung zu dauernder selbstverantwortlicher Überprüfung der eigenen Preisgestaltung auferlegt.

Tatsächlich trat auch infolge der systematischen Planung und Lenkung durch die damals geschaffenen Preisüberwachungsbehörden zunächst eine Beruhigung auf dem Preisgebiete ein. Die Preise gingen erkennbar zurück, was in der Hauptsache allerdings nur deshalb erreicht werden konnte, weil damals wenigstens auf dem gewerblichen Sektor das Preisgefüge noch einigermassen normal war und weil auch noch eine nicht unbedeutende Warenmenge vorhanden war. So konnte fast ein Jahr hindurch ein einigermassen tragbarer Preisstand gehalten werden, der jedoch damals schon bei vielen Bedarfsgegenständen weit über dem Vorkriegspreisniveau lag.

Selbstverständlich versuchte die staatliche Führung das Preisgefüge durch ein engmaschiges Bewirtschaftungssystem auf fast allen Gebieten der gewerblichen und der Ernährungswirtschaft zu untermauern, wobei die Bewirtschaftungsvorschriften denen des [181] Reiches weitgehend angepasst oder sogar nachgebildet wurden. Auf diese Weise wurde versucht, das fehlende Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auch von der Bewirtschaftungsseite her etwas auszugleichen und damit gleichzeitig die eigenwillige Preisgestaltung einer liberalistischen Wirtschaft durch staatlichen Zwang auszuschalten.

Die immer stärker werdende Verknappung der Waren sprengte diese Bewirtschaftungsvorschriften immer mehr und damit auch die Preisvorschriften, da der Preis nur das Endglied einer langen Kette wirtschaftlicher Vorgänge darstellt und nur funktionieren kann, wenn sämtliche Glieder dieser Kette einwandfrei sind.

Die bereits erwähnte grenzenlose Disziplinlosigkeit der polnischen Bevölkerung steigerte den gewerblichen Schleichhandel und das gewerbliche Schiebertum in einem Ausmasse,

wie es für deutsche Verhältnisse einfach unfassbar ist. Von ausschlaggebender Bedeutung in dieser Hinsicht war naturgemäss auch der jüdische Einfluss auf Warschau. Die Anhäufung von etwa einer halben Million Juden in der Stadt Warschau, die ihrer Veranlagung und Neigung entsprechend immer bemüht gewesen sind, alle Aufbauarbeit zu zersetzen und zu zerstören, ist sehr abträglich gewesen. Die spätere Zusammenfassung der Juden in einem jüdischen Wohnbezirk hat diesen Einfluss zwar gemindert, aber nicht völlig beseitigt. Die jüdische Verfilzung, die auch in den polnischen Wirtschaftskreisen seit Jahrhunderten bestanden hat, muß erst endgültig beseitigt werden.

Der weitere entscheidende Einschnitt in das Preisgefüge des Generalgouvernements, insbesondere wiederum der Stadt und des Distrikts Warschau, erfolgte im Frühjahr 1941, als der gewaltige Aufmarsch der deutschen Wehrmacht gegen Sowjetrussland erfolgen musste. Die damaligen Truppenbewegungen, die hauptsächlich wieder den Distrikt und die Stadt Warschau belasteten, führten notgedrungen zu umfangreichen Aufkäufen durch die Wehrmacht. Der Aufmarsch selbst und die aus ihm ersichtliche Kriegsgefahr wurde ferner für Millionen der Anlass zu stärksten Hamstereinkäufen. Die Truppenbewegungen störten im empfindlichsten Ausmasse die Erfassungs- und Verteilungsmassnahmen der Landwirtschaft, so dass für weite Kreise der Bevölkerung stärkster Lebensmittelmangel eintrat. Die Folge waren regelrechte Preissprünge bei den meisten Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens.

Nach dem erfolgten Abzug des grössten Teiles der deutschen Wehrmacht konnte zunächst eine rückläufige Bewegung der Preise [182] beobachtet werden. Durch die längere Dauer des sowjetischen Feldzuges bedingt, ist jedoch das Generalgouvernement und auch hier wieder insbesondere der Distrikt Warschau zu einer Nachschubbasis ersten Ranges für die deutsche Wehrmacht geworden, was eine weitere Verknappung aller Waren und Leistungen zur Folge hat, so dass auch hieraus wieder preissteigernde Folgerungen unvermeidbar sind.

Das Endziel der Arbeit in diesem Raum ist selbstverständlich die Schaffung eines Preis- und damit auch Wirtschaftsgefüges für dieses Nebenland des Grossdeutschen Reiches, das ohne Rücksicht auf die Vorkriegspreisverhältnisse und den seinerzeitigen Lebensstandard Polens den führenden grossdeutschen und damit gesamteuropäischen Wirtschaftsinteressen gerecht wird und damit eine gesunde Preisrelation zu den benachbarten Wirtschaftsräumen aufweist.

Durch die schon oben erwähnten Umstände bedingt, ist die Erreichung dieses Zieles während des Krieges unter keinen Umständen möglich. Nur die Art der Erstellung kann jetzt schon zu dem späteren Ziele beitragen, um dann, wenn wieder normale Verhältnisse herrschen, eine möglichst schnelle Umstellung durchführen zu können.

Jetzt während des Krieges sind der behördlichen Preisgestaltung und Preisüberwachung Grenzen gesteckt, die zu einer sorgfältigen und umsichtigen Lenkung der Preispolitik nötigen. Erstes Ziel der Preispolitik muss es jedoch sein, den Belangen der Wehrmacht sowohl hinsichtlich der Beschaffung als auch des Preises gerecht zu werden. Hinter diesem Ziel muss alles andere zurückstehen. Daneben sind in zweiter Linie alle weiteren deutschen Belange voranzustellen. Das Nebenland Generalgouvernement ist verpflichtet, dem Deutschen Reiche auch auf preislichem Gebiete so viel Hilfestellung zu leisten, wie es nur eben möglich ist. Es müssen daneben natürlich auch dieser Raum und die in ihm wohnenden polnischen Menschen so weit geschützt werden, als es die Kriegsnotwendigkeiten zulassen. Insbesondere aber ist es Aufgabe der Preispolitik, die für die deutschen Interessen tätigen polnischen Menschen in ihrem Lebensstandard zu schützen.

Welche Schwierigkeiten angesichts dieser Verhältnisse auch für die Durchführung dieser aufgewiesenen Ziele bestehen, bedarf keiner näheren Ausführungen. Trotzdem wurde auf allen Gebieten der Wirtschaft in mühevoller Kleinarbeit versucht, die Preise zu gestal- [183] ten und einigermassen zu halten. Unzählige Preis- und Betriebsprüfungen aller Sparten der Erzeugerbetriebe, des Großhandels und des Handels wurden durchgeführt,

die Preise für die verschiedenartigsten Erzeugnisse unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse gebildet, Spannen für Groß- und Einzelhandel festgelegt und insbesondere einem geordneten Rechnungs- und Kalkulationswesen der Industrie wie überhaupt der gesamten gewerblichen Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit zugewendet.
Daneben war selbstverständlich die systematische und planvolle Bekämpfung des Schleichhandels auf allen Sparten der Wirtschaft eine der vordringlichsten Aufgaben der Preisüberwachungsbehörden. Dabei wurde nicht verkannt, daß insbesondere auf dem Ernährungssektor die Bekämpfung des Schleichshandels bei der gegebenen amtlichen Ernährungsdecke sehr umsichtig und vorsichtig gehandhabt werden muß. In Erkenntnis dessen wurde eine Art Selbstversorgungsschleichhandel nicht nur stillschweigend, sondern öffentlich geduldet, es wurden gewisse Freigrenzen geschaffen, die es der Bevölkerung ermöglichen sollen, über die amtliche Zuteilung hinaus in engeren Grenzen sich selbst zu versorgen. So wurden allgemein 10 kg Kartoffeln als Freigrenze bestimmt, ferner 3 kg Lebensmittel, wovon ein Teil aus Butter und Fleisch bestehen darf.
Um so schärfer dagegen wurde der gewerbliche Schleichhandel bekämpft, der aus dieser gesamten Notlage des Raumes für die eigene Tasche ungeheure Gewinne zu schlagen versucht. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass immer mehr derartige Großschieber dank der vorzüglichen Zusammenarbeit aller Dienststellen gefasst und damit bereits manche Quellen des Schleichhandels verstopft worden sind.
Dass diese Arbeit auf allen Gebieten der Wirtschaft auch von scharfen und drakonischen Strafmassnahmen begleitet sein mußte, ist selbstverständlich. Es wurden nicht nur zum Teil recht erhebliche Geldstrafen im Verwaltungsstrafwege verhängt, sondern es wurden und werden Geschäfte, die sich den staatlichen Maßnahmen nicht beugen wollen, geschlossen und ihren Inhabern Betätigungsverbote auferlegt, wobei in schweren Fällen auch für eine nutzbringendere Beschäftigung des davon Betroffenen Sorge getragen wurde.
Darüber hinaus wurden und werden in steigendem Umfange Saboteure der Wirtschaftsführung den Gerichten zugeführt. Zahlreiche Urteile mit hohen Zuchthausstrafen und selbst Todesstrafen zeugen von dem scharfen Vorgehen der Justiz.
[184] In neuerer Zeit ist ferner das Amt für Preisüberwachung in engster Zusammenarbeit mit den übrigen Fachdienststellen dazu übergegangen, eine weitgehende Auskämmung und Ausmerzung aller nicht kriegsnotwendigen Betriebe in Angriff zu nehmen, um auch so den Stand der Wirtschaft an die Kriegsverhältnisse anzupassen.
Endlich ist nach längeren Vorbereitungen damit begonnen worden, eine groß angelegte Gewinnabschöpfungsaktion durchzuführen, die dem unerträglichen Mißverhältnis von Geldumlauf und Warendecke ein Ende bereiten soll. Durch die Kriegsverhältnisse bedingt ist das Mißverhältnis zwischen Geldumlauf und möglichem Warenangebot derart krass geworden, dass der Staat eingreifen muß, um dieses in der freien Wirtschaft überflüssige und fluktuierende Geld in seine Hortung zu nehmen.
Gerade diese noch in ihren Anfängen stehende Aktion, die erhebliche Millionenbeträge von der Wirtschaft zum Staate führen wird, wird mit dazu beitragen, die Verhältnisse auf preislichem Gebiete und damit auch auf dem gesamten Wirtschaftsgebiete soweit in der Hand zu halten, wie es bis zur siegreichen Beendigung des Krieges erforderlich ist.



11. Teil

[185]

Ernährungspolitische Maßnahmen im Distrikt Warschau
1. Allgemeine Ernährungsprobleme

Im Reich ist in weiten Kreisen die Ansicht verbreitet, dass das Generalgouvernement in ernährungspolitischer Hinsicht ein ausgesprochenes Überschussgebiet sei, in dem auch heute noch Lebensmittel in beliebiger Menge vorhanden seien.
Diese Auffassung entspricht leider nicht der Wirklichkeit. Das Generalgouvernement hat vielmehr ausserordentlich zu kämpfen, um die Ernährung der in seinem Gebiet lebenden Bevölkerung aus eigener Kraft sicherzustellen.
Gewiss ist die Bevölkerungsdichte des Generalgouvernements nicht ganz so stark wie die des Reiches, aber die Erträgnisse des Landes je ha sind bisher nicht halb so gross wie die des Reiches gewesen.
Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass in der Landwirtschaft der früheren Republik Polen stets eine stark extensive Bewirtschaftung vorgeherrscht hat, bei der das Land in keiner Weise annähernd so genutzt worden ist, wie es bei der intensiven Bewirtschaftung im Reich der Fall ist.
Dazu kommt, daß die Agrarstruktur der früheren Republik Polen außerordentlich ungünstig war. Das Hauptmerkmal dieser Agrarstruktur ist die große Zahl der Zwergbetriebe: Etwa 22% aller Betriebe sind weniger als 2 ha groß, und etwa 75% der Betriebe liegen in der Grössenordnung von 2 - 50 ha, so dass nur 3% Großbetriebe mit über 50 ha vorhanden sind.
Ferner hat sich die für deutsche Begriffe unvorstellbare Besitzzersplitterung ungünstig ausgewirkt. Auch die kleinen und kleinsten [landwirtschaftlichen Betriebe unterliegen der Aufteilung unter mehreren Erben, wodurch verschwindend kleine Grundstücke entstehen,][1] deren Bewirtschaftung deshalb unendlich erschwert ist. Es sind Fälle vorgekommen, wonach die Gesamtlänge der Ackerstücke eines Hofes von nur 10 ha nicht weniger als 45 km beträgt.
Dass bei einer derartigen Struktur der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe die Bearbeitung außerordentlich schwierig und der Ertrag dementsprechend geringer ist, bedarf keiner Erörterung.
[186] Zu diesen allgemeinen Schwierigkeiten, die für das ganze Generalgouvernement gelten, kommen noch für den Distrikt Warschau weitere Schwierigkeiten hinzu.
Während in den übrigen Distrikten des Generalgouvernements etwa 70 - 80% der Bevölkerung landwirtschaftliche Erzeuger und nur 20 - 30% Verbraucher sind, liegen im Distrikt Warschau die Verhältnisse gerade umgekehrt: Der größte Teil der Bevölkerung, nämlich 65%, ist Verbraucher und

nur 35% Selbsterzeuger, die sich mit dem Ertrag des Bodens ihren Lebensbedarf selbst beschaffen. Die Bevölkerung des Distrikts Warschau beträgt über 3,3 Millionen.
Ferner sind die Folgen des Krieges gerade für den Distrikt Warschau in ernährungspolitischer Hinsicht sehr ungünstig gewesen; denn die früheren Lieferungsgebiete für die Millionenstadt Warschau waren in der Hauptsache das Wartheland und der jetzige Regierungsbezirk Zichenau, die dem Reich eingegliedert worden sind. Das Hinterland für die Stadt Warschau, aus dem Warschau seine Hauptverpflegung erhielt, ist durch den Fortfall dieser landwirtschaftlich reichen Gebiete sehr klein geworden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt im Distrikt Warschau jetzt nur noch 1,2 Millionen ha.
Während des Polenfeldzuges wurden die meisten Nahrungsmittel und landwirtschaftlichen Produkte, die damals im Distrikt Warschau vorhanden waren, aufgezehrt oder vernichtet. Zudem wurden viele landwirtschaftliche Betriebe damals vollständig zerstört, weil im Distrikt Warschau der Kampf am längsten getobt hatte; die vielfachen Truppenverschiebungen trugen ihrerseits dazu bei, daß die letzten noch vorhanden gewesenen Vorräte aufgezehrt wurden.
Bei ihrem Rückzug nahmen die Sowjettruppen große Mengen an Vieh, Getreide und Futtermitteln über den Bug in die damaligen russischen Interessengebiete mit, so dass der Distrikt Warschau von Lebensmitteln, Vieh und Futtervorräten fast völlig entblößt wurde. Was aber damals noch vorhanden war, wurde von der ausgehungerten Bevölkerung, die nach Beendigung der Belagerung Warschaus in die einzelnen Kreise strömte, restlos aufgekauft.



[187]
2. Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung

Nach Abschluss der Kampfhandlungen bot sich bei Übernahme des Distrikts Warschau durch die Zivilverwaltung gerade auf dem Gebiet der Erzeugung zum größten Teil ein recht trostloses Bild.



"Schnurgerade" Beete
in einer polnischen Gärtnerei.
[192]
Deutsche Mustergärtnerei in Warschau.



Die wenigen, aber entschlossenen Männer standen in der ersten Zeit vor unübersehbaren Aufgaben, und es mussten alle Kräfte mobilisiert werden, um erst einmal Ordnung in das Chaos hineinzubringen.
Im Herbst 1939 galt es zunächst, die Herbstbestellung wieder in Gang zu bringen, damit kein zu großer Ausfall sich im nächsten Jahr bemerkbar machen würde. Tatsächlich ist es unter Anspannung aller Kräfte gelungen, im Jahre 1939 die Herbstbestellung noch bis zu 85% durchzuführen, wozu die notwendigsten Betriebsmittel, wie Maschinen, Saatgut, Kunstdünger usw., größtenteils aus dem Reich bereitgestellt werden mussten.
In den zurückliegenden drei Jahren sind weitgehende erzeugungssteigernde Maßnahmen durchgeführt worden.
Einen Begriff über die Beschaffung des Betriebsmittelaufwandes für die Erstellung der Ernte 1940 ergeben folgende Zahlen: Der Gesamtverbrauch an Kunstdünger betrug 30 800 to, weiterhin wurden zusätzlich beschafft 5 170 to Saatkartoffeln, 1 100 to Saathafer und etwa 800 to Saatgerste neben den nicht unbeträchtlichen Mengen von Zwischenfruchtsaatgut aller Art. Weiter wurde die Einfuhr von Zuchtvieh aus dem Reich zur Verbesserung der vorhandenen Bestände in Angriff genommen.
Während es sich im Jahre 1939/40 in der Hauptsache um die Erfassung und Betreuung der vorhandenen Großbetriebe handelte, wurde nach und nach auch die Vielzahl der bäuerlichen Betriebe produktionsmässig erfasst. Es fehlte an Menschen, um diese ebenfalls von Anfang an zu betreuen.
Im Distrikt Warschau gibt es 1 221 Großbetriebe, die von der Gesamtfläche nur 3,2% einnehmen, während über 150 400 bäuerliche landwirtschaftliche Kleinbetriebe vorhanden sind, die nicht weniger als 96,8% der Ackerfläche bewirtschaften. In der Folgezeit wurde daher gerade diesen Betrieben die besondere Aufmerksamkeit zugewandt, weil von der Erfassung dieser Kleinbetriebe der erfolgreiche Ausgang der Erzeugungsschlacht zu einem großen Teil abhängt.
Auf allen Gebieten ist hier viel getan worden.
Auf dem Gebiet der Tierzucht soll nur die verstärkte Einfuhr von hochwertigem Zuchtvieh aus dem Reich, die Einführung der Körord- [188] nung, die planmässige Förderung der Kleintierzucht und die Einführung der Zwangsmilchkontrolle bei Betrieben von 25 ha an aufwärts erwähnt werden.
Beim Ackerbau und Gartenbau wurde die Steigerung der Intensität vor allem durch Einfuhr von modernen Maschinen und hochwertigem Saatgut aus dem Reich vorangetrieben. Darüber hinaus ist durch Umstellung und Änderung des Anbauverhältnisses innerhalb der Betriebe die Sicherstellung der wichtigsten Nahrungsmittel, die früher von außerhalb der jetzigen Grenzen des Generalgouvernements eingeführt worden waren, ins Auge gefasst worden. Allein der Anbau der Zuckerrübe wurde von 7 500 ha auf 13 500 ha erhöht. Ebenso wurde der Ölfruchtanbau von 4 500 ha auf 7 000 ha gesteigert, was zur Schließung der Fettlücke wesentlich beigetragen hat. Der Ge-

müseanbau wurde auf 11 000 ha ausgedehnt und dadurch eine große Erleichterung für die Versorgung Warschaus geschaffen.
Wenn es gelungen ist, bereits in den ersten Jahren die Erzeugung wesentlich zu steigern, so ist dies zu einem grossen Teil auf die Maßnahmen der Liegenschaftsverwaltung zurückzuführen.
Die Liegenschaftsverwaltung hat das gesamte landwirtschaftliche Vermögen des ehemaligen polnischen Staates, den herrenlosen landwirtschaftlichen Besitz und insbesondere auch die jüdischen Betriebe erfasst. Darüber hinaus erfolgte die Übernahme solcher landwirtschaftlicher Betriebe, die hoch verschuldet waren und bei denen eine ordnungsmässige Weiterbewirtschaftung nicht gesichert war.
Insgesamt sind bisher im Distrikt Warschau 244 Güter mit einer Gesamtfläche von 74 128,65 ha und etwa 2 000 Umsiedlungsbauernwirtschaften mit 15 000 ha Gesamtfläche übernommen worden, so dass sich die Gesamtfläche aller bisher übernommenen Betriebe auf rund 90 000 ha beläuft, wovon die Hälfte etwa als landwirtschaftliche Nutzfläche bezeichnet werden kann.
In welch verwahrlostem Zustand die Güter der Liegenschaftsverwaltung übergeben wurden, ergibt sich aus folgendem geradezu klassischen Beispiel: Von einem ehemals jüdischen landwirtschaftlichen Großbetrieb, der eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1 020 ha aufwies, wurden im Jahre 1940 nur 11 Getreideschober geerntet. Unter der Regie der Liegenschaftsverwaltung hatte das gleiche Gut im Jahre 1941 bereits 64 Getreideschober aufzuweisen, was einer Steigerung um fast 600% entspricht.
Nach dem Jahresabschluss von 1940/41 erforderten von 109 selbstbewirtschafteten Betrieben 105 einen Zuschuss von rund 8 Millionen [189-192=Fotos] [193] Zloty. Auch der Voranschlag für 1941/42 sieht einen Durchschnittszuschuss von 250 Zloty je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche vor.
Der Bestand an lebendem und totem Inventar musste überall ergänzt werden. An größeren Maschinen wurden bis zum 31. 3. 1942 über 60 Trecker und 30 Dreschmaschinen gekauft. Weitere Bestellungen auf Großmaschinen laufen.
Der Besitz an Nutzvieh ist in den meisten Betrieben noch vollkommen unzureichend. Eine Erhöhung auf den Normalbesitz ist jedoch nicht möglich, da noch nicht genügend wirtschaftseigenes Futter erzeugt werden kann.
Wie günstig sich der Viehbestand infolge der Maßnahmen der Liegenschaftsverwaltung erhöht hat, zeigt folgende Aufstellung:
Es waren auf den Liegenschaftsgütern vorhanden:

am 1. 7. 1940:		am 1. 7. 1941:	
914	Pferde und Fohlen	3 171	Pferde und Fohlen
282	Rindvieh	5 472	Rindvieh
700	Schafe	4 048	Schafe
275	Schweine	2 368	Schweine
711	Federvieh	4 779	Federvieh

Es bleibt in der Folgezeit noch unendlich viel zu tun, da die übernommenen Liegenschaftsbetriebe größtenteils devastiert waren. Auch muß der zum Teil

katastrophale bauliche Zustand der Liegenschaftsgüter im Lauf der Zeit weiterhin verbessert werden.
Trotz der in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten, sei es in der Versorgung von Saatgut, Kunstdünger oder anderen landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, ist doch ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, wenn es auch noch längerer Zeit bedarf, bis alle Betriebe normal laufen.



3. Bodenordnung und Wasserwirtschaft

Neben den Maßnahmen, die der laufenden Bewirtschaftung des Bodens dienen, muß alles getan werden, um die gesamte Struktur der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu bessern. In dieser Hinsicht kommt der Bodenordnung und der Wasserwirtschaft eine besondere Bedeutung zu, weil erst nach Durchführung ihrer Maßnahmen eine wirklich bleibende Leistungssteigerung der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche erzielt werden kann.
[194] In einem großen Teil des Distrikts Warschau ist, wie schon erwähnt, eine Unzahl von Kleinstbetrieben vorhanden, die aus vielen kleinen Splitterparzellen bestehen. Die Entwicklung zu dieser Struktur liegt in der fehlerhaften Agrarpolitik der früheren Regierung, die es nicht zu verhindern wußte, daß bäuerliche Betriebe von Generation zu Generation im Wege der Erbteilung immer wieder zerschlagen wurden.
Der Beginn dieser Entwicklung fällt in das Jahr 1864, in dem durch einen Erlaß des Zaren die bäuerliche Gutsuntertänigkeit aufgehoben wurde und die Bauern das Recht erhielten, über ihren Grund und Boden frei zu verfügen. Neben der Erbteilung hat naturgemäß seit dieser Zeit ein freier Grundstücksverkehr eingesetzt, der, durch keine gesetzlichen Vorschriften gehemmt, ebenfalls zur Grundstückszersplitterung führte. Erst im Jahre 1891 wurde ein Gesetz erlassen, durch welches das Verfügungsrecht über das durch den Zarenerlaß entstandene Grundeigentum eingeschränkt wurde. Im Jahre 1919 folgt dann eine der deutschen Grundstücksverkehrs-Bekanntmachung von 1918 ähnliche Verordnung, wonach die Kaufverträge genehmigungspflichtig waren, die sich auf Betriebe von über 10 ha bezogen. Damit war jedoch das Grundübel, die reale Erbteilung sowie der freie Verkauf kleiner Grundstücke, in keiner Weise beseitigt, sondern die Zustände wurden nachgerade unhaltbar.
Um eine grundlegende Änderung herbeizuführen, wurde im Jahre 1920 eine Agrarreform eingeleitet, die in mehreren Gesetzen ihren Ausdruck fand, die aber wieder nur geringen Erfolg hatte. In diesen Reformgesetzen wurde eine Höchstgrenze von einigen 100 ha festgesetzt, die in einer Hand vereinigt sein durften. Der Bodenüberschuß wurde parzelliert oder im Wege der Anliegersiedlung vergeben. Gleichzeitig sollten Umlegungsverfahren stattfinden und so lebensfähige Betriebe hergestellt werden. Es sind im Distrikt Warschau bisher etwa 62 000 ha Privatgrundstücke und 7 685 ha Staatsland parzelliert und verteilt worden. Da aber auf der anderen Seite die Erbteilung ungehindert ihren Fortgang nahm, war auch dieser Agrarreform kein Erfolg beschieden.
Auch ein im Jahre 1932 ergangenes Belastungs- und Teilungsverbot, das sich allerdings nur auf Parzellierungsgrundstücke erstreckte, konnte keine

Besserung der Agrarverhältnisse herbeiführen. Desgleichen blieben die durch die Umlegungsverfahren geschaffenen Verbesserungen nur kurze Zeit bestehen, da unmittel- [195] bar nach ihrer Durchführung die Zersplitterung wieder einsetzte. So findet man heute noch landwirtschaftliche Betriebe, die nicht nur aus sehr vielen Parzellen bestehen, sondern die auch zu den einzelnen Grundstücken bis zu 10 km Weg zurückzulegen haben. Die einzelnen Parzellen bestehen dann wieder aus kilometerlangen Streifen von ganz geringer Breite.

Nach Errichtung des Generalgouvernements wurde daher als eine der ersten Maßnahmen der Grundstücksverkehr nach einheitlichen Richtlinien geregelt. Es wurde bestimmt, daß bestehende Großbetriebe nicht weiter in Teilflächen zerstückelt werden und daß Kleinbetriebe von 3 - 5 ha nicht durch Abverkauf oder durch Aufteilung an die erbberechtigten Kinder in noch kleinere Einheiten zerrissen werden. Auch die bereits abgeschlossenen Parzellationsverfahren, die noch nicht ins Grundbuch übernommen sind, werden nicht weitergeführt und sollen nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden. Nachdem so zunächst der Grundstücksverkehr durch die Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 27. 3. 1940 geregelt war, konnten die Umlegungsarbeiten wieder mit Erfolg aufgenommen werden.

Es war vorerst nicht leicht, die Umlegungsverfahren, die von den polnischen Dienststellen begonnen waren, weiterzuführen, da die ausführenden Landmesser und Ingenieure vielfach gefallen oder geflüchtet waren, wichtige Pläne und Akten im Laufe der Kriegshandlungen verlorengegangen sind, so daß die Hauptaufgabe zunächst darin bestand, die verbliebenen Fachkräfte aufzusuchen und wieder zusammenzufassen und den Stand der alten Umlegungsarbeiten zu ermitteln. Erst danach konnten die Arbeiten im Gelände wieder aufgenommen werden. Die Arbeiten erstreckten sich bald auf 235 Objekte mit einer Gesamtfläche von 135 000 ha. Von dieser Fläche konnten bereits 72 Objekte mit einer Gesamtfläche von etwa 29 000 ha fertiggestellt werden.

Neben der Durchführung der Kleinumlegungsverfahren werden Arbeiten in neuen Großumlegungsgebieten in Angriff genommen, wovon eins im Kreise Grojec bereits ziemlich weit fortgeschritten ist, und zwar in einer Größe von 20 000 ha, während das zweite im Kreise Sochaczew in einer Größe von 15 000 ha der Neuordnung unterliegt. Es ist ohne weiteres verständlich, daß man eine grundlegende Neuordnung der Besitzverhältnisse in einem kleinen Gebiet nur unvollkommen durchführen kann, wenn - wie bereits erwähnt - die zu einer Wirtschaft gehörigen Grundstücke 10 - 15 [196] km voneinander entfernt liegen. Das gleiche gilt für die Neuregelung der Wege- und Verkehrsverhältnisse, die selbstverständlich nur im großen Maßstab durchgeführt werden kann. Weiterhin befinden sich in fast allen Sammelgemeinden viele Grundstücke, deren Eigentümer in Nachbargemeinden oder in benachbarten Städten ihren Wohnsitz haben. Auch hier ist in einem Kleinumlegungsverfahren keine grundlegende Regelung möglich. Auch die Bodenverbesserungs- und Meliorationsarbeiten, die in einem erheblichen Umfange erforderlich sind und die zunächst immer den Ausbau der dazu gehörigen Vorfluter zur Voraussetzung haben, erfordern die Ausweisung von möglichst großen Neuordnungsgebieten.

Bei den Umlegungsverfahren müssen in sehr großem Umfange Meliorationsarbeiten durchgeführt werden. Diese Aufgabe obliegt der Wasserwirtschaft, deren Maßnahmen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeu-

gung außerordentlich wesentlich sind.
Zum Aufgabengebiet der Wasserwirtschaftsverwaltung gehören:

1. Regulierung an allen nicht schiffbaren Flüssen und Bächen,
2. Eindeichung ganz allgemein, also auch an schiffbaren Wasserläufen, so z. B. an der Weichsel,
3. Dränungen,
4. Ödlandkultivierungen,
5. Bewässerungen und Abwasserverwertung,
6. Anlage von Fischteichen,
7. ländliche Wasserversorgung,
8. der Bau von Wirtschaftswagen,
9. landwirtschaftliche Folgeerscheinungen.



[199] *Überschwemmung vor den Regulierungsarbeiten.*

Eins der größten Vorhaben der Wasserwirtschaft im Distrikt Warschau ist der Bau des sogenannten Maczyslow-Deiches. Er erstreckt sich auf dem linken Ufer der Weichsel von Gora Kalwaria bis zu den Vorstädten von Warschau. Die Länge der Baustelle beträgt nicht weniger als 25 km. Durch diesen und andere Deichbauten soll erreicht werden, daß bester landwirtschaftlicher Boden vor weiteren Überflutungen durch die Weichsel geschützt wird.



[199] *Bau eines Dammes gegen Überschwemmungen.*

Schon zu Beginn des Winters 1939/40 wurden die Kriegsschäden an den Deichen, soweit es bei dem Frost möglich war, ausgebessert, und im Winter wurde mit der Vorbereitung zur Bekämpfung des zu erwartenden schweren Eisgangs beim Frühjahrshochwasser begonnen. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, alle Polder, die durch Deiche von genügender Höhe und Stärke geschützt sind, vor Überflutung zu bewahren. Es bestehen jedoch im Distrikt Warschau [197-199=Fotos] [200]eine



[198] *Eisbruch auf der Weichsel.*

grosse Anzahl von Deichen, die in bezug auf ihre Höhe sowie Stärke nicht genügen. An diesen Deichen sind durch das Hochwasser im Frühjahr 1940 Überflutungen vorgekommen und vereinzelt auch Deichbrüche eingetreten.

Auf Grund von Bauprogrammen, die schon im Winter 1939/40 eingereicht worden waren, wurden der Wasserwirtschaftsverwaltung durch den Generalgouverneur für das Jahr 1940 erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Von der Gesamtsumme, die sich auf 57 Millionen



[198] *Deichbau an der Weichsel.*

für das gesamte Generalgouvernement beläuft, erhielt der Distrikt Warschau 10 Millionen Zloty.

Die Finanzierung von Bauvorhaben ist im Generalgouvernement von vornherein grundsätzlich anders gehandhabt worden als im Reich. Im Reich kommen als Träger von Landeskulturmaßnahmen nur Wasser- und Bodenverbände in Frage, die im allgemeinen nur einen kleinen Teil des Baukapitals durch Eigenleistung aufbringen, während der übrige Teil als Darlehen von einem Kreditinstitut und als verlorener Zuschuß vom Reich bzw. vom Staat gegeben wird. Im Generalgouvernement tritt der Staat selbst als Träger auf, führt die als richtig erkannten Meliorationen auf seine alleinigen Kosten durch und bildet später Verbände, die einen Teil des Geldes verzinsen und zu tilgen haben. Es ist dies ein in jeder Weise einfacher Weg, der auch

sofort den Beginn der Arbeiten ermöglicht.
Mit einer weiteren Melioration, der Dränung, war es zu polnischer Zeit ebenfalls sehr schlecht bestellt. Die Dränung, eine sehr wichtige und auch sehr schnell wirkende Melioration, ist in der Lage, bei richtiger Anwendung den Ertrag auf einem Hektar um 8 dz Getreide oder um 60 dz Kartoffeln im Mittel zu steigern. Die Dränung ist in Polen bereits im Jahre 1930 völlig zum Erliegen gekommen, weil sie nach dem Preissturz für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Polen nach liberalistischen Gesichtspunkten nicht mehr rentabel war. So war es hierbei besonders schwierig, in Gang zu kommen, da keine Ziegelei auf die Produktion von Dränröhren eingestellt war und gelernte Dränarbeiter wie auch Spezialhandwerkszeug nur schwer zu finden waren. Trotzdem ist es aber auch hier überraschenderweise gelungen, der Schwierigkeiten Herr zu werden und etwa 32 verschiedene Vorhaben mit insgesamt 3 400 ha zu dränieren.
Im gesamten Distrikt wurde von der Wasserwirtschaft im Jahre 1940 auf über 100 Baustellen gearbeitet. 46,7 km Deiche waren im Bau, 134,7 km Flüsse wurden reguliert und 682,2 km Gräben aus- [201] gebaut. Dabei wurden 1 771 555 cbm Erde bewegt. An Befestigungen wurden 22 479 cbm Faschinen eingebaut, 149 km Flechtzäune gezogen, 360 000 qm Böschungen mit Rasen belegt und 6 265 qm durch Pflasterung befestigt. 190 Stück Durchlässe mit insgesamt rund 1 000 lfd. m Länge wurden verlegt, 11 massive und 25 Holzbrücken gebaut, 140 Sohlschwellen, davon 12 aus Beton, hergestellt, 660 ha zu nassem Ackerland gedränt, wobei rund 400 000 lfd. m Dränstränge gegraben werden mußten, 7 Beton- und rund 4 Holztaue werden erbaut.
Umgebrochen, gedüngt und angesät wurden 1 100 ha, ferner noch 500 ha gepflügt. Insgesamt wurden bei diesen Arbeiten 660 000 Tagewerke geleistet. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 10 000 000 Zloty.
Im Winter 1940/41 wurden weiterhin Entwürfe aufgestellt und geprüft, um für das nächste Jahr einen genügenden Arbeitsvorrat zu haben.
Bei den Arbeiten der Wasserwirtschaft wurden im Jahre 1941 Juden aus dem Warschauer jüdischen Wohnbezirk in größeren Mengen eingesetzt. Mit den Juden machte man aber schlechte Erfahrungen. Rund 50% waren arbeitsunfähig, ein weiterer Teil wurde krank. Die Arbeitsleistung der verbleibenden Juden war derartig gering, daß allein die Kosten für die Verpflegung höher waren als das Entgelt, das die Juden verdienten. Statt der Juden werden in Zukunft russische Kriegsgefangene zur Arbeit herangezogen werden.
Es ist selbstverständlich, daß durch alle diese auf Jahre und Jahrzehnte berechneten Arbeiten die jetzt vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten nicht sofort behoben werden können; denn es ist unmöglich, in wenigen Jahren Aufbauarbeit das einzuholen, was in hundert Jahren Russenzeit und 20 Jahren polnischer Republik versäumt worden ist. Die deutsche Verwaltung hat sich aber das Ziel gesetzt, im Laufe der Jahre das Generalgouvernement landwirtschaftlich so umzugestalten, daß es die ihm gestellte Aufgabe, die auf seinem Gebiet lebenden Menschen ohne Zuschüsse aus dem Reich oder aus anderen Gebieten zu ernähren, hundertprozentig erfüllen kann.
Das Generalgouvernement hat in seinen Tiefen keine nennenswerten Vorkommen an Kohle oder an Erzen. Sein Boden ist sein größter Reichtum. In diesem Boden schlummern noch heute unendliche Erzeugungsreserven, die in der Zeit einer polnischen Mißwirtschaft nicht genutzt worden sind.
[202] Diesen vorhandenen Reichtum des Bodens zu erschliessen, ist die große Zukunftsaufgabe, die uns Deutschen gestellt ist. Die dabei erzielten

Anfangserfolge bieten die Gewähr dafür, daß dies große Ziel von Jahr zu Jahr immer mehr erreicht wird.



[1][Anm. d. Scriptorium: der Originaltext ist an dieser Stelle unvollständig und mußte aus dem Zusammenhang rekonstruiert werden.] .



12.Teil

Ernährungspolitische Massnahmen im Distrikt Warschau (Teil 2) 4. Marktordnung und Lebensmittelbewirtschaftung

Die Marktordnung hat im Generalgouvernement eine sehr grosse Bedeutung. Sie will erreichen, daß die erzeugten Lebensmittel der Masse der Verbraucher ordnungsmässig zufließen. Auch auf diesem Gebiet mußte im Generalgouvernement vollkommen von vorn angefangen werden, da im ehemaligen polnischen Staat keinerlei Vorarbeiten auf diesem Gebiet geleistet worden waren. Es gab keine modernen Veredelungs- und Verarbeitungsbetriebe, keinerlei Lagerungsmöglichkeiten, keine ausreichenden Kühlhäuser und Konservenfabriken. Die Entwicklung war hier, wie ohne Übertreibung gesagt werden kann, 100 Jahre hinter der Entwicklung in Deutschland zurück.
Irgendwelche nennenswerten Bestände an Lebensmitteln waren, als die deutsche Verwaltung anfing, nicht mehr vorhanden, da sie während des Polenfeldzuges und vor allen Dingen während der Belagerung der Stadt Warschau aufgezehrt worden waren. Zur Verhütung einer Hungersnot mußten im ersten Winter 1939/40 ansehnliche Getreide- und Zuckerlieferungen aus dem Reich erfolgen. Damit gelang es, den ersten Winter, der noch dazu eine besonders starke Kälte brachte, zu überbrücken.
An Stelle dieser Notmaßnahmen mußten dann aber planmässig neue Maßnahmen eingeleitet werden, um eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu erreichen.
Zunächst wurde Brot und Zucker auf Karten an die Bevölkerung ausgegeben. Nach und nach wurden dann auch Fleisch, Eier, Mehl und andere Nahrungsmittel in das Rationierungssystem einbezogen. Bei der Einführung dieses Lebensmittelkartensystems wirkte sich das Fehlen eines geordneten Einwohnermeldewesens ebenso unangenehm aus wie die dauernde Rückwanderung von Polen aus den in das Reich eingegliederten Gebieten und das ständige Zurückfluten der polnischen Flüchtlinge aus den damaligen Interessengebieten der UdSSR. Durch diese Menschenwanderung stieg damals die [203] Einwohnerzahl der Stadt Warschau um mehrere Hunderttausend auf mehr als 1,5 Millionen an.
Im ganzen Distrikt mußten 2,3 Millionen Menschen als Versorgungsberechtigte durch das Kartensystem versorgt werden, da im Distrikt Warschau, wie bereits ausgeführt wurde, nur ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung aus Selbstversorgern besteht.
Bei der Rückständigkeit, die damals im Generalgouvernement als Folge der früheren Verhältnisse vorgefunden wurde, war es nicht möglich, das deutsche **Lebensmittelkartensystem** zu übernehmen, vielmehr musste ein vereinfachtes Verfahren zur Anwendung gebracht werden. Es konnten nur bestimmte Verbrauchergruppen als versorgungsberechtigt anerkannt werden, u. a. die gesamte großstädtische Bevölkerung. Neben den größeren Städten kamen aber auch die Arbeiterwohnbezirke in der Nähe dieser Städte und die Industriegebiete auf dem flachen Lande in Frage. Dabei wurden zwischen Verbrauchergruppen für nichtdeutsche Normalverbraucher sowie Verbrauchergruppen für Juden unter-

schieden. Wer in Betrieben arbeitete, die für die deutsche Industrie oder im allgemeinen deutschen Interesse tätig sind oder bei denen ein öffentliches Interesse (z. B. Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserwerke) vorliegt, wurde zusätzlich mit Lebensmitteln beliefert.
Ein weiterer Unterschied gegenüber dem Reich liegt darin, daß die Versorgungsberechtigten nicht mit allen Nahrungsmitteln versorgt werden, sondern daß eine Zuteilung nur bei bestimmten Grundnahrungsmitteln erfolgt, und zwar in Mengen, die der Erzeugungskraft des Generalgouvernements entsprechen. Die Höhe dieser Lebensmittelzuteilung hängt zu einem großen Teil von der laufenden Verbesserung der Erfassungsmaßnahmen ab, wobei unter Berücksichtigung der im Generalgouvernement vorhandenen Verhältnisse und der polnischen Mentalität völlig neue Methoden und Maßnahmen erdacht und in Anwendung gebracht worden sind.



Eier werden kontrolliert.
[190]

Kalkbecken zum Einlegen der Eier.



Im Generalgouvernement besteht zwischen den amtlichen Preisen für Agrarprodukte und den amtlichen Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel und Bedarfsgegenstände ein großer Unterschied. Die Bauern sind deshalb bestrebt, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht den amtlichen Erfassungsstellen abzuliefern, sondern sie im Schleichhandel zu verkaufen, weil sie dadurch erheblich höhere Preise erzielen, mit denen sie dann auch die höheren Preise für landwirtschaftliche Gebrauchsgegenstände bezahlen können. Diese Tatsache führte zu der Erkenntnis, dass die Erfassung und Aufbringung [204] der landwirtschaftlichen Produkte nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn den Bauern für abgelieferte Erzeugnisse eine bestimmte Menge Betriebsmittel und Bedarfsartikel zu normalen Preisen als Prämie zurückgegeben wird. Aus diesem Grunde wurde für die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse das **Prämienscheinverfahren** eingeführt.
Bei diesem Verfahren bekommt der Landwirt für seine abgelieferten Erzeugnisse den amtlichen Preis bezahlt und erhält für etwa 20 - 25% des Wertes der abgelieferten Agrarprodukte Austauschartikel zur Verfügung gestellt. Dabei sind für die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestimmte Tauschartikel und Tauschsätze festgelegt worden.
So besteht z. B. bei der Getreideablieferung die Prämie in Textilien, Trinkbranntwein und Petroleum. Für abgeliefertes Schlachtvieh werden Schuhe und Leder zurückgeliefert. Bei

der Kartoffelerfassung besteht die Rücklieferung in Eisenwaren. Die



[191] *Butterschmelzanlage.*

Aufbringung der Eier wird durch Gegenlieferung von Zucker und die Erfassung der Ölfrüchte durch Rückgabe von Öl und Ölkuchen durchgeführt. Es kommen also bei allen wichtigen Erfassungsaktionen Tauschartikel zur Anwendung.
Das Prämienverfahren hat sich in jeder Hinsicht bewährt und wird deshalb auch in Zukunft Anwendung finden.
Um die Lebensmittelversorgung mit den Grundnahrungsmitteln sicherzustellen, sind allen

Kreisen, Gemeinden und Dörfern im Distrikt Warschau



Zwiebelernte.
[197]
Ernte in einer Rhabarberplantage.



Ablieferungskontingente für Getreide, Kartoffeln, Vieh, Eier, Butter usw. auferlegt worden, und zwar unter Berücksichtigung der jeweiligen Anbaufläche und der Durchschnittserträgnisse sowie der Viehbestände.
Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Bauern ihren Kontingentsverpflichtungen durchaus nachkommen. Im Jahre 1941 war bereits Ende Oktober mehr Getreide abgeliefert worden als im ganzen vorausgegangenen Wirtschaftsjahr.
Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet der landwirtschaftlichen Marktordnung besteht in der kontrollierten Lenkung der erfassten landwirtschaftlichen Produkte über die Be- und

Verarbeitungsbetriebe, die Handwerksbetriebe und den Lebensmittelgroß- und Kleinhandel an die Verbraucher.

Im Zuge der **Ausgestaltung der Marktordnung** war es von wesentlicher



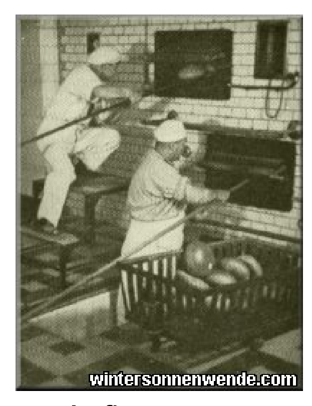
[191] *Flaschenmilchabfüllmaschine.*

Bedeutung, derartige leistungsfähige Be- und Verarbeitungsbetriebe, wie z. B. Mühlen, Molkereien, Ölfabriken, Fleisch-, Gemüse- und Fischkonservenfabriken usw., technisch auszubauen oder auch neu zu schaffen.

[205] Durch die Errichtung von neuem Lagerraum für rund 100 000 to Getreide in den Kreisen und durch einen größeren Erweiterungsbau des Warschauer Kühlhauses sowie Schaffung weiterer Lebensmittellagerräume wurde die Vorratswirtschaft weitgehend ausgebaut. Trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von



[189] *Mechanische Bäckerei in Warschau.*



Baumaterial und Maschinen ist dieses Aufbauprogramm zu einem großen Teil bereits durchgeführt.

Darüber hinaus wurde das gesamte Bäcker-, Konditoren- und Fleischerhandwerk sowie der Lebensmitteleinzelhandel einer großen Säuberungsaktion unterzogen.

Alle nicht wirtschaftlich notwendigen Betriebe wurden geschlossen, insbesondere alle jüdi-

schen Betriebe und solche Betriebe, die technisch schlecht eingerichtet waren.
Ebenso wurde der gesamte jüdische Handel mit Lebensmitteln im Interesse einer sicheren Warenbewegung sofort ausgeschaltet, was von allergrösster Bedeutung war, da früher der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fast ausschliesslich von Juden betrieben worden war. Statt dessen wurden die bestehenden Kreisgenossenschaften in den einzelnen Kreishauptmannschaften als Haupterfassungsstellen ausgebaut und unter deutsche Kontrolle gestellt.
Mit dieser landwirtschaftlichen Marktordnung, die im Generalgouvernement nach ganz neuen Gesichtspunkten anders als im Reich aufgebaut worden ist, und mit den bereits eingeführten Maßnahmen der Erfassungssteigerung muss es im Laufe der Jahre gelingen, die ausreichende Versorgung der im Generalgouvernement lebenden Menschen aus eigener Kraft durchzuführen.



5. Genossenschafts- und Kreditwesen

Im ehemaligen Polen befand sich der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und Bedarfsartikeln zum größten Teil in jüdischen Händen. Besonders schlimm waren die Verhältnisse im heutigen Distrikt Warschau, da das Judentum der Hauptstadt in der näheren und weiteren Umgebung der Stadt die Fäden in der Hand hielt und jede Regung der Bauern, sich von der jüdischen Knechtschaft durch Gründung von Selbsthilfeorganisationen zu befreien, im Keime erstickte. Die Vernichtung des arischen Handels war um so leichter, als die Juden auch als Geldgeber auftraten und es in ihrer Hand [206] hatten, die Preise für landwirtschaftliche Produkte nach eigenem Belieben festzusetzen. Besonders einträglich war der sogenannte Kauf des Getreides "auf dem Halm", durch den die in Geldnot steckenden Bauern bereits im Frühjahr die Bodenprodukte zu einem Schleuderpreis verkauften und im Herbst um die Früchte ihrer Arbeit gebracht wurden.
Als nach Errichtung der deutschen Verwaltung und nach Ausschaltung des jüdischen Handels keine arischen Kaufleute zur Verfügung standen, griff die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft auf das bereits vorhandene, aber bescheidene und lückenhafte Netz der landwirtschaftlichen Genossenschaften zurück. Ein großzügiger Aufbau wurde in die Wege geleitet. In jeder Kreisstadt wurde eine Kreishandelsgenossenschaft, in anderen Städten Bezirkshandelsgenossenschaften oder Filialen der Kreisgenossenschaften ins Leben gerufen. Am 1. April 1942 zählte der Distrikt Warschau entsprechend seinen neun Kreisen 9 Kreisgenossenschaften, 19 Bezirksgenossenschaften und 24 Filialen mit zusammen 2 500 Angestellten. Die Aufsicht über die Kreisgenossenschaften wurde deutschen Kommissaren übertragen. Die Fülle der Arbeit lässt sich daraus ersehen, dass diesen Unternehmen, die aus dem Nichts entstanden, der gesamte landwirtschaftliche Handel zugewiesen werden konnte. Im. Jahre 1940 erzielten die Genossenschaften einen Umsatz von 100 Millionen Zloty, im Jahre 1941 bereits einen solchen von 130 Millionen Zloty.
Das notwendige Kapital wurde teils durch eigene Anteile, teils durch Kredite der Zentralkasse der Landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgebracht. Durch eifrige Werbung gelang es den Genossenschaften, bis zum 1. 4. 1942 59 750 Mitglieder zu werben und 3 629 979 Zloty an eigenem Anteilkapital hereinzubekommen. Dieses Geld wurde in erster Linie für Investitionen verwandt. Da keine geeigneten Baulichkeiten für die Verwaltung und die Lagerung von Getreide und Waren vorhanden waren, musste hier ein Wandel geschaffen werden. Während der Jahre 1940 und 1941 wurden 12 massive Getreidespeicher neu erbaut und über 50 provisorische durch Umbau vorhandener Gebäude oder Aufstellung von Baracken geschaffen. Sowohl in den neuerbauten als auch in den provisorischen Lagern können insgesamt 40 000 to Getreide gelagert werden. Die Kosten für diese Bauten

betrugen rund 10 Millionen Zloty. Hierzu erteilte die Regierung einen verlorenen Zuschuss von etwa 3 Millionen Zloty, während weitere 3 Millionen Zloty durch die Staatliche Agrarbank in Form von langfristigen Krediten gegeben wurden.



[92] *Kreismolkerei in Otwock (Kreishauptmannschaft Warschau-Land).*

[207] Eine andere Entwicklung nahmen die Molkereigenossenschaften. Vor dem Kriege bestanden auf dem Gebiete des Distrikts Warschau 150 genossenschaftliche Molkereien, die sich aber durchweg aus kleinen und kleinsten Betrieben zusammensetzten. Hier wurde es notwendig, alle lebensunfähigen Unternehmungen zu liquidieren oder mit anderen zusammenzuschliessen. Heute sind noch 72 genossenschaftliche Molkereibetriebe im Distrikt Warschau tätig. Ihre Zahl wird aber noch weiterhin vermindert, damit den leistungsfähigen Betrieben ein genügend großes Einzugsgebiet zugewiesen werden kann. Die technischen Einrichtungen der Molkereien befanden sich in einem unzureichenden Zustand. Durch Einfuhr von Maschinen und Umbauten der Betriebe konnte eine bedeutende Besserung erhielt werden. Die geplanten Neubauten und der Einbau von maschinellen Einrichtungen können wahrscheinlich während des Krieges vorerst nicht verwirklicht werden. Inzwischen werden aber alle Anstrengungen unternommen, um die finanziellen Mittel der Genossenschaften zu stärken, damit bei eintretender Möglichkeit an eine neuzeitliche Ausgestaltung der Unternehmen geschritten werden kann.

Auch unter den bestehenden Kreditgenossenschaften wurde eine Säuberungsaktion durchgeführt. Es bleiben nur die Institute bestehen, die auch in der Zukunft eine ausreichende Entwicklungsmöglichkeit haben. Insgesamt sind 178 Kreditgenossenschaften tätig, die über ein Eigenkapital von rund 15 Millionen Zloty verfügen. In den Kreisstädten werden die landwirtschaftlichen Volksbanken ausgebaut, soweit die vorhandenen landwirtschaftlichen Kreditinstitute den gestellten Anforderungen noch nicht genügen.

Die Landwirtschaft und die Betriebe der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft werden vorwiegend durch zwei Banken mit den nötigen Geldmitteln versorgt. Die Staatliche Agrarbank finanziert den Großgrundbesitz, während die Zentralkasse der Landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Vermittlung der örtlichen Kreditinstitute den Bauern Kredite zur Verfügung stellt und die Genossenschaften mit den notwendigen Betriebsmitteln direkt versorgt.

Alle Genossenschaften werden vom Revisionsverband der Genossenschaften im Generalgouvernement, Distriktsverband Warschau, betreut und beaufsichtigt. Die Distriktsstelle der Landwirtschaftlichen Zentralstelle versorgt als Warenzentrale die Handelsgenossenschaften mit den notwendigen Bedarfsartikeln und übernimmt alle von den Genossenschaften erfassten Produkte.



Teil 13

Holz- und Forstwirtschaft
1. Allgemeiner Überblick über die Forstverhältnisse

Während vor einem Jahrhundert das heutige Generalgouvernement ein waldreiches Land war, ist es heute als waldarm anzusprechen. Noch Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde das Bewaldungsprozent der früheren Republik Polen mit 33% angegeben. 1912 mußte dagegen schon festgestellt werden, dass nur noch 20% des Landes mit Wald bestockt waren. Seitdem hat die Waldfläche noch mehr abgenommen, sie wird heute - ohne den Distrikt Galizien - mit 18% angegeben. Für den Distrikt Warschau kann gegenwärtig sogar nur ein Bewaldungsprozent von 14% angenommen werden.

Die Gründe für diese starke Waldabnahme liegen hauptsächlich der Ablösung der Forstberechtigungen durch Waldabfindung an die Bauern, ferner in den umfangreichen Waldaufteilungen, bei deren Durchführung der Wald in den meisten Fällen gerodet wurde, und schliesslich auch in der schlechten finanziellen Lage des Großprivatwaldbesitzes infolge Verschuldung, die zum Kahlabtrieb der Bestände oder zum Verkauf des Waldes an Güterschlächter zwang. Auch die starken Holzanforderungen in und nach dem Weltkrieg haben auf den Waldzustand keine günstige Wirkung ausgeübt. Endlich hat die oft falsche Hand

habung der forstgesetzlichen Bestimmungen dazu



[215] *Die Entwaldung im Umkreis von 60 km um Warschau.*
[Vergrößern]

beigetragen, die vorhandene Waldfläche noch weiter zu verringern, anstatt sie zu erhalten und vergrössern zu helfen.
Aus der Abbildung S. 215 *[Scriptorium: rechts]*, die die Umgebung von Warschau in einem Umkreis von 60 km graphisch darstellt, geht am besten hervor, wie stark die Entwaldung

im Laufe der Jahre vorgeschritten ist. Die Karte zeigt, dass im Jahre 1863 noch ein sehr grosser Teil des gesamten Gebietes bewaldet gewesen ist. Im Jahre 1935 ist aber dieser Waldbestand, wie aus der Karte anschaulich hervorgeht, nur noch verschwindend gering. Im Gegensatz zum Reich kommen Gemeindewaldungen sehr selten vor. Auf das Fehlen dieser Einnahmequellen ist auch vielfach die geringe Finanzkraft der Gemeinden zurückzuführen.
[209] Der bäuerliche Waldbesitz besteht überwiegend aus Zwergwirtschaften, die in der Regel aus der Ablösung der Forstberechtigungen herstammen.



a. Lage, Klima und Boden

Der Distrikt Warschau liegt fast durchweg im Stromgebiet der Weichsel auf einer Meereshöhe von 75 m (bei Sochaczew) bis 220 m (zwischen Wengrow und Kaluszyn). Die Temperaturverhältnisse bilden für die



[217] *Urwaldähnlicher Bestand von Fichte und Kiefer.*

Hauptholzarten nicht ungünstige Wachstumsbedingungen. Lediglich für die Rotbuche und Weißtanne ist das Klima nördlich des Bug zu rauh.
Die jährliche Niederschlagsmenge ist im allgemeinen gering und beträgt in den südlichen Distriktsteilen 600 - 700 mm, in den nördlichen 500 - 600 mm. In den Niederungen des Narew wurde sogar unter 500 mm gemessen. Bei Niederschlagsmengen unter 600 mm kommen Buchen und Weißtannen nicht mehr vor, während die übrigen Holzarten ein zufriedenstellendes Wachstum zeigen.
Die günstigen klimatischen Bedingungen sind dem Vorherrschen der westlichen Winde zuzuschreiben. Die Ostwinde bringen dagegen die hohen Kälte- und Wärmegrade, Trockenheit, Nachtfröste sowie Früh- und Spätfröste, die der Waldwirtschaft genau so schaden wie die meist lang anhaltende Trockenheit im Frühjahr.



[216] *Wandernde Sanddüne.*

Die geologische Gliederung ist einfach. Die größte Fläche nehmen die Sande des Dilu-
viums ein, die mittlere bis gute Waldböden bilden. Entlang der Weichsel sind weite Stre-
cken mit Talsanden bedeckt, die vielfach zu Binnendünen zusammengeweht wurden und
wohl die ärmsten Waldböden tragen. Zum Teil kommen noch offene Dünen vor, die oft
Wald- und Feldkulturen bedrohen und deren Festigung und Wiederbestockung eine der
vielen Aufgaben einer künftigen Forstwirtschaft bilden wird.



b. Waldzustand bei Übernahme in deutsche Verwaltung



[214] *Bewaldungskarte*
des Distrikts Warschau.
[Vergrößern]

Als die deutsche Verwaltung im Oktober 1939 die Forsten übernahm, konnte sie feststel-
len, dass in den Staatswaldungen die Altholzvorräte noch einigermassen befriedigend wa-
ren, dagegen fehlten in den Privatwaldungen die Altholzbestände vielfach. Nur wenige
Gutsforsten wiesen ein einigermassen normales Altersklassenverhältnis auf.
Die rücksichtslose Abnutzung der Altholzvorräte in den Privatwaldungen wird schon Mitte
des vorigen Jahrhunderts festgestellt, [210] und in den Jahren seit 1918 hat die Übernut-
zung der Altholzbestände weitere Fortschritte gemacht. Schlechte finanzielle Lage, zu gro-
ße Geldausgaben, die Furcht vor Verstaatlichung, Bodenabgaben an die Bauern sind die
Gründe hierfür gewesen. Die übliche Großkahlschlagwirtschaft und auch die ungenügende
Ausbildung des Forstpersonals trugen weiter ihren Teil zur Verschlechterung des Waldzu-
standes bei. Im bäuerlichen Wald fand eine geordnete forstliche Bewirtschaftung über-
haupt nicht statt. Streunutzung und Waldweide haben dem Walde grossen Schaden zuge-
fügt.
Schwere Schäden an den Beständen sind auch durch die strengen Winter 1928/29 und
1939/40 besonders an Tanne und Buche entstanden.
Auch der Weltkrieg und der Feldzug 1939 haben dem Wald schwere Wunden geschlagen,

besonders dort, wo Kämpfe stattgefunden haben. Vor allem aber hat der umfangreiche Holzdiebstahl, besonders in der Nähe von Städten und Dörfern, die Bestände stark gelichtet, ja sogar die Waldflächen an manchen Orten wesentlich vermindert.



c. Jagdliche Verhältnisse bei Übernahme in die deutsche Verwaltung

Der Wildreichtum ist im Distrikt Warschau seit Jahrzehnten mässig gewesen. Wenn auch manche Privatwaldbesitzer sich die Pflege von Niederwildbeständen sehr angelegen. sein liessen, sind die meisten Jagden im Distrikt - an deutschen Wildbahnen gemessen - wildarm. Ein stark ausgebildetes Wildererunwesen und besonders der harte Winter 1939/40 haben dem Wildbestand sehr grosse Schäden zugefügt. Elchwild kommt nicht mehr vor. Auch das Rotwild ist bis auf etwa 10 Stück verschwunden. Der letzte kapitale Rothirsch (16 Ender) wurde 1916 in der Ostrower Heide gestreckt, der aufgebrochen 257 kg gewogen haben soll. Das Schwarzwild kommt in den grösseren zusammenhängenden Waldgebieten vor. Das letzte Damwild wurde im Polenfeldzug vernichtet.
Rehwild findet sich, wenn auch sehr spärlich, überall. Mitunter wurden kapitale Böcke mit über 500 g Gehörngewicht zur Strecke gebracht. Das Körpergewicht liegt wesentlich höher als im Altreich, und zwar in der Regel zwischen 40 - 50 Pfund aufgebrochen.
Auch Hasen sind überall zu finden. Die besten Hasenjagden befinden sich in den westlichen Kreisen mit ihren guten Böden. Kaninchen sind hauptsächlich westlich der Weichsel verbreitet. Der [211] Fuchs ist häufig anzutreffen, dagegen ist der Dachs seltener, auch der Otter ist zurückgegangen. Auch Baum- und Steinmarder, Iltis und die beiden Wieselarten sind noch vorhanden. Der Wolf kommt nur auf den alten Wechseln östlich des Bug vor. Biber und Luchs sind ausgestorben.
Beim Federwild ist das Birkwild noch in erfreulicher Anzahl vertreten, während Auerwild fehlt. Der Besatz an Rebhühnern hat durch den Winter 1939/40 sehr gelitten. Fasanen kommen nur noch in wenigen besonders gepflegten Revieren vor.
Trappen konnten noch im Jahr 1939 beobachtet werden. Ringel-, Turtel- und Hohltauben finden sich häufig.
Die Sumpfgebiete, Flüsse, Seen und Teiche sind mit Sumpf- und Wasservögeln belebt. Alle Arten von Enten, der Kranich, Kiebitze, Möwen, Taucher und Säger, Rohrdommel, Brachvögel, Schnepfen und Bläßhühner finden sich hier häufig. Auch der seltene Kampfhahn kommt vor. Der schwarze Storch ist noch vertreten, auch den Kolkraben trifft man da und dort an. Der Uhu konnte dagegen noch nicht festgestellt werden, das gleiche gilt für die Adlerarten.



2. Der Wiederaufbau der Forst- und Holzwirtschaft

Mit der Errichtung des Generalgouvernements im Herbst 1939 war der deutschen Forstverwaltung im Generalgouvernement die Leitung der gesamten Forst- und Holzwirtschaft und der Jagd sowie die Ingangsetzung aller forstlichen und holzwirtschaftlichen Betriebe als Aufgabe gestellt.



a. Verwaltungsaufbau

Die Abteilung Forsten, die hiermit betraut wurde, teilte den Distrikt Warschau erstmals nach forstlichen Gesichtspunkten in acht große Bezirke auf und bildete sogenannte **Forstinspektionsbezirke,** deren Zahl später auf sieben verringert wurde.
Die durchschnittliche Gesamtwaldfläche eines Inspektionsbezirkes betrug
25 000 - 30 000 ha.
[212] Jede Inspektion wurde von einem reichsdeutschen Forstmeister geleitet, dem - je nach Arbeitsumfang - ein bis drei reichsdeutsche Forstbetriebsbeamte beigegeben waren. Die Neuorganisation der Forstverwaltung im Generalgouvernement brachte auch im Distrikt Warschau eine völlig neue gebietsmäßige Einteilung. Die Forstinspektionen wurden in 4 große **Forstaufsichtsämter** zusammengefaßt, mit dem Dienstsitz in Ostrow, Skierniewice, Warschau und Sokolow. Jedem Forstaufsichtsamt unterstehen die in seinem Bereich gelegenen, ebenfalls neugebildeten Aufsichtsoberförstereien. Die Durchschnittswaldfläche einer Oberförsterei beträgt 5 000 - 8 000 ha Wald aller Besitzkategorien, das Personal der Oberförsterei besteht durchweg aus ehemals polnischen Forstbeamten.
Die weitere Zusammenlegung in zwei Forstaufsichtsämter Warschau Ost und West wurde im Herbst 1941 durchgeführt.



b. Holzwirtschaft

Nach der Übernahme der Waldungen durch die deutschen Forstbehörden mußte der gesamte Waldbesitz im besetzten Teil Polens bis zur äußersten Grenze des Möglichen für die Bereitstellung der für den Endsieg benötigten großen Mengen an greifbaren Hölzern eingesetzt werden.
Als vordringliche Aufgabe musste mit dem Einschlag sofort begonnen werden. Vordringlich mußten für den Export ins Altreich Grubenholz, Faserholz und Exportblöcke sowie Brennholz, Bauholz und Schneideholz aufgearbeitet werden. Endlich sollten 10% des Anfalles an Nadelstammholz für den Wiederaufbau des besetzten Gebietes zur Verfügung gestellt werden.
Darüber hinaus mußten noch wegen mangelnder Kohlenversorgung umfangreiche Mengen an Brennholz für den Bedarf der Bevölkerung eingeschlagen werden. Der sehr hohe Brennholzanfall im alten Polen ließ es möglich erscheinen, die Nutzholzausbeute zu heben und vor allen Dingen den Anfall an Gruben- und Faserholz auf Kosten des Brennholzanfalls zu erhöhen. Bei dem stets zunehmenden Bedarf der Wehrmacht vor allem an starkem und stärkstem Nadelstammholz ergab sich bald die Notwendigkeit, daß in diesen Sortimenten mehr als 100% der hierfür vorgesehenen Menge gehauen [213] und kurzfristig der Wehrmacht zugeführt werden mußte. Dies zwang zu einer Zusammenfassung sämtlicher verfügbaren Kräfte auf Kahlschläge in abfuhrgünstig gelegenen Beständen, vor allem an solchen Hieborten, aus denen auch nach der Schneeschmelze das Holz abgefahren werden konnte. Diese Maßnahme konnte nur durch den restlosen Einsatz aller beteiligten deutschen Beamten erfüllt werden.
Der Gesamteinschlag ist bereits im Wirtschaftsjahr 1940 fast hundertprozentig erreicht worden, obwohl große Schwierigkeiten der Aufbringung entgegenstanden. Der unverhältnismäßig lange und harte Winter, die mangelhafte Ernährung und Bekleidung der polnischen Holzhauer und die ungenügende Werkzeugausrüstung waren die Haupthindernisse. Die gesamte Arbeit des Wirtschaftsjahres 1940 kann jedoch als Erfolg gewertet werden.
Im Wirtschaftsjahr 1941 sollte zunächst nur der normale Jahreseinschlag gehauen werden. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse mit Sowjetrußland zog aber einen abermaligen riesenhaften Bedarf nach sich, der wiederum kurzfristig bereitgestellt werden

mußte. Hinzu kamen umfangreiche Bestellungen von Bauholz für die **Organisation Todt**. Schließlich mußten für die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für beschleunigten Aufbau zerstörter Güter, Lagerhäuser und Meliorationsarbeiten große Mengen Holz bereitgestellt werden. Alle diese Holzlieferungen liessen eine Begrenzung des Umlagesolls nicht zu, es mußte einfach der verlangte Bedarf gehauen werden. Die Schwierigkeiten beim Einschlag und der Bereitstellung dieser Holzmengen waren jedoch nicht kleiner geworden. Trotzdem ist es gelungen, allen Bedarf zu decken und alle Bedarfsträger ausreichend zu versehen.
Der im Distrikt vollzogene Einschlag des Brennholzes zur Versorgung der Bevölkerung und der Industriebetriebe genügte bei dem bestehenden Kohlenmangel nicht zur Deckung des ausserordentlichen hohen Bedarfs, so daß hierfür erhebliche Zuschußmengen aus den Distrikten Lublin und Radom bezogen werden mußten.
Die Verwertung des gesamten Anfalles an Nadelstammholz der beiden Wirtschaftsjahre wurde bis auf einige tausend fm Schneideholz, die in das Reich exportiert wurden, auf Sägewerken des Distrikts verarbeitet. Der Anfall an Gruben- und Faserholz wurde dem Reich zur Verfügung gestellt.
[214-217=Fotos] [218] Wenn im Altreich die Holzabfuhr einzig und allein Sache des Käufers ist, mußte hier bald festgestellt werden, daß die Bewegung des eingeschlagenen Holzes nicht allein dem Käufer überlassen werden konnte, da dieser nicht imstande war, die notwendigen Fahrzeuge bereitzustellen. Die Forstaufsichtsämter mußten sich deshalb auch dieser Sache annehmen, um zu gewährleisten, daß das geschlagene Holz rechtzeitig der Verarbeitung zugeführt wurde.
Zunächst wurden die vorhandenen Waldbahnen, die noch aus dem Weltkriege stammen, in Betrieb genommen. Vorhanden waren zwei solcher Bahnen mit insgesamt 34 km Länge. In der Hauptsache kam aber für die Holzabfuhr das leistungsfähige und am einfachsten zu handhabende Panjegespann in Frage, das auch noch im Jahre 1939/40 in genügender Anzahl zur Verfügung stand. Später entstanden aber große Schwierigkeiten durch die Pferdeaushebungen für die Wehrmacht und die Bedürfnisse der Straßenbauämter, die eine hohe Anzahl der Gespanne für ihre Zwecke in Anspruch nahmen. Schließlich brachte im November 1940 die Kartoffelversorgung der Stadt Warschau die Holzabfuhr fast vollkommen zum Erliegen, da die bäuerlichen Fuhrleute die Kartoffeln mit ihren Gespannen nach Warschau fahren mußten.
Im Frühjahr 1941 wurden erneut Tausende von Gespannen ausgehoben, was die Holzabfuhr besonders in den Ostkreisen fast zum Erliegen brachte.
Trotz all dieser Schwierigkeiten konnten die eingeschlagenen Holzmengen rechtzeitig abgefahren werden. Das ist eine große Leistung der deutschen Forstverwaltung.



c. Forstwirtschaft

Hinter der wichtigsten Aufgabe der Forstverwaltung, der Gewinnung und Bringung der zum Einschlag vorgesehenen Holzmengen, mußten die waldbaulichen Belange zunächst zurückstehen. Infolgedessen konnte der Zustand der Waldungen nicht wesentlich verbessert werden.
Die Beschaffung des riesigen Holzbedarfes zwang oft dazu, die Hiebe auf bestimmte Sortimente bei günstiger Abfuhrlage abzustellen. Die meist kurzfristigen Lieferfristen gaben den Anlaß zur Beibehaltung des Großkahlschlagbetriebes, und zwar möglichst an [219] frachtgünstigen Hiebsorten. Wenn auch weitgehend dabei berücksichtigt wurde, kranke, insbesondere schwammverseuchte oder durch Kriegswirkungen beschädigte Bestände zum Einschlag zu bringen, so sind doch die Altholzvorräte im Distrikt in den letzten Jahren noch weiter geschwächt worden.

Die Sicherstellung des Samen- und Pflanzenbedarfs für das Jahr 1940 war besonders schwierig, da die Ernte schlecht war und aus dem Reich Samen und Pflanzen nicht bezogen werden konnten. Es konnten infolgedessen nur 1 200 ha angebaut werden. Im Jahre 1941 belief sich die Fläche auf nicht ganz das Doppelte der Vorjahresfläche. Auf diesem Gebiet wird in den kommenden Jahren viel nachzuholen sein. Die Unterlagen für ein groß angelegtes Aufforstungsprogramm sind durch Erfassung der kulturbedürftigen Flächen geschaffen worden.
Die Anlage von großen Baumschulen ist in Angriff genommen, so daß im Lauf der Zeit die vorgesehenen Aufforstungsflächen mit selbstgezogenen Pflanzen in Bestockung gebracht werden können.
Unter den Nebenerzeugnissen des Waldes ist das Harz von besonderer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft. Als vordringliche Aufgabe war deshalb im Jahre 1939 die Sicherstellung der Vorräte an Harz anzusehen. Das Harz lagerte vielfach in Fässern in den Kellern der Forstgehöfte. Es wurden schätzungsweise 5 000 kg erfaßt. Im Laufe des Frühjahres 1940 wurde denn auch die Harzgewinnung wieder in Gang gesetzt.



[100] *Torfgewinnung in der Kreishauptmannschaft Siedlce.*

Die Nutzung geeigneter Torflager war nur in beschränktem Umfange möglich. Ihre Ausbeutung wie die Erschliessung neuer Lager wurde durch die ungünstige nasse Witterung des Jahres 1940 gehemmt und erschwert. Im ganzen sind im Jahre 1940 nur 3 000 to Torf gestochen worden.
Dagegen wurden im Jahre 1941 von größeren Torffirmen bis zum 1. September 20 000 to Torf gewonnen. Die Produktion auf kleineren Flächen (unter 2 ha) kann mit 10 000 to angenommen werden, so daß die Gesamtnutzung rund 30 000 to beträgt.
Für das Jahr 1942 wird der Anfall auf 50 000 to geschätzt.
Alle Arbeiten in den Waldungen wurden durch den anfänglich bestehenden und heute noch nicht gänzlich behobenen Mangel eines geeigneten Forstschutzes erschwert.
Die Forstdiebstähle hatten in Polen infolge einer äußerst milden Gesetzgebung und ihrer schlappen Handhabung durch die Gerichte einen unvorstellbaren Umfang angenommen.
[220] Die vordringlichste Aufgabe war, das vorhandene und zum Teil willige polnische Forstschutzpersonal mit Waffen zu versorgen. Zu diesem Zwecke wurden teils durch die deutsche Polizei beschlagnahmte, teils aus dem Reich bezogene Jagdwaffen zur Verfügung gestellt.
Anfang Mai 1940 hat das Forstschutzkommando des Reichsforstmeisters seine Tätigkeit aufgenommen. Diese beschränkte sich zunächst auf die Kontrolle der Holzabfuhr und die Abstellung des Holzdiebstahls. Die energische Kontrolle der wilden Holzabfuhr nach Warschau hat zur Sicherstellung erheblicher Brennholzmengen geführt, die durch Vermittlung einer Holzfirma zu angemessenen Preisen verwertet wurden. Im übrigen erfolgten durch kleinere Kommandos Durchsuchungen von Ortschaften nach Diebstahlholz. Neben der Förderung und Überwachung des Holztransporte waren die Forstschützen auch beim Forst- und Jagdschutz tätig. Sämtliche Maßnahmen hatten durchschlagenden Erfolg.

d. Jagd

Die Jagd hatte unter dem Krieg und seinen Folgeerscheinungen sowie dem harten Winter 1939/40 sehr zu leiden.
Zunächst handelte es sich im Herbst 1939 darum, den noch vorhandenen Wildbestand so weit wie möglich zu retten. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Dauerschonvorschriften z. B. für weibliches Rehwild, Fasanenhennen und Rebhühner erlassen, die für Rebhühner heute noch gelten. Im allgemeinen sind, abgesehen von Hasen und Enten, die Wildbestände an Rehwild, Schwarzwild und Fasanen sehr mässig und bedürfen noch weitgehender Schonung und Hege. Für die Wildfütterung wird in den einzelnen Jagdbezirken manches getan, trotzdem bleibt noch mehr zu tun übrig. Das gleiche gilt auch für die Aufzucht und Hege von Fasanen.
Eine Verbesserung der jagdlichen Verhältnisse hinsichtlich des Wildbestandes ist dringend erwünscht. Es darf zuversichtlich angenommen werden, daß die Einführung des Reichsjagdgesetzes die hierfür nötigen Grundlagen schaffen wird. Wenn von seiten der Jagdbesitzer das Nötige für die planvolle Hege und Aufzucht der verschiedenen Wildarten, notfalls durch Einsatz gesunden Wildes, getan wird, können die Jagden im Generalgouvernement sich auch bald mit denen des Altreiches messen.
Das gesamte Distriktsgebiet ist in rund 370 Jagdbezirke eingeteilt, die Wehrmacht- und SS-Dienststellen sowie zivilen Jägern [221] und Forstdienststellen zur Jagdausübung zugeteilt sind. Die Wildstrecken werden zugunsten der Grundeigentümer verrechnet.
Das anfallende Wildbret wird im wesentlichen an die im Distrikt vorhandenen Gaststätten der Wehrmacht und der Zivilverwaltung sowie an Lazarette zu den vorgeschriebenen Preisen abgegeben.



3. Zukunftsaufgaben der deutschen Forstverwaltung

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Distrikt Warschau ein waldarmes Gebiet mit sehr großem Holzbedarf ist und daß die Waldungen einen geringen Vorrat an hiebreifen Althölzern und besonders auch im Privatwald eine unbefriedigende Bestockung zeigen, muß die Hauptaufgabe in der Zukunft darin bestehen, die derzeitigen Waldflächen zu vergrößern und den Waldzustand zu verbessern.
Zur Erreichung dieses Zieles sind Kahlhiebe auf unbedingt nötige Ausnahmefälle zu beschränken, um damit zu verhindern, daß neue Anbauflächen geschaffen werden.
Vor allem handelt es sich aber um die Aufforstung der für die Landwirtschaft nicht brauchbaren Böden, den Anbau alter Schläge, Nachbesserung der ältesten Kulturen sowie die Aufforstung der zahlreich vorhandenen Ödländereien.
Zur Durchführung dieser Aufgaben müssen die hier üblichen Kulturmethoden verbessert, einwandfreies Saatgut gewonnen und entsprechendes Pflanzenmaterial nachgezogen werden. Wo die Viehweide die Kulturen bedroht, müssen diese eingegattert werden. Eine fachliche Schulung der polnischen Forstbeamten für alle diese forstlichen Aufgaben wird unerläßlich sein und wird bereits durchgeführt.
Die in stetem Fluß sich befindende Rodung von Wald zur Umwandlung in landwirtschaftliches Gelände muß verboten werden, da der heute noch vorhandene Wald auf ausgesprochenem Waldboden stockt und die in den letzten Jahrzehnten gerodeten Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung in vielen Fällen nicht brauchbar sind. Falls die Umwandlung

von Wald nicht rücksichtslos abgestoppt wird, geht der Distrikt der Versteppung entgegen, mit allen nachteiligen Folgen für Boden, Klima und die Wohlfahrt der hier lebenden Menschen.
[222] Eine weitere Zukunftsaufgabe ist die Einschränkung des Holzbedarfs.
Der Distrikt Warschau ist bei seiner geringen Waldfläche und seinem weit über deutsche Verhältnisse hinausgehenden Holzbedarf ein ausgesprochenes Holzbedarfsgebiet. Wenn das frühere Polen bis zur deutschen Übernahme sich als Holzausfuhrland betätigt hat, geschah dies auf Kosten seines Waldbesitzes, der langsam, aber sicher seinem Ruin entgegensteuerte. Von einer geordneten Forstwirtschaft konnte bei der Vorratsabnutzung der letzten 20 Jahre keine Rede mehr sein.
Die ländliche und auch städtische Bevölkerung hat einen viel größeren Holzbedarf als in Deutschland. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß für Hausbrandzwecke fast ausschließlich Brennholz verbraucht wird und die Heizung mit Kohle auf dem Land wenig oder gar nicht im Gebrauch ist. Weiter werden in den Dörfern und Landstädten die Häuser in den meisten Fällen aus Holz hergestellt. So werden riesige Holzmengen verbraucht, die der Wald nicht nachhaltig liefern kann.
Der Holzverbrauch muß eingeschränkt werden, sobald wieder normale Verkehrsverhältnisse eingetreten sind. Das Generalgouvernement ist in seinen Hauptteilen kein Holzausfuhrgebiet, sondern - besonders der Distrikt Warschau - ein Holzeinfuhrgebiet. Nicht Ausfuhr, sondern Einfuhr von Holz muß stattfinden, daneben aber auch eine Umstellung der Bauweise von Holz- auf Steinbauten, wie auch ein Übergang von der Brennholz- zur Kohlenfeuerung. Zur Erreichung dieses Zieles muß eine planmäßige Propaganda die Forstwirtschaft unterstützen.
Endlich gehört auch zu den besonders dringenden Zukunftsaufgaben die Schaffung eines Forstgesetzes, das für die großen Aufgaben einer Vergrösserung der Waldfläche und Verbesserung des Waldzustandes die nötige gesetzliche Grundlage schaffen soll; denn wichtige Gebiete bedürfen einer baldigen gesetzlichen Regelung, insbesondere die Bewirtschaftung und Beförsterung der Waldungen, der Zusammenschluß der bäuerlichen Waldbesitzer zu Waldgenossenschaften, die Wiederaufforstung von Ödländereien und Kahlflächen, die Ablösung der noch vorhandenen Weide- und Streuberechtigungen gegebenenfalls durch Futter- und Streumittellieferung und Bereitstellung von Weidekoppeln, die Einschränkung der den Boden und den Waldbestand schädigenden Viehweide, die Regelung der Streunutzung und ihre Beschränkung auf Orte, wo eine [223] Streuentnahme keinen Schaden für den Wald anrichtet, und viele andere Probleme.
Die Forstgesetzgebung muß in gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz und zur Pflege der Natur ihre Ergänzung finden. Diese gesetzliche Sicherung muß sich sowohl auf Naturschutzgebiete und Naturdenkmale als auch auf Pflanzen und nichtjagdbare Tiere erstrecken. Der Naturschutz hat sich aber im Generalgouvernement auch für eine Landschaftsgestaltung im Sinne einer Verschönerung des Landschaftsbildes einzusetzen, die Forderungen der Schönheit und der Volkswohlfahrt dabei zur Geltung zu bringen und notfalls Verunstaltungen der Natur zu beseitigen bzw. von ihr fernzuhalten.
Mit Hilfe dieser Gesetze werden die Waldungen wie auch die Landschaft in einen Zustand versetzt werden können, der der deutschen Auffassung vom Walde und der Landschaft entspricht.
Wenn die deutsche Forstverwaltung auf die bisherige Tätigkeit im Generalgouvernement zurückblickt, kann sie feststellen, daß sie die ihr gestellten Aufgaben im Rahmen des Möglichen voll erfüllt hat. Sie ist sich aber darüber klar, daß es sich bei den bisherigen Leistungen nur um Übergangsmaßnahmen gehandelt hat, die den Kriegsnotwendigkeiten entsprechen. Die eigentlichen Aufgaben für einen umfassenden Aufbau der Forst- und Holzwirtschaft werden erst nach Beendigung des Krieges ihrer endgültigen Lösung entgegengeführt werden können.



Teil 14

Arbeitseinsatz

Als der Nationalsozialismus 1933 die Macht übernahm, gab es im Reich mehr als 7 Millionen Arbeitslose, die teilweise seit Jahren das bittere Los der Arbeitslosigkeit ertragen hatten. Der Nationalsozialismus hat diesen Mißstand restlos beseitigt, was immer als eine seiner größten Leistungen gewertet werden muß.
Durch die Vielfalt und den Umfang der neuen großen Aufgaben, die durch den Nationalsozialismus in Angriff genommen worden sind, ist es inzwischen dahin gekommen, daß im Reich nicht mehr eine Arbeitslosigkeit herrscht, sondern daß ein Arbeitermangel eingetreten ist. Dieser Arbeiterbedarf wurde immer größer, als der jetzige Krieg begann und im Laufe der Jahre sich immer mehr zu einem zweiten Weltkrieg ausweitete.
Noch nie in der Geschichte hat ein Krieg solche Menschenmengen aus allen europäischen Ländern bewegt und umgesiedelt, wie es während des jetzigen Krieges der Fall ist. Aus über 20 Staaten Europas sind Arbeiter ins Reich gegangen, um die freien Arbeitsplätze einzunehmen. Das Erfassen, Bewegen und planvolle Einsetzen dieser Arbeiter ist immer mehr zu einer staatspolitischen Aufgabe und einer kriegswirtschaftlichen Notwendigkeit geworden.



[226] *Vermittlung des Arbeitsamtes in Warschau.*

Für das Generalgouvernement ergab sich sofort nach Beendigung des Polenfeldzuges die Aufgabe, den ehemaligen polnischen Raum und den polnischen Menschen in die Kriegswirtschaft des Reiches einzuordnen. Daraus entstand gerade für Warschau als dem Sitz der ehemaligen polnischen Kriegsindustrie eine doppelte Aufgabe.

Einmal handelte es sich darum, die Menschenreserven der Großstadt Warschau an die Arbeitsstätten im Reich heranzubringen. Hierzu war die



[225] *Facharbeiteranwerbestelle.*

Erfassung, die Ordnung und die Sichtung des Menschenmaterials nach Kenntnissen und Fähigkeiten notwendig; denn es galt nicht nur die starken Bedarfzahlen der deutschen Landwirtschaft zu erfüllen, sondern auch auf dem gewerblichen und industriellen Sektor die riesigen Anforderungen zu befriedigen, die sich aus Kriegsprogrammen, Leistungssteigerungen auf allen Gebieten, [225-226=Fotos] [227] Ausfällen durch Einberufungen zur Wehrmacht und aus dem Kriegsgeschehen für die Verkehrswirtschaft ergaben.
Die andere Aufgabe entstand daraus, daß zahlreiche Aufträge aus dem Reich ins Generalgouvernement verlagert worden sind.
Die Durchführung derartiger Massnahmen ist schon unter einem disziplinierten Volk nicht leicht. Sie ist um so schwerer unter einer Bevölkerung, die in völlig anderem Denken erzogen ist und die noch dazu unter einer politisch geleiteten Verhetzung steht, die jeder Werbung in Stadt und Land ausserordentliche Schwierigkeiten in den Weg stellt.



[225] *Anwerbung freiwilliger Industriearbeiter:*
"Kommt zu uns nach Deutschland!!"

In früheren Jahren waren gerade aus Polen stets Zehntausende von Saisonarbeitern ins Reich gegangen, um in der Landwirtschaft als Landarbeiter mitzuarbeiten. Trotzdem diese im Reich erheblich bessere Verhältnisse vorgefunden hatten, als sie dem Landarbeiter in Polen zuteil geworden sind, war es anfangs schwer, wiederum Landarbeiter ins Reich zu vermitteln. Dies änderte sich aber, als die von den Landarbeitern aus dem Reich gesandten Briefe und Berichte eintrafen. Mancher Pole und manches Polenmädchen hatten noch niemals in solch sauberen Betten und Lagerstätten gelegen, wie sie es im Reich vorfanden. Aus den Briefen ging immer wieder hervor, wie das elektrische Licht im Kuhstall bestaunt wurde, während in Polen im ganzen Dorf kein elektrisches Licht vorhanden war. Mit anerkennenswerten Worten wurde auch davon gesprochen, dass der deutsche Bauer bei entsprechenden Leistungen in der Verpflegung nicht engherzig sei und dass auch häufig Kleidungsstücke geschenkt würden. Alle diese Nachrichten standen zu den Schilderungen, die in Polen gegeben worden waren, in so völligem Widerspruch, dass die Abneigung gegen die Verschickung ins Reich allmählich nachliess.
Die von den deutschen Behörden eingesetzten Werber, die oftmals unter den schwierigs-

ten Verhältnissen bei Schnee und Regen die abgelegensten Ortschaften besuchten, konnten dann auch erfreuliche Erfolge buchen: Seit Ende 1939 bis Ende Mai 1942 sind nicht weniger als 64 000 polnische Landarbeiter verschickt worden, was ein stolzer Beitrag des Distrikts Warschau auf dem Gebiet des Arbeitereinsatzes ist.

Neben dieser laufenden Werbung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte galt es in steigendem Masse auch gewerbliche Kräfte für die großen wehrwirtschaftlichen Aufgaben des Rei ches bereitzustellen. Hierfür kam



[226] *Durchgangslager in Warschau.*

fast ausschließlich das Stadtgebiet Warschau [228] als Kräftereserve in Betracht. Es war oft sehr schwierig, die brachliegenden Arbeitskräfte zu erfassen, die Rationierung der Betriebe durchzusetzen und Kräfte aus unwichtigen Produktionen, auf die Verzicht geleistet werden konnte, herauszuholen.
Mit diesen Maßnahmen ist es aber gelungen, ohne Schädigung der Wirtschaft des Distrikts Warschau dem Reich bis Ende Mai 1942 **30 700 gewerbliche Facharbeiter und Hilfskräfte abzugeben.** Mit den Landarbeitern zusammen sind also aus dem Distrikt Warschau

94 700 Arbeiter und Arbeiterinnen

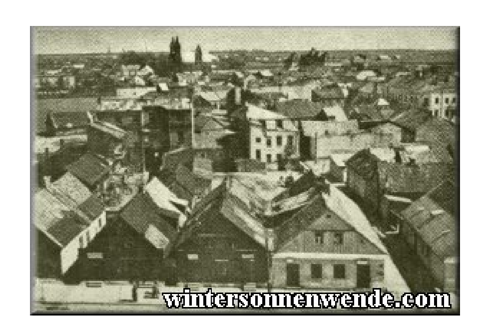
ins Reich vermittelt worden.
Zur Durchführung dieser Arbeitseinsatzmassnahmen sind fast 100 000 Menschen durch das Warschauer Auffanglager gegangen und entlaust worden. Über 600 Transporte sind notwendig gewesen; riesige Mengen Verpflegung sind im Lager und auf den Transporten verbraucht worden. Der Erfolg hat aber die Mühe und alle Anstrengungen gelohnt.



Teil 15

Der Wohnungs- und Siedlungsbau

Die Errichtung des Generalgouvernements und der damit verbundene Aufbau der deutschen Verwaltung hat den östlichen deutschen Lebensraum in ungeahntem Masse erweitert. Durch diese räumliche Ausdehnung sind dem Wohn- und Siedlungsbau lebenswichtige Aufgaben gestellt, die für die Zukunft des deutschen Volkes im Osten von entscheidender Bedeutung sein werden; denn für die Entwicklung und Beherrschung dieses Lebensraumes, der vielen deutschen Menschen eine Heimat werden soll, sind gesunde und hinreichend grosse Wohnstätten die erste Voraussetzung.
Der Distrikt Warschau hat auf dem Gebiete des Wohnungswesens durch die Einwirkungen des Krieges die stärkste Einbusse erlitten. **Wenn schon in den Vorkriegsjahren in dem ehemaligen polnischen Staat ein beträchtlicher Mangel an Kleinwohnungen herrschte, so ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt infolge der Kriegsbeschädigungen untragbar geworden.** Von den in Warschau (Stadt) vor dem Kriege vorhanden gewesenen 20 650 Gebäuden sind durch Kriegshandlungen etwa 2 200, d.h. rund 10,6 v. H. völlig vernichtet und 8 740, d. h. rund 41 v. H. teilweise zerstört, abgebrannt oder stark beschädigt worden; weitere 30 v. H. sind leicht beschädigt.



[108] *Blick auf Ostrow.*

Auch in den übrigen neun Kreisen des Distrikts ergab eine vorläufige Feststellung des Zustandes der vorhandenen Bauten durchschnittlich eine Zerstörung des früheren Bestandes um 20 v. H. Mehrere Orte in den Kreisen Warschau-Land, Garwolin, Minsk-Maz., Ostrow-Maz., Sochaczew und Lowitsch sind ganz zerstört oder schwer beschädigt. Mit der infolge der zahlreichen Kriegsbeschädigungen entstandenen Überbevölkerung der noch vorhandenen Wohnbauten hat sich sowohl der bauliche als auch sanitäre Zustand der Wohnräume stark verschlechtert.



[107] *Strassenzeile in Grojec.*

Demgegenüber sind nach amtlichen Feststellungen im Distrikt Warschau mit privaten Mitteln über 3 000 Wohngebäude durch ihre Eigentümer wieder instand gesetzt und über 2 700 wieder aufgebaut. Ausserdem wurde zwecks Unterbringung der deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter die Bautätigkeit von der Regierung in [230] Krakau durch Ausgabe von Baudarlehen gefördert. Nachdem anfangs eine Anzahl Reichsbediensteter, die zum ersten Aufbau der Verwaltung eingesetzt waren, nur notdürftig, zum Teil in den Arbeitsräumen, untergebracht werden konnte, trat eine bedeutende Besserung der Wohnungslage ein, als die Fertigstellung der bereits angefangenen im Rohbau vorhandenen Wohnbauten durchgeführt wurde. Mit dem von der Regierung aus dem "Wohnbaufonds" zur Verfügung gestellten ersten Baudarlehensanteil von 2 Millionen Zloty wurden im Distrikt Warschau für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der deutschen Verwaltung über 500 Wohnräume finanziert und fertiggestellt, die mit allen Bequemlichkeiten der Neuzeit ausgestattet sind. Diese Wohnbauten, denen im Rahmen der baulichen Möglichkeiten ein deutsches Gesicht gegeben wurde, entsprechen nicht nur der Würde des deutschen Ansehens, sondern haben auch zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit wesentlich beigetragen.
Neben dem Sofortprogramm, das die beschleunigte Fertigstellung der sogenannten Torsobauten vorsieht, musste die deutsche Siedlungspolitik zur Gewinnung neuen Wohnraums eine grosszügige Neubauplanung in den gewonnenen Gebieten in Angriff nehmen. In dieser Beziehung trat die deutsche Verwaltung ein trauriges Erbe an.
Polen hat, wie die Geschichte zeigt, aus eigener schöpferischer Kraft niemals sein Gebiet sinnvoll gestalten können, sondern im wesentlichen von den Früchten deutscher Pionierarbeit gelebt, die mit der kraftbewussten Ostpolitik der ersten deutschen Kaiser ihren Anfang nimmt, vom Deutschen Ritterorden zu Beginn des 13. Jahrhunderts planvoll fortgesetzt wird und durch **die mächtige Städtegemeinschaft der Hanse** ihre letzte Ausstrahlung erfährt. Eigene Richtlinien für den Aufbau einer Stadt oder die Gestaltung der Landschaft hat der Pole nicht aufstellen können, weil er nicht die für die Durchdringung eines Siedlungsraumes notwendige Grundlage, ein bodengebundenes, selbstbewusstes Volkstum besass. Ausserdem fehlte der polnischen Staatsführung das Verständnis für die Ziele einer völkischen Gemeinschaft. Es gibt deshalb auch keinen "polnischen Lebensraum", der die Grundlage für ein gesundes völkisches Leben bilden könnte. Die wenigen "Städte" des Ostens lassen in ihrem Grundriss, dessen Mittelpunkt meist der Marktplatz oder die Kirche ist, überwiegend einen deutschen Planungswillen erkennen, und die grossen monumentalen Bauwerke haben deutsche Künstler geschaffen. Im übrigen lässt die regellose Bebauung der polnischen Stadt, die weder Bauzonen noch [231] Fluchtlinien oder die Abgrenzung von Wohn-, Geschäfts- und Industrievierteln kennt, jedes organische Gefühl vermissen.
Deshalb überliess die "polnische Wirtschaft" auch den grössten Teil der Gebäude ohne Rücksicht auf die Bewohner und deren Bedürfnisse ihrem Schicksal.

Eine ungeordnete, zügellose und unübersichtliche Agrarpolitik einerseits und eine unüberlegte, die Landschaftsschönheit zerstörende Anhäufung industrieller Anlagen anderer seits hatten eine ungleiche Verteilung der Menschenmassen und damit eine furchtbare



[232] *Polnische Arbeitersiedlung.*

Wohnungsnot zur Folge. Eine soziale Betreuung der Arbeiterschaft, die man in langgestreckten Wohnhöfen und Elendsquartieren untergebracht hatte, war dem polnischen Staat unbekannt. Mangels vorhandener Mittel konnte sich daher auch keine Siedlungsbewegung entwickeln. In Warschau sind lediglich im Westen die Siedlung Kolo mit 65 Wohnhäusern (rund 1 030 Wohnungen) und mit einem grossen Gemeinschaftshaus sowie im Osten die Siedlung Grochow mit 40 Wohnhäusern (rund 640 Wohnungen) vorhanden, die von der Gesellschaft für den Bau von Arbeitersiedlungen (Towarzystwo Osiedli Robotniczych) in den Jahren 1934 bis 1938 gebaut wurden. Die Planung entspricht einer Anordnung von Massenquartieren. Die Wohnungen bestehen grösstenteils aus 1 bis 2

Räumen. In dem Wohnraum ist eine kleine



[232] *Typische Reihenbauten des früheren polnischen Siedlungswesens.*

Kochnische vorhanden. Auf je 9 bis 15 Wohnungen fallen ein gemeinschaftliches Badezimmer sowie Wasch- und Trockenräume. Da die polnischen Arbeiterfamilien sehr kinderreich sind, wird eine Stube durchschnittlich von 3 - 5 Personen bewohnt.
Abgesehen von der Unfähigkeit, in den Städten einen gesunden Wohnungsbau zu gestalten, hat der Pole auch draussen bei der Besiedlung des flachen Landes für eine Harmonie zwischen Haus- und Landschaft kein Verständnis gezeigt. Wahllos am Rande der Strasse oder mitten in der unverstandenen Landschaft stehen einzelne, quadratisch geformte Häuser, die mit ihren flachen hässlichen Dächern das Aussehen liegender oder hochkant gestellter Streichholzschachteln haben. In anderen Gegenden ziehen sich an der Strasse kilometerweit Häuserreihen entlang, die - ohne inneren Zusammenhang - keinen sie beherrschenden Mittelpunkt besitzen und in ihrer Gestaltung ebenfalls nicht nur abstossend wirken, sondern meist auch keine Kanalisation und Wasserleitung haben. Auch in diesen Haufensiedlungen hat der Pole durch die lieblose Aneinanderreihung der verschiedensten Baustile nicht nur eine unselbständige [236] Baugesinnung verraten und gegen die Normen einer geschmackvollen Architektur verstossen (wenn man hiervon überhaupt sprechen darf), sondern auch in hygienischer Hinsicht die Bedürfnisse und gemeinsamen Belange der in den Häusern wohnenden Menschen überhaupt nicht erkannt.

Deshalb ist die Siedlung im Osten nicht nur ein technisches Problem, sondern eine Frage des kulturellen Aufbaues der deutschen Gemeinschaft. Damit ist die Aufgabe gestellt: Aufbau einer innerlich geordneten, kolonisatorisch befähigten Gemeinschaft in einem "Deutschen Wohnbezirk" (Stadt) oder "Siedlungsbereich" (Land). Dabei ist im Hinblick auf die oben geschilderten polnischen Mißstände zu berücksichtigen, dass wir weder für den Aufbau der deutschen Stadt noch für die Errichtung der deutschen Siedlung eine Vorlage benutzen können. Wir betreten völlig neues Land. Die Gestaltung des deutschen Siedlungsraumes umfasst daher neben den umfangreichen städtebaulichen und wohnungspolitischen Aufgaben gleichzeitig ein eingehendes bevölkerungspolitisches Studium, eine gründliche Untersuchung der Bodenverhältnisse, Berücksichtigung der gewerblichen und industriellen Betriebe, eine Landschafts- und Wirtschaftsplanung, Aufstellung von Bebauungsplänen, Abgrenzung der Verwaltungsbezirke und Gliederung der politischen Einheiten, den Aufbau der bäuerlichen Siedlung und die Anlage von Verkehrsstrassen. Zur Lösung dieser gewaltigen Aufgaben ist nicht nur die Zusammenarbeit der beteiligten Fachkräfte, sondern die einsatzfreudige Mitarbeit jedes einzelnen Volksgenossen erforderlich, der hier im Osten eingesetzt ist.
Die im Juni 1941 im Osten beginnenden Kriegshandlungen und der dadurch eingetretene Frontbedarf an Baustoffen (Eisen, Holz, Zement usw.) hat die Verhängung einer Bausperre für alle nicht kriegswichtigen Bauten zur Folge gehabt. Die dadurch für den Wohnungsbau entstandene Ruhepause wurde dazu benutzt, das künftige Neubauprogramm für die einzelnen Kreise zu entwerfen. Um alle Deutschen des Distrikts in einwandfreie Wohnungen unterzubringen, werden in den kommenden Jahren über 2 000 Neubauten hergestellt werden, deren Errichtung gewaltige städtebauliche Aufgaben darstellt, da die neuen Bauvorhaben sinnvoll in den künftigen deutschen Wohnbezirk der Kreisstädte eingefügt werden sollen. Mit der Herstellung dieser Neubauten ist die Deutsche Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH. in Warschau beauftragt worden, die zur Wahrung einer planmässigen Durchführung des [237] gesamten Wohnungsbaues und zwecks Gewährleistung einer einheitlichen Wohnungs- und Siedlungspolitik von der Regierung in Krakau zur alleinigen Trägerin des gesamten Wohnstättenbaues und der Schaffung der deutschen Siedlungen erklärt worden ist.



[234] *Entwurf des Dienstgebäudes eines Kreishauptmanns (Anklang an den Stil des Deutschen Ritterordens).*

Kristallisierungspunkt des neuen deutschen Wohn- oder Siedlungsbezirks wird nicht wie früher die nunmehr etwas abseits gerückte Kirche mit dem Marktplatz, sondern der Sitz des Kreishauptmanns sein, der als Hoheitsträger der Partei zugleich den Repräsentanten der einheitlich ausgerichteten Deutschen Gemeinschaft darstellt. Vor dem Hauptverwaltungsgebäude der Kreishauptmannschaft wird sich ein grosser von Bäumen oder einem Grünflächenstreifen umrahmter Platz befinden, der Kundgebungen oder Truppenbewegungen als Aufmarschgelände dient. Der Platz wird von einer Reihe öffentlicher Bauten umgeben. Um den Häuserkomplex der



[235] *Modell eines künftigen deutschen Wohnviertels*
(Entwurf für die Kreishauptmannschaft Sochaczew).

Kreishauptmannschaft werden sich die einzelnen deutschen Siedlungshäuser in aufgelockerter Bauweise mit einer - je nach Bedarf mehr oder minder grossen - Gartenlandzulage gruppieren. In der Nähe des Deutschen Wohnbezirks werden die Schulen, das HJ- und BDM-Heim sowie die Sportanlagen erstehen, in einem anderen Stadtteil wird die Geschäftswelt ihre Pforten öffnen.
Abseits vom deutschen Mittelpunkt der neuen Stadt soll den Polen ein Wohnviertel verbleiben. Damit ist einerseits zum Ausdruck gebracht, dass sie kein Stück des deutschen Eigenlebens darstellen, andererseits sollen sie zu nutzbringender Arbeit jederzeit herangezogen werden können.
Nach Beendigung der Vermessungsarbeiten wird nach Aufhebung der Bausperre unverzüglich in allen Kreisen des Distrikts der Bau der deutschen Wohnbezirke und Siedlungen beginnen.



[233] *Künftige deutsche Siedlungsbauten.*

In diesen deutschen Wohnbezirken und Siedlungen werden die Reichs- und Volksdeutschen nicht mehr das Gefühl haben, in einem fremden Land zu sein, sondern sie werden sich in dieser deutschen Umgebung wie in der Heimat fühlen.
Diese neuen deutschen Wohngebiete werden aber gleichzeitig eine kulturelle Tat des Deutschtums sein, das gegenüber dem geschmacklosen kulturlosen Wohnbaustil des polnischen Staates eine dem Geist des Nationalsozialismus entsprechende architektonisch schöne neuzeitliche Wohnkultur schafft, die in der gleichen Weise wie früher die Burgen der Ordensritter und die Handelsniederlassungen **der Hanse**auf Jahrhunderte hinaus von der Blütezeit des Nationalsozialismus Zeugnis ablegen wird.



Teil 16

Bei diesem Kapitel möchten wir noch einmal ganz besonders auf unseren *Standpunkt zur Zensur* hinweisen.

[238]

Gesundheitswesen

Die in diesem Buch mehrfach geschilderten Verhältnisse, wie sie nach Beendigung des Polenfeldzuges bestanden, **wirkten sich auch in gesundheitlicher Hinsicht außerordentlich ungünstig aus.** Etwa die Hälfte des gesamten Wohnraumes war anfänglich infolge der Kriegszerstörungen völlig unbenutzbar. Dazu kam, dass im Oktober 1939 Tausende von Flüchtlingen in die Stadt Warschau strömten, wodurch die Einwohnerzahl noch zunahm.
Durch diese beiden Faktoren kam es zu einer außerordentlich starken Überbelegung des Wohnraumes in Warschau. Es ist festgestellt worden, dass in einem Zimmer zuweilen 30 - 40 Personen lebten. Die Krochmalnastrasse zählte beispielsweise bei 25 Häusern nicht weniger als 15 000 Einwohner.
Infolge der kriegerischen Ereignisse hatte auch die Wasserversorgung stark gelitten. Im Wasserwerk waren alle Druckrohrleitungen ebenso wie die Schnellfilteranlagen restlos zerstört. Das Verteilungsnetz selbst wies **an 700 Stellen Beschädigungen** auf. So kam es, dass an Stelle des täglichen Friedensverbrauchs von 140 000 cbm anfangs nur 10 - 15 000 cbm täglich zur Verfügung standen. Infolgedessen war die Bevölkerung gezwungen, ihr Wasser zu einem großen Teil aus der Weichsel oder aus verschmutzten Brunnen zu entnehmen. **Als Folge hiervon kam es in der Stadt Warschau anfangs zu einer kleinen Ruhrepidemie von 140 Fällen, dann zu einer Typhusepidemie mit 3 785 Erkrankungen und 405 Todesfällen in der Zeit von Oktober bis Dezember 1939.**
In engster Zusammenarbeit zwischen der zivilen Gesundheitsverwaltung und dem leitenden Sanitätsoffizier der Kommandantur, Oberstabsarzt Prof. Richter, wurde zur Bekämpfung dieser Seuche eine ärztliche Notorganisation ins Leben gerufen, an der sich sämtliche greifbaren praktizierenden polnischen und jüdischen Ärzte beteiligen mussten. Diese Ärzte übernahmen nach Ausrichtung ihrer Arbeit und Aufteilung auf einzelne Häuserblocks der Stadt durch die deutsche Gesundheitsführung die Kontrolle aller Häuser auf Kranke und Infektionsverdächtige und auf Über- [239] belegung der Wohnräume. Nach Abschluss der ersten Kontrolle waren 15 000 Menschen ohne Obdach; 30% der Bevölkerung mussten in den Kellern wohnen.
Diesem Blockarztsystem mit seinen täglichen Meldungen an die deutsche Gesundheitsführung sowie der schnellen Wiederherstellung der Wasserleitung und der von der Gesundheitsführung angeordneten Zwangsschutzimpfung gegen Bauchtyphus war es zu verdanken, dass in der Stadt Warschau die Typhusepidemie bereits im Januar 1940 zum Abklingen kam. Heute ist infolge der nochmals wiederholten Typhusschutzimpfung der gesamten Bevölkerung in Warschau die Zahl der Typhuserkrankungen praktisch ohne jede Bedeutung, auf jeden Fall niedriger als vor der Zeit der deutschen Gesundheitsverwaltung.
Im Jahre 1941/42 wurde auch in den Kreisen des Distrikts (durch die Typhuszwangsimp-

fung) an allen Orten, in denen Unterleibstyphus auftrat, erreicht, daß diese Seuche praktisch verschwunden ist.
Auch die Ruhr, die in allen Kreisen des Distrikts endemisch auftritt, ist bis jetzt nicht mehr in Erscheinung getreten.
Nicht so erfolgreich waren die Bemühungen bei der Bekämpfung des Fleckfiebers. Zwar gelang es, während der ersten 1½ Jahre nach dem Sieg über Polen die Zahl der Fleckfiebererkrankungen bei der polnischen Bevölkerung in Warschau trotz der Wohndichte unter 10 Fällen je Monat zu halten. Mit dem Hereinströmen der deutschen Armeen vor Beginn des Krieges mit Russland änderte sich jedoch allmählich das Bild. **Die Lebensmittel in der Stadt Warschau und vor allem im jüdischen Wohngebiet wurden immer knapper. Die Juden waren daher in stärkstem Maße bestrebt, Lebensmittel einzuhandeln, wobei sie den Bauern Kleidungsstücke, Wäsche und Pelze zum Tausch anboten. In zahllosen Fällen konnte von den Kreisärzten der Zusammenhang zwischen aufgetretenen Fleckfieberfällen und vorher eingetauschten Pelzen festgestellt werden.**
Da die Grenzen des jüdischen Wohngebietes keineswegs hermetisch abgeschlossen waren, konnte dieser Handel über die polnische Bevölkerung der Stadt Warschau vor sich gehen. So kam es im Winter 1941/42 zu einer Ausbreitung des Fleckfiebers auf die polnische Bevölkerung der Stadt und der Landkreise.
Trotzdem ist es gelungen, auch diese Fleckfieberepidemie erfolgreich zu bekämpfen, so dass sie bereits nach mehreren Monaten [240] abgeklungen ist, ohne besonders schwerwiegende Folgen gehabt zu haben. Trotz der viel ungünstigeren Verhältnisse sind die Fleckfieberzahlen gegenüber der Epidemie des ersten Weltkrieges erheblich niedriger gewesen, obwohl damals die hygienischen Verhältnisse und die Ernährungslage wesentlich besser gewesen sind.
Wie wurde dieser Erfolg erreicht?
Ausgehend von der Erkenntnis, dass nur der verlauste und umherziehende Mensch das Fleckfieber überträgt, wurden die strengsten Maßnahmen gegen diese umherziehenden Elemente von der Gesundheitsverwaltung gefordert und auch allmählich erreicht.
Da im Jahre 1940 immer wieder verlauste Juden als Überträger bei aufgetretenen Fleckfieberfällen festgestellt wurden, wurden im ganzen Distrikt, vor allem aber in der Stadt Warschau, scharf begrenzte jüdische Wohn- und Aufenthaltsgebiete gebildet. Wenn auch die Loslösung der Juden aus dem polnischen Wirtschaftsleben außerordentlich schwer war, so wurde doch dank der Einsicht aller verantwortlichen Deutschen im Winter 1940 die Isolierung der Juden erreicht.
Neben dem Kampf gegen das Umherziehen musste eine intensive Aufklärung der gesamten Bevölkerung über die Gefahren des Fleckfiebers einsetzen. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Propaganda wurde ein Fleckfieberfilm: "Juden - Läuse - Fleckfieber" gedreht, der dazu beigetragen hat, daß die polnische Bevölkerung den deutschen Absperrungsmaßnahmen gegen die Juden Verständnis entgegen bringt und diese heute unterstützt.
Als Hauptbekämpfungsmittel gegen das Fleckfieber wurde eine große Anzahl von Entlausungsanstalten geschaffen.
Am 1. 10. 1939 bestanden im Distrikt einschliesslich der Stadt Warschau nur 9 Entlausungsanstalten mit einer Tageskapazität von 1 715 Menschen. Bis zum 1. 4. 1942 wurden insgesamt 66 ortsfeste Anlagen mit einer Tageskapazität von 9 085 Köpfen neu errichtet. Davon sind in der Stadt Warschau 14 mit einer Tageskapazität von 2 500 Köpfen vorhanden.
Nach dem Anstieg des Fleckfiebers wurden von der deutschen Verwaltung in den Kreisen des Distrikts Warschau insgesamt 49 Fleckfiebernotkrankenhäuser mit 1 825 Betten neu eingerichtet. Dazu kommen noch 425 Seuchenbetten in den Allgemein-Krankenhäusern der Stadt Warschau.
Im Zuge des staatlichen gesundheitlichen Aufbaues wurde die Zahl der Verwaltungsärzte

durch Vermehrung der Stadt- und Bezirks- [241-242=Fotos] [243] ärzte in den Landkreisen einschliesslich der Kreisärzte von etwa 30 auf 106 gebracht. Die Zahl der Desinfektoren beträgt heute insgesamt 559 (davon in der Stadt Warschau 439), die Zahl der Gesundheitskontrolleure insgesamt 68 (davon in Warschau 32).
Die geringe Zahl der praktizierenden Ärzte in den Landkreisen machte die Erkennung und Bekämpfung der Seuchen auf dem Lande anfangs unmöglich. Die deutsche Gesundheitsverwaltung schuf durch Ausbau des Bezirksarztsystems und durch Niederlassungssperre in der Stadt Warschau den Anreiz für zahlreiche polnische Ärzte, sich auf dem Lande niederzulassen. Am 1. 4. 42 praktizierten in den Landkreisen des Distrikts Warschau 591 polnische Ärzte, 1940 waren es 290.



[241] *Gesundheitspflege im Distrikt Warschau.*
[Vergrößern]

Das staatliche Gesundheitswesen im Distrikt Warschau stützt sich in seinem Seuchenkampf auf die Gesundheitspunkte, in denen die Tuberkulose, Trachom- und Geschlechtskranken erfasst und Schutzimpfungen durchgeführt werden und alle organisatorischen Hilfsmittel der Gesundheitsführung verankert sind. Im Jahre 1939 gab es 46 Gesundheitspunkte, davon in der Stadt Warschau 11. Von der deutschen Gesundheitsverwaltung wurden bis zum 1. 4. 42 weitere 46 neue Gesundheitspunkte errichtet und in Betrieb genommen, so dass heute im Distrikt Warschau insgesamt 92 Gesundheitspunkte bestehen, davon 14 in der Stadt Warschau.
Die Juden haben in der Stadt Warschau noch 6 Gesundheitspunkte errichtet, ebenso mussten sie in allen größeren jüdischen Wohnbezirken außer den Entlausungsanlagen auch Gesundheitspunkte schaffen.
Vor dem deutsch-polnischen Kriege bestanden im Gebiet des Distrikts Warschau insgesamt 41 Krankenhäuser mit 10 682 Betten. Während des Krieges wurde eine ganze Reihe Krankenhäuser, besonders in der Stadt Warschau, zerstört. Am 1 4. 1942 waren im Distrikt Warschau trotzdem bereits 43 Allgemein-Krankenhäuser mit 10 752 Betten in Betrieb.
Die Stadt Warschau ist darin mit 24 Krankenhäusern und 9 460 Betten vertreten, von denen seit Beginn des Russlandfeldzuges die besten Krankenhäuser mit etwa 3 000 Betten der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Stadt hat sich durch Rückgriff auf die Privatkliniken 3 000 Betten Ersatz schaffen können.
Das Krankentransport- und Unfallrettungswesen war im Distrikt Warschau vor dem Kriege eine Angelegenheit zahlreicher privater und halböffentlicher Unternehmen. Es wurde deshalb eine öffentli- [244] che Rettungsbereitschaft für den Distrikt Warschau geschaffen, die heute mit 18 Krankentransportwagen, darunter 6 deutschen Mercedes und DKW-Wagen arbeitet. Im letzten Winter konnte diese Organisation der Wehrmacht bzw. den deutschen Verwundeten, die in Warschau ankamen, durch Beschleunigung des Abtransportes vom Ostbahnhof in die Lazarette wertvolle Unterstützung leisten.
Die Zahl der Röntgenapparate in der Tuberkulosefürsorge der Gesundheitspunkte

sowohl der Stadt Warschau als auch der Kreise wurde verdreifacht, die Zahl der Untersuchungen verdoppelt.
Die Sozialversicherungskasse baute ein großzügiges Institut für physikalische Therapie auf, das allen Deutschen neben den Versicherten der Kasse zur Benutzung zur Verfügung steht. Dem Staatlichen Hygienischen Institut in Warschau wurde eine Fleckfieberforschungsstelle angeschlossen, in der heute Fleckfieberimpfstoff gewonnen wird, der den ganzen Bedarf der Gesundheitsverwaltung deckt.

Endlich wurde eine Distriktsgesundheitskammer aufgebaut, die heute 11 500 Heilberufler umfasst, die von der Gesundheitsführung nach Bedarf angesetzt werden. Jedenfalls ist erstmalig durch Schaffung einer Arbeitsplatzvermittlung für die Heilberufler eine sinnvolle Verteilung der zur Verfügung stehenden Kräfte möglich. Obwohl der



[242] *Deutsches Krankenhaus Warschau.*

Seuchenabwehrkampf alle Kräfte der Gesundheitsverwaltung, die nur mit wenigen deutschen Ärzten besetzt war, in Anspruch nahm, konnten doch noch die notwendigen gesundheitlichen Einrichtungen für die deutschen Menschen in Warschau geschaffen werden.

Bereits im Mai 1940 wurde aus einem stark beschädigten polnischen Privatkrankenhaus das Deutsche Distriktskrankenhaus geschaffen, das anfangs 140 Betten umfasste, heute

bereits - durch Hinzunahme der umliegenden



[242] *Erholungsheim Karolin.*

Privatvillen - 3 Fachabteilungen mit insgesamt 300 Betten aufweist. Als Ergänzung dieses Krankenhauses wurde das Gesundheitsheim der Wilhelm-Richter-Spende in Karolin geschaffen, das allen Deutschen die Möglichkeit zur Gesundung und Erholung bietet.
Zur Versorgung der reichs- und volksdeutschen Bevölkerung wurde im Juni 1940 die Deutsche Apotheke errichtet. Mit ihrer Hilfe gelang es, die umfangreichen Anforderungen auch der im reichsdeutschen Interesse arbeitenden Betriebe und Dienststellen zu befriedigen.
Die pharmazeutische Industrie Warschaus, der in der Wirtschaft des Generalgouvernements eine große Bedeutung zukommt, wurde [245] unter deutsche Aufsicht und Leitung gestellt. Wichtige Betriebe, die durch den Krieg zerstört waren, wurden wieder aufgebaut

und dem deutschen Interesse dienstbar gemacht. Zur Steuerung der Betriebe im reichsdeutschen Interesse wurden scharfe Maßnahmen hinsichtlich der Rohstoffbewirtschaftung gegenüber den pharmazeutischen Fabrikbetrieben und pharmazeutischen Großhandlungen erlassen. Anbau und Sammlung von Heilpflanzen wurde gefördert.
Besondere Sorge galt den Volksdeutschen. Mit Hilfe des Röntgensturmbannes der Waffen-SS wurde eine Reihenschirmbild-Lungenuntersuchung von etwa 10 000 Volksdeutschen durchgeführt, die leider ergab, dass gerade die Volksdeutschen, die jahrzehntelang unter polnischen Verhältnissen hatten leben müssen, weitgehend tuberkulosekrank waren. Es wurde deshalb eine deutsche Beratungsstelle für Tuberkulose eingerichtet, die alle bei der Reihenuntersuchung festgestellten Kranken auch weiterhin berät und die in zahlreichen Fällen die Erkrankten in eine inzwischen geschaffene deutsche Abteilung im Lungensanatorium in Rutka entsandt hat. Auch wurde in einem Krankenhaus der Stadt Warschau für die nicht zur Verschickung geeigneten Tuberkulosefälle eine Tuberkuloseabteilung geschaffen.
Alle volksdeutschen Schulkinder wurden untersucht. Für sie wurde eine dauernde Schulfürsorge errichtet. Darüber hinaus schuf die NSDAP mit ihrem deutschen Hilfswerk eine Säuglingskrippe, die für deutsche Säuglinge mit 30 Betten zur Verfügung steht.
Im Rahmen des Volksbildungswerkes wurden in Warschau und den von Deutschen bewohnten Kreisen Vorträge über gesundheitliche Themen gehalten, um so die deutsche Bevölkerung auch durch Aufklärung in gesündere Verhältnisse zu führen.



[91] *Soldatenheim in Otwock*
(Kreishauptmannschaft Warschau-Land).

Die an den Fragen der Gesundheit am meisten interessierten deutschen Frauen und Mädchen wurden in Kursen im Rahmen der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes geschult, um so für deutsche Veranstaltungen und für die deutschen verwundeten Soldaten stets Helferinnen zur Verfügung zu haben.
Daneben sorgen bisher 5 deutsche Hebammen, die außerhalb Warschaus in den Hilfsstellen für Mutter und Kind stationiert sind, dafür, daß die Kinder unserer deutschen Volksgenossen auf dem Lande nicht mehr von polnischen Hebammen betreut werden müssen. Nur so ist der Kinderarmut der hiesigen Volksdeutschen, die zu einem großen Teil durch sehr hohe Säuglingssterblichkeit bedingt ist, beizukommen.



Teil 17

Schulwesen
1. Die Unterdrückung des deutschen Schulwesens durch die Republik Polen

Die deutschen Siedlungen im Gebiete des Distrikts Warschau stammen meistens aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts. In jener Zeit hatte die damalige preußische Regierung deutsche Siedler gerufen, die ihrer Herkunft nach Schwaben-, Hessen- und Pommerndörfer gründeten.
Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden unter der russischen Herrschaft deutsche Kantoratsschulen, die allerdings oft durch die russische Gouvernementsverwaltung bekämpft wurden. Die Haltung der evangelischen Pfarrer der damaligen Zeit muß in diesem Zusammenhang anerkennend erwähnt werden, da sich diese evangelischen Pfarrer für die Gründung deutscher Schulen bei der russischen Regierung mit Erfolg einsetzten. Sie verhinderten damit eine Polonisierung oder Russifizierung der deutschen Volksgruppen. Bis zum Weltkriege haben sich in den Grenzen des heutigen Distrikts Warschau etwa 40 solcher Kantoratsschulen erhalten.
Während des Weltkrieges hat das deutsche Schulwesen in der Zeit der deutschen Besetzung einen vorübergehenden Aufschwung genommen. Die deutschen Schulen wurden damals zu einem Landesschulverband zusammengeschlossen und einheitlich von ihm betreut.
Diese erfolgversprechende Entwicklung wurde nach dem Weltkrieg durch den neu entstandenen polnischen Staat jäh unterbrochen. Bereits am 3. 3. 1919 wurde der deutsche Landesschulverband durch die polnische Regierung aufgelöst und sein Vermögen den polnischen Schulen zugeteilt. Die deutschen Schulen wurden verstaatlicht und damit ihres deutschen Charakters entblößt, so daß sie dem Untergang geweiht waren.
Tatsächlich war von den etwa 40 Schulen, die bis zum Jahre 1919 im Gebiet des jetzigen Distrikts Warschau bestanden hatten, Anfang 1939 praktisch keine einzige mehr vorhanden; denn die wenigen [247] Schulen, die von den Polen noch als deutsche Schulen bezeichnet wurden, standen nur auf dem Papier. Gewiß war formell neben der polnischen Sprache auch die deutsche Sprache als Unterrichtssprache zugelassen, tatsächlich wurde aber der gesamte Unterricht vom zweiten Schuljahr aufwärts in der polnischen Sprache erteilt. Lediglich im ersten Schuljahr mußte in den rein deutschen Siedlungen, in denen die deutschen Kinder die polnische Sprache überhaupt nicht beherrschten, notgedrungen die Muttersprache der Kinder etwas berücksichtigt werden.
Im Bereich des heutigen Distrikts Warschau wurde nur noch an 9 Volksschulen zweimal wöchentlich deutscher Sprachunterricht zugelassen. An allen anderen polnischen Volksschulen, die auch von den deutschen Schulkindern besucht werden mußten, war die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts die einzige Möglichkeit, die deutschen Kinder in ihrer Muttersprache notdürftig zu unterweisen. In den polnischen höheren Schulen war das Erlernen der deutschen Sprache durch deutsche Kinder nur als Fremdsprache möglich.

Alle Proteste der deutschen Minderheit gegen diese rechtswidrigen Methoden blieben erfolglos. **Die Entdeutschungswut der Polen kannte keine Grenzen.**
Diese feindliche Einstellung gegenüber dem deutschen Schulwesen ist um so ungerechter gewesen, **als in der gleichen Zeit im Reich von deutscher Seite gegenüber den polnischen Minderheiten das weiteste Entgegenkommen gezeigt wurde.**

Nach der "Preußischen Ordnung zur Regelung des polnischen Minderheitsschulwesens" vom 31. 12. 1928 genügte zur Errichtung einer polnischen Privatschule bereits die Anmeldung von 7 Schulkindern, wobei das Volkstumsbekenntnis der Kinder und ihrer Eltern weder nachgeprüft noch bestritten werden durfte.

Als Lehrkräfte an diesen polnischen Minderheitsschulen im Deutschen Reich konnten sogar polnische Staatsangehörige zugelassen werden, die ihre Ausbildung in Polen erhalten hatten und deren dort erworbene Lehrbefähigung von den deutschen Schulaufsichtsbehörden ohne Nachprüfung anerkannt wurde. **Auf Grund dieser "Ordnung" errichteten die Polen 1929 und 1930 in den Ostprovinzen Ostpreußen, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und Schlesien nicht weniger als 55 Minderheitsvolksschulen mit polnischer Unterrichtssprache, in Oberschlesien außerdem noch auf Grund des Oberschlesischen Abkommens 6 private und 10 öffentliche Minderheitsvolksschulen.** Endlich wurden den Polen auch noch höhere Schulen zugestanden, und zwar je ein Gymnasium für Knaben [248] in Beuthen und Marienwerder sowie ein Mädchengymnasium in Ratibor.
Die Hoffnungen, die man sich im Reich mit diesem weitgehenden Entgegenkommen gemacht hatte, gingen nicht in Erfüllung; irgendeine günstige Rückwirkung auf die Daseinsbedingungen der deutschen Schulen in Polen trat nicht ein. Vielmehr wurden die Polonisierungsmaßnahmen des polnischen Staates fortgesetzt.
Auch als im Jahre 1934 der **deutsch-polnische Nichtangriffspakt** geschlossen worden war, trat keinerlei Änderung in der Haltung des polnischen Staates gegenüber der deutschen Minderheit ein. Im Gegenteil wurde versucht, auch die letzten der im Jahre 1919 in den polnischen Staatsdienst übernommenen Lehrer herauszudrängen. Als Vorwand zur Entlassung wurde dabei das Nichtbestehen plötzlich angesetzter polnischer Prüfungen und die angeblich dabei bewiesene Unkenntnis polnischer Gesetze genannt. Der polnische Lehrerverband war hierbei führend tätig. Eine wirkungsvolle antideutsche Propaganda von Mund zu Mund hetzte ebensosehr wie **die polnische Presse.** Die öffentlichen antideutschen Kundgebungen verrieten vollends, daß eine einheitliche **Leitung und Lenkung durch Warschauer Regierungsstellen vorlag.**
Der Erfolg dieses mit der größten Zähigkeit geführten Volkstumskampfes blieb nicht aus: nach 20 Jahren polnischer Herrschaft war das deutsche Schulwesen vollständig zerschlagen. Die traurigste Folge davon war, daß nur noch gegen 10% der deutschen Bevölkerung ihre deutsche Muttersprache beherrschten.
Erst die siegreiche Beendigung des Feldzuges gegen Polen im September 1939 hat diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereitet.



2. Der Aufbau des deutschen Schulwesens im Distrikt Warschau



[252] *Deutsche Volksschule in Warschau.*

Das Ziel der deutschen Zivilverwaltung ging dahin, so schnell wie möglich ein deutsches Schulwesen neu aufzubauen, damit deutsche Kinder wieder deutsche Schulen besuchen können.

Die Lösung dieser Aufgabe war außerordentlich schwer, da weder Schulgebäude und Schuleinrichtungen noch geeignete Lehrkräfte vorhanden waren. Aber der deutsche Organisationsgeist und Auf- [249] bauwille führten auch hier zum Erfolg. Bereits am

27. 11. 1939, also nur wenige



[250] *Eröffnung der deutschen Schule in Warschau durch den Generalgouverneur.*

Wochen nach Einsetzung der deutschen Zivilverwaltung, konnte in Warschau die erste deutsche Volksschule mit 385 Schulkindern und 10 Lehrkräften feierlich eröffnet werden. Die große Bedeutung, die die Regierung des Generalgouvernements diesem Vorgang beimaß, kam darin zum Ausdruck, daß der Generalgouverneur zu dieser feierlichen Eröffnung persönlich erschien.

Der weitere Aufbau der deutschen Volksschulen ging glatt vonstatten: Bis zum Ende des Jahres 1939 wurden allein im Distrikt Warschau weitere 15 deutsche Volksschulen gegründet, deren Zahl bis Ostern 1940 sogar auf 50 anstieg. Als im Herbst 1940 die Volksdeutschen östlich der Weichsel in das Reichsgebiet umgesiedelt wurden, war es selbstverständlich, daß die dort gegründeten Schulen wieder aufgelöst wurden.

Am 1. 4. 1942 zeigte das deutsche Volksschulwesen im Distrikt Warschau folgendes Bild:

Warschau - Stadt	3	Schulen	36	Lehrkräfte	1 609	Schüler

Warschau - Land	10	"	15	"	762	"
Lowitsch	9	"	16	"	550	"
Grojec	13	"	14	"	524	"
Sochaczew	8	"	15	"	457	"
Siedlce	1	"	1	"	19	"
	44	Schulen	97	Lehrkräfte	3 921	Schüler

Diese Zahlen spiegeln am besten die große Arbeit wieder, die die mit dem Aufbau des deutschen Schulwesens betrauten Dienststellen geleistet haben.
Im Kreise Lowitsch wurden in den Städten Lowitsch und Skierniewice Schülerheime für 150 bzw. 100 deutsche Schulkinder geschaffen. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die letzten deutschen Kinder aus den Streusiedlungen des Kreises dem Unterricht in einer deutschen Schule zugeführt werden. Hierin liegt überhaupt die wichtigste Aufgabe, da der größte Teil der volksdeutschen Kinder bisher nur polnisch gesprochen hat und daher mit der deutschen Sprache erst wieder vertraut gemacht werden muß.
Ferner wurde in Mondralin, etwa 30 km südlich von Warschau, ein Schulungs- und Kameradschaftsheim für die Lehrerschaft des Distrikts errichtet, in dem regelmäßig Schulungen durchgeführt werden, um die aus allen Gauen Deutschlands stammenden Lehrkräfte immer wieder fachlich und weltanschaulich auszurichten.
[250-253=Fotos] [254] Auf dem Gelände dieses Lehrerheimes wurde auch ein Landschulheim eingerichtet, in dem die deutsche Schuljugend aus Warschau Gelegenheit findet, einige Wochen im Freien zu leben, ohne den Unterricht zu entbehren.



Deutsche Oberschule in Warschau.
[251]
Aula der Deutschen Oberschule in Warschau.



Neben der Errichtung dieser deutschen Volksschulen ergab sich bald das Bedürfnis nach einer höheren Schule. Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde am 5. 9. 1940 die Deutsche Oberschule für Jungen, in die auch Mädchen aufgenommen werden, mit 170 Schülern und Schülerinnen und 7 Klassen eröffnet. Ein Jahr später zählte diese Oberschule bereits 197

Schüler und 146 Schülerinnen mit 17 Lehrkräften und 14 Klassen. Am 1. April 1942 hatte sie 157 Schüler, 131 Schülerinnen, 17 Lehrkräfte und 14 Klassen. Der Rückgang in der Schülerzahl ist auf eine schärfere Auslese zurückzuführen.
Diese Oberschule arbeitet nach dem Lehrplan des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Die Reifezeugnisse, die die Schüler der 8. Klasse nach Ablegung der Reifeprüfung erhalten, sind auch im Reich anerkannt und haben die gleiche Berechtigung wie die Reifezeugnisse der Oberschulen des Reiches. Es braucht also jetzt niemand, der in das Generalgouvernement versetzt wird, die Befürchtung zu haben, daß seine Kinder hier keine ordnungsmäßige Schulausbildung erhalten. Auch das Schulgebäude selbst, das frühere polnische Batory-Gymnasium, entspricht allen Anforderungen, die im Reich an deutsche Oberschulen gestellt werden.

In der gleichen Weise hat die deutsche Schulverwaltung deutsche Berufs- und Fachschulen aufgezogen. Es ist dies ein großer Vorteil gegenüber der Zeit vor dem jetzigen Kriege, da es bisher im Gebiet des Distrikts Warschau keine deutschen Berufs- und Fachschulen gab. Die volksdeutschen. Jugendlichen mußten früher die polnischen berufsbildenden Schulen besuchen. Sie wurden dadurch zwangsläufig polonisiert, und die wertvollen Eigenschaften des deutschen Handwerkers, Kaufmanns und Facharbeiters gingen oftmals verloren. Die deutsche Schulverwaltung hat deshalb neben den Volks- und Oberschulen auch ein deutsches Berufs- und Fachschulwesen aufgezogen, das sich vorerst auf die

Stadt Warschau beschränkt, aber



[253] *Schreibmaschinenraum in der deutschen Handelsschule.*

Jugendliche aus dem ganzen Distrikt zu seinen Schülern zählt.
Bereits im Oktober 1940 wurde eine Deutsche Handels- und Handwerkerschule eingerichtet, die seit ihrem Bestehen eine [255]außerordentlich günstige Entwicklung genommen hat. Die Zahl der Jugendlichen, die dort ihre Ausbildung erhalten, ist in ganz kurzer Zeit von 290 auf rund 700 angestiegen. Die Schule ist inzwischen so vielgestaltig geworden, dass daraus drei selbständige Schulen gebildet werden mußten, und zwar:

1. Deutsche Handelsschule
mit angegliederter deutscher kaufmännischer Berufsschule,
2. Deutsche Handwerkerschule für Metallgewerbe (Maschinenschlosser-, Werkzeugmacher- und Bauschlosserausbildung)
mit angegliederter gewerblicher Berufsschule,
3. Deutsche Haushaltungsschule
mit angegliederter hauswirtschaftlicher Berufsschule.



[252] *Deutsche Handwerkerschule in Warschau.*

Die Lehrwerkstätten der Handwerkerschule entsprechen allen modernen Anforderungen. Mit der Handwerkerschule steht ein in der unmittelbaren Nähe der Schule gelegenes Musterlehrlingsheim in Verbindung, das von der HJ in erfreulicher Zusammenarbeit geführt wird.

Die Jungen werden in der Schule und in Verbindung mit ausgesuchten Betrieben theoretisch und praktisch zu qualifizierten Fachleuten herangebildet. Gerade die enge Verbindung mit dem Lehrlingsheim und der Praxis wird die Grundlage



[253] *Nähunterricht in der deutschen Haushaltsschule.*

für eine erfolgreiche Erziehung des volksdeutschen Nachwuchses sein.
Die deutsche Haushaltungsschule verfügt über alle erforderlichen Einrichtungen. Neben einer Haushaltungsklasse wird ab 1. 9. 42 eine Kinderpflegerinnenklasse und eine Klasse einer Handwerkerschule für Schneiderinnen geführt.
Mit dem 1. September 1942 nimmt auch die erste Klasse einer vierklassigen Wirtschaftsoberschule ihre Arbeit auf, die ein beruflich ausgerichtetes Wissen vermitteln soll und zur Hochschulreife führen wird.
Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auf dem Gebiet des deutschen Schulwesens in 3 Jahren außerordentlich wichtige Aufbauarbeiten geleistet worden sind. Die unhaltbaren Zustände der früheren Republik Polen, in der deutsche Kinder unter Mißachtung ihres Volkstums polonisiert wurden, sind endgültig beseitigt. Den deutschen Jugendlichen ist jetzt die Möglichkeit gegeben, in einer deutschen Schule in der Muttersprache die erforderliche Ausbildung und Erziehung zu erhalten.



[256]

3. Das polnische Schulwesen und das Minderheitenschulwesen

Durch die Kriegsereignisse im September 1939 war das gesamte polnische Schulwesen in der ehemaligen Republik Polen stillgelegt worden. Wenn die deutsche Verwaltung Gleiches mit Gleichem hätte vergelten wollen, hätte sie an diesem Zustande nichts zu ändern brauchen. Dies geschah aber nicht, vielmehr wurden die polnischen Volksschulen, Berufs- und Fachschulen sofort wieder in Gang gesetzt.
Noch im Schuljahr 1939/40 konnten im Distrikt Warschau nicht weniger als 1 469 polnische Volksschulen und 117 Kindergärten ihren Schulbetrieb wieder aufnehmen. In ihnen geniessen 323 117 polnische Kinder im schulpflichtigen Alter die schulische Betreuung, während 8 385 Kinder im vorschulpflichtigen Alter in Kindergärten untergebracht sind. Diese Zahlen muss man sich vergegenwärtigen, wenn man an die skandalöse Unterdrückung der früheren deutschen Minderheit in der früheren Republik Polen zurückdenkt.
Von wesentlicher Bedeutung ist, daß in sämtlichen Schulen die Unterrichtssprache polnisch ist und daß die deutsche Sprache in den polnischen Volksschulen überhaupt nicht unterrichtet wird. Das ist auch der beste Beweis dafür, daß wir Deutschen nicht die Absicht haben, die hier lebenden Polen in irgendeiner Weise zu germanisieren.
Daß dieser Unterricht nicht mehr im Haß gegen das Deutschtum mit den Hetzmaßnahmen des früheren polnischen Lehrerverbandes erfolgt, ist eine Selbstverständlichkeit, die sich aus der veränderten politischen Situation ergibt. Es sei aber ausdrücklich betont, daß der Religionsunterricht in keiner Weise angetastet ist, auch dieser Religionsunterricht wird den in der Hauptsache römisch-katholischen Polen in ihrer Muttersprache erteilt. 349 lehrbefähigte und von der zuständigen Kirchenbehörde zugelassene Religionslehrer erhalten hierfür eine staatliche Entlohnung.
Neben den staatlichen polnischen Volksschulen werden zur Zeit auch noch private Volksschulen geduldet, die eine Besucherzahl von 10 953 Zöglingen aufweisen, während in privaten Kindergärten 2 845 Kinder betreut werden.
Ein Teil dieser kleineren privaten Volksschulen wird von Mitgliedern geistlicher Orden unterhalten. Diese Volksschulen werden in der Hauptsache von Waisenkindern, Obdachlosen, Schwachsinnigen und Blinden besucht. Sie sind mit Fürsorgehäusern verbunden und tragen ausgesprochen sozialen Charakter.
[257] Sehr gross ist die Zahl der polnischen Lehrkräfte: Gegenwärtig sind 6 291 Lehrkräfte und 231 Kinderhortnerinnen angestellt. Wenn man diese Zahlen mit den brutalen Entlassungen deutscher Lehrer in den nach dem Weltkrieg von den Polen besetzten deutschen Ostgebieten vergleicht, so kann daraus am besten ersehen werden, wie großzügig die deutsche Verwaltung dem polnischen Volksschulwesen gegenübersteht.
Die Haltung dieser polnischen Lehrerschaft ist im allgemeinen zufriedenstellend. Gegen politische Unruhestifter ist mit strengsten Maßnahmen vorgegangen worden; aber es handelt sich hierbei um Einzelfälle. Insgesamt hat die Haltung der polnischen Lehrerschaft - wenigstens nach außen hin - zu ernsten Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Die polnische Lehrerschaft hat sich vielmehr gerade auf dem Lande über ihre Schularbeit hinaus Aufgaben gewidmet, die im Interesse der Öffentlichkeit liegen. Im Vorfrühling 1942 sind nahezu sämtliche polnischen Lehrer und Lehrerinnen im Absammeln und Trocknen von Heilkräutern, Teeblättern und Roßkastanien sowie in der Technik der Seidenraupenzucht durch Fachleute, die die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gestellt hat, durchgeschult worden. Trotz zweier für die Jungbäumchen sehr ungünstiger Winter nimmt die Seidenraupenzucht im Distrikt Warschau einen beachtlichen Aufschwung. Im Kreise Lowitsch erhielten die Seidenbauer 240 m Kunstseide als Prämien, einige Schulen Belobigungsschreiben der Zentralprüfungsstelle für Seidenbau in Milanowek.
Neben den polnischen Schulen gibt es in der Stadt Warschau auch noch ein Minderheitenschulwesen. Eine öffentliche ukrainische und eine private russische Volksschule tragen dem Bildungsbedürfnis dieser Volksgruppen Rechnung. Auch den weißruthenischen Volks-

gruppen ist eine eigene Volksschule in Warschau genehmigt worden, wovon die Weißruthenen bisher allerdings noch keinen Gebrauch gemacht haben. Immerhin konnten neben den fortgeführten 118 polnischen öffentlichen und privaten Kindergärten auch noch ein ukrainischer und ein weißruthenischer Kinderhort eröffnet werden.

Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde auch dem polnischen Berufs- und Fachschulwesen gewidmet, das weitgehend neu geordnet worden ist.

Das polnische Berufs- und Fachschulwesen wird durch die wirtschaftliche Struktur des Distrikts Warschau, vor allem durch die [258] zahlreichen gewerblichen und industriellen Betriebe des Großraumes Warschau bestimmt. Seine besondere Bedeutung erfährt es dadurch, daß die allgemein bildenden polnischen höheren Schulen geschlossen worden sind. Jede über das Ziel der Volksschule hinausgehende Bildung muß deshalb in Verbindung mit der praktischen Ausbildung in den Lehranstalten des Berufs- und Fachschulsektors gewonnen werden.

Die Qualität des polnischen Arbeiters und seiner Arbeit steht im allgemeinen hinter der des deutschen Arbeiters zurück. Besonders läßt auch die mengenmäßige Leistung zu wünschen übrig. Das geringe Leistungsvermögen beruht zum Teil auf den Mängeln des polnischen Berufs- und Fachschulwesens, die sich im Wirtschaftsleben heute noch auswirken. Der Unterricht war zu theoretisch und zu wenig praxisverbunden. Der theoretische Unterricht nahm im Verhältnis zur Praxis zu viel Zeit in Anspruch. Hier wurde grundlegender Wandel geschaffen. Die Lehrpläne wurden den Erfordernissen des praktischen Lebens angepasst. Es werden außerdem nur Schüler aufgenommen, die über eine ausreichende Praxis verfügen. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß ein wirklich brauchbarer Nachwuchs herangebildet wird.

Die deutsche Schulverwaltung hat durch Gründung der Höheren Technischen Fachschule in Warschau noch eine Stufe auf die Fachschule aufgebaut. Nur die befähigsten und über eine ausreichende Praxis verfügenden Bewerber werden aufgenommen.

Die Arbeit an den Fachschulen kann nur dann Erfolg haben, wenn die untersten Stufen des berufsbildenden Schulwesens, die Berufs- und Handwerkerschulen, in Ordnung sind. Der polnische Staat hat es nicht vermocht, die Berufsschulen so auszubauen, daß sie tatsächlich den Unterbau für die Fachschule darstellen und den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht werden. Die Berufsschulen hatten keine geeigneten Lehrkräfte. Sie waren zersplittert, der Schulbesuch war unregelmässig und der Unterricht fand in den Abendstunden statt. Durch diese Mängel wurde eine erfolgreiche Arbeit unmöglich gemacht. Seit Ausübung der deutschen Schulaufsicht wurden diese Mängel mehr und mehr abgestellt. Die Regierung des Generalgouvernements trägt jetzt zum Beispiel die gesamten persönlichen Kosten für die Berufsschullehrer, um so tatkräftig zu helfen. Die Lehrkräfte erhalten eine Fachausbildung, und die Vorarbeiten für eine spezielle Ausbildung der Berufsschullehrer sind abgeschlossen.

[259] Einzelne Zweige der gewerblichen Wirtschaft, besonders die des Handwerks, waren früher nicht in der Lage, selbst ausreichenden Nachwuchs heranzubilden. Die polnische Schulverwaltung hat deshalb zum Teil recht ordentliche Handwerkerschulen eingerichtet, aber nur in der Stadt Warschau. Da jedoch die Schulung des Nachwuchses auch in den Klein- und Mittelstädten notwendig ist, sind in den letzten 2½ Jahren auch in diesen Städten Handwerkerschulen gegründet worden, deren Ausbau nach besten Kräften gefördert wird.

Besondere Bedeutung kommt dem kaufmännischen Schulwesen zu, da es die Aufgabe hat, den Nachwuchs für das ausgeschiedene jüdische Element heranzubilden.

Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Im Schuljahr 1938/39 waren in den Fach- und Berufsschulen des Distrikts Warschau insgesamt 35 000 Jugendliche eingeschult, im Schuljahr 1941/42 dagegen rund 63 000. Das bedeutet in der kurzen Frist von 2½ Jahren, daß 28 000 Jugendliche mehr einer praktisch ausgerichteten Ausbildung zugeführt werden.

Im einzelnen ergibt sich bei der Gegenüberstellung des Schuljahres 1940/41 zum Schul

jahr 1941/42 folgende Steigerung in den Schülerzahlen:

Handels- und Handelsfachschulen	23%
Handwerker und Handwerksschulen	44%
Gewerbliche Fachschulen	33%
Haushaltungs- und Kinderpflegerinnenschulen	60%

Besondere Fürsorge erfahren auch die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen. Gerade in ihnen ist die Möglichkeit gegeben, auf dem schnellsten und sichersten Wege über die Jugend auch die Elternschaft vom fachlichen Standpunkt aus zu erfassen und sie an der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung wesentlich Anteil nehmen zu lassen. Die landwirtschaftlichen Schulen sind die Grundlage zur Hebung des fachlichen Verständnisses der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. Im Distrikt Warschau bestehen rund 20 landwirtschaftliche und gärtnerische Fachschulen für Jungen und Mädchen. Im letzten Jahr ist außerdem ein dichtes Netz von landwirtschaftlichen Berufsschulen gezogen worden, das vorerst alle in der Landwirtschaft tätigen männlichen und zum Teil auch weiblichen Jugendlichen erfaßt.
Welche Bedeutung dem Berufs- und Fachschulwesen von seiten der deutschen Verwaltung beigemessen wird, ergibt sich aus nachstehender Gegenüberstellung:
[260] Im Generalgouvernement werden an polnische Lehrkräfte Gehälter ungefähr in der gleichen Höhe wie vor dem Kriege gezahlt. Im Haushaltsplan der Republik Polen (etwa 34 Millionen Einwohner) waren für das gesamte Gebiet der Republik im Rechnungsjahr 1938 die persönlichen Kosten für das Berufs- und Fachschulwesen mit 13 Millionen Zloty veranschlagt. Im Haushaltsplan des Distrikts Warschau (3,4 Millionen Einwohner) sind für persönliche Kosten der Berufs- und Fachschulen rund 10,5 Millionen Zloty vorgesehen.
Bei einem zusammenfassenden Rückblick auf die Arbeit, die der Neuordnung des polnischen Schulwesens gewidmet worden ist, kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß auf diesem Gebiet mitten im Krieg eine große Aufbauarbeit geleistet worden ist. Diese Arbeit zeigt gleichzeitig den Unterschied zwischen deutscher und polnischer Herrschaft: Früher stärkste Unterdrückung der deutschen Schulen durch den polnischen Staat, heute weitgehende Unterstützung des polnischen Schulwesens durch die deutschen Dienststellen des Generalgouvernements.
Von dem Gesamtverhalten der polnischen Bevölkerung wird es abhängen, ob auf diesem Gebiet auch in Zukunft die bisherige Politik fortgesetzt werden kann.



Teil 18

Gefolgschaftsbetreuung und Freizeitgestaltung

Für die im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen ist eine Betreuung im wahrsten
Sinne des Wortes erforderlich, da jeder, von Heimat und Familie losgelöst, besonderen
Gefahren, aber auch vielen Widerwärtigkeiten des täglichen Lebens ausgesetzt ist. Das
Ziel der deutschen Verwaltung war es daher, für die im Distrikt Warschau lebenden Deut-
schen einen Mittelpunkt zu schaffen und ihnen zu günstigen Lebensbedingungen und geis-
tigen Anregungen zu verhelfen.
So wurde als Mittelpunkt des Deutschtums in Warschau das frühere Ministerratsgebäude
zum "Deutschen Haus" umgebaut, das in seiner großzügigen Anlage und seinem streng
klassizistischen Stil schon von aussen den Eindruck deutscher Art erweckt. Dieses Gebäu-
de hat in den etwa 300 Jahren seines Bestehens ein vielgestaltiges Schicksal erlebt: Zu-
nächst war es ein Adelspalast des Fürsten Radziwill, dann wurde es als öffentliches Thea-
ter benutzt, in der russischen Zeit diente es als Statthalterpalais, im Weltkriege war es der
Sitz der deutschen Militärverwaltung und in der Zeit des nach Versailles entstandenen pol-
nischen Staates das Gebäude des polnischen Ministerrates, in dessen Mauern jene hoch-
politischen Erörterungen und Besprechungen stattfanden, die nicht zuletzt zum Ausbruch
des jetzigen Krieges geführt haben. In den Fest- und Gesellschaftsräumen des Gebäudes
finden die großen staatlichen Empfänge statt. Das Haus ist aber auch mit seinen Wein-
und Bierstuben, seinem Kaffeehaus und Gartenrestaurant Treffpunkt aller Deutschen zu
Erholung und Unterhaltung. Auch werden hier und in drei weiteren Kasinos täglich über
1.100 Gefolgschaftsangehörige des Distrikts in gemütlichen Räumen verpflegt, so dass sie
sich um die Beschaffung ihrer Mahlzeiten nicht mehr zu sorgen brauchen.
Die Seitenflügel des Deutschen Hauses enthalten neben einigen Gästeräumen eine An-
zahl geschmackvoll und zweckmässig eingerichtete Wohnzimmer zur Unterkunft von Ge-
folgsschaftsmitgliedern, die keinen eigenen Hausstand führen wollen.
Daneben ist es notwendig geworden, viele Wohnungen im Deutschen Viertel nach
deutschem Geschmack einzurichten, sie mit Möbeln, Vorhängen und Bettzeug auszustat-
ten. Somit ist das Wohnen in unzulänglichen Hotels nur noch in seltenen Fällen notwendig.
Vor allem wurden zwei grosse Gefolgschaftshäuser mit über 150 Zimmern neu ausgebaut
und mit Möbeln schlichten, deutschen Stils eingerichtet, so dass im Rahmen kleiner Wohn-
gemeinschaften jeder ein behagliches Wohnschlafzimmer, oft auch noch einen gemein-
schaftlichen Wohnraum zu seiner Verfügung hat. Diese Einrichtung erfreut sich allgemei-
ner Beliebtheit und hat sich im Lauf der Zeit als sehr zweckmässig bewährt.
Noch notwendiger als in Warschau war die Schaffung solcher Gemeinschaftshäuser in den
kleinen Städten, wo es den Kreishauptleuten gelungen ist, trotz primitivster Umgebung in
teilweise geradezu vorbildlicher Weise für Wohnkultur zu sorgen.
Neben der Versorgung mit Wohnungen und Verpflegung wurden.aber noch viele andere
Dinge notwendig, z. B. die Einrichtung deutscher Geschäfte mit normalen Preisen, die
Schaffung einer Krankenstube zum Ersatz für die fehlende häusliche Pflege, Annahmestel-
len von Wäsche und Schuhreparaturen in den Dienststellen, Ermöglichung von Diätkost

und Höhensonnenbestrahlungen, Eröffnung einer Schneiderstube, in der jeder weibliche Angestellte sich selbst die Kleidung nähen kann, Bereitstellung eines Erholungsheimes in schöner Umgebung. Sogar eine deutsche Strassenbahnlinie musste eingerichtet werden, damit die Deutschen nicht zu stark in Berührung mit der polnischen Bevölkerung kommen.
Die Schaffung angemessener Lebensbedingungen ist aber nur der Anfang der Betreuung. Es gilt darüber hinaus, den deutschen Menschen geistige Anregung zu verschaffen, um ihn für den tägliche kraftzehrenden Einsatz unter fremden Volkstum fähig und stark zu erhalten. Diese grosse Aufgabe hat die Abteilung Propaganda im Zusammenwirken mit der Partei in vorbildlicher Weise gelöst, wie im einzelnen im nächsten Artikel geschildert wird.
Weiter nimmt der Sport einen grossen Teil der Freizeit in Anspruch. Es ist in den Jahren des Aufbaues viel für die körperliche Ertüchtigung der Deutschen getan worden. So wurden zur Ausübung der verschiedenen Sportarten geschaffen: Das Klubheim an der Weichsel mit günstiger Gelegenheit zum Segeln, Rudern und Paddeln, der Agricolapark mit seinem neuen Schwimmbassin, schön gelegenen Tennisplätzen und Sportanlagen für Leichtathletik und Schiessen, ja sogar für den Wintersport das Hallenschwimmbad in der Y M C A und nicht zuletzt der Reit- und Turnierverein, der sich reger Teilnahme erfreut.
Trotz mancher Schwierigkeiten war es immer wieder möglich, durch gemeinschaftliche Ausflüge, Besichtigungen oder schöne Fahrten auf der Weichsel der Gefolgschaft einen Einblick in Landschaft und Leben und die alte deutsche Kultur des Weichselraumes zu vermitteln.
Mancher Kameradschaftsabend in Frische und Fröhlichkeit, schöne Weihnachtsfeiern und Kinderfeste haben dazu beigetragen, dass die hier tätigen, aus allen Gauen des Reiches kommenden Deutschen zu einer geschlossenen Gemeinschaft geworden sind.

Deutsches Kulturleben in Warschau
1. Die Arbeit der deutschen Propaganda

Unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Warschau rückten auch Männer des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in die neu eroberten Gebiete ein, deren Aufgabe es war, den deutschen Soldaten zu betreuen und darüber hinaus der Bevölkerung die politischen und militärischen Ereignisse durch Presse, Lautsprecherwagen und Plakate bekanntzugeben.
Nach Errichtung des Generalgouvernements bildeten diese Männer, die bisher als Außenposten des Reichspropagandaamtes für die besetzten polnischen Gebiete in Litzmannstadt gewirkt hatten, die Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda beim Distriktschef in Warschau. Ihr oblagen alle Aufgaben, die im Raum des Großdeutschen Reiches das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu bewältigen hat. Während sich aber die Propagandaarbeit im Reich an Menschen gleichen Blutes wendet, liegen die Verhältnisse im Generalgouvernement infolge der volkstumsmässigen Struktur des Gebietes völlig anders. Hier wendet sich die Propaganda nicht nur an deutsche Menschen, sondern sie hat auch auf Polen, Russen, Ukrainer und sogar Juden ihre Wirkung auszuüben, wobei auf die verschiedenartige Mentalität der einzelnen Volksgruppen Rücksicht genommen werden muss.



[294] *Der 9. November in Warschau.*

Besonders schwierig gestaltete sich die Arbeit der Propaganda im Distrikt Warschau mit seiner Millionenstadt Warschau. Warschau war als frühere polnische Hauptstadt die Hochburg des Polentums gewesen, in der alle politischen und kulturellen Führungsmittel konzentriert waren. **Außerdem hatten die Juden, die ein Drittel der gesamten Einwohnerzahl Warschaus ausmachten, einen sehr starken Einfluss auf das geistige, kulturelle und politische Leben ausgeübt, so dass die öffentliche Meinung durch diese jahrelange jüdische Beeinflussung außerordentlich vergiftet worden war.**

Es war daher selbstverständlich, dass im Interesse der Verhinderung einer weiteren Verhetzung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Deutschtum [272] alle deutschfeindlichen Druck-Erzeugnisse ausgesondert werden mussten, genau wie alle Neuerscheinungen vorher überprüft werden mussten.
Darüber hinaus galt es, das kulturelle Leben der Polen weitgehend zu überwachen.
Vor dem Kriege hat es in Warschau 10 grosse Theater, 1 Oper, 4 Operetten und andere Schaubühnen gegeben. Alle diese Theater waren durch Kriegseinwirkungen zerstört. Die Menschen, die dort tätig gewesen waren, strebten naturgemäss danach, ihre alte Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dies konnte selbstverständlich nicht ohne Nachprüfung geschehen, da gerade von der Bühne herab oft genug die gehässigste deutschfeindliche Propaganda getrieben worden war.
Die Abteilung Propaganda hat diese schwierige Aufgabe mit der grössten Sorgfalt durchgeführt. Die brotlosen Künstler, bei deren Überprüfung sich nichts Nachteiliges ergab, wurden sehr schnell einer ihrem Können entsprechenden Tätigkeit zu geführt. Sie erhielten Erlaubniskarten zur Ausübung des Berufes als Sänger, Schauspieler, Buchhändler usw.
Mit Rücksicht auf die Verhetzung der Bevölkerung war es weiter notwendig, die Programme in den wieder zugelassenen Unterhaltungsstätten zu beaufsichtigen und sie von Erzeugnissen jüdisch-marxistischer Mentalität zu säubern.
Besondere Sorgfalt wurde der aktiven Propaganda gewidmet. Bereits im Herbst 1939 waren die politischen und militärischen Ereignisse der polnischen Bevölkerung durch Lautsprecherwagen bekanntgegeben worden. Im Lauf der Zeit wurden stationäre Lautsprecheranlagen in Warschau und in den Städten des Distrikts geschaffen. Ausserdem wurde nach und nach eine Anzahl Kinos für die polnische Bevölkerung wieder in Betrieb genommen.
Für die Aufklärung der Gesamtbevölkerung kam es zu verschiedenen Großaktionen, unter denen die "Anti-Fleckfieber-Aktion", die "Antijudenaktion" und die "V-Aktion" erwähnt seien, die sämtlich das Ziel hatten, die Bevölkerung über die wichtigsten Dinge zu unterrichten.
Aus verständlichen Gründen kann zur Zeit im einzelnen hierüber nichts Näheres gesagt werden, ebenso wie die sehr interessanten Beobachtungen, die bei der Durchführung derartiger Aktionen hinsichtlich der geistigen Einstellung weiter Teile der polnischen Bevölkerung gemacht worden sind, erst in einer späteren Zeit der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden können.
Eine weitere Hauptaufgabe der deutschen Propaganda war es, sich der politischen Betreu-

ung der deutschen Bevölkerung zu widmen.
[273] Die Versuchungen, die das Warschauer Milieu für viele Deutsche darstellt, dürfen nicht unterschätzt werden. Der eigenartige Reiz des polnischen Kaffeehauslebens hat auf zahlreiche Deutsche Eindruck gemacht. Um die Gefahren zu beseitigen, die insoweit den in Warschau lebenden Deutschen drohten, mussten Möglichkeiten für eine anderweitige Zerstreuung und Unterhaltung und für kulturelle Darbietungen von höherem Wert geschaffen werden. In gleicher Weise war es aber auch wichtig, die hier lebenden Volksdeutschen, die bisher in weltanschaulicher Hinsicht durch die rein polnische Umgebung oftmals dem deutschen Volkstum entfremdet worden waren, politisch zu schulen und zu nationalsozialistischem Denken zu erziehen.
Es ist selbstverständlich, daß die Arbeit der Partei hierbei im Vordergrund stand, wie überhaupt alle Massnahmen von Anfang an in Warschau parteimässig ausgerichtet waren.

Den ersten sichtbaren Ausdruck einer wirklichen nationalsozialistischen Gemeinschaft bildete die deutsche Volksweihnachtsfeier 1939, die in dem nunmehr bereits traditionellen Versammlungsraum, dem "Haus Roma", veranstaltet wurde. Ende Januar 1940 fand dann die erste Großkundgebung des Generalgouvernements statt, auf der der frühere

Gauleiter von Wien,



[294] *Feierstunde im Hof des Palais Brühl.*

Abteilungspräsident Frauenfeld, sprach. Der gewaltige Andrang zu dieser Großkundgebung, bei der nur ein Teil der herbeigeströmten Deutschen und Volksdeutschen in den Versammlungsraum hineingelangen konnten, zeigte, wie wichtig es war, namhafte Männer des Reiches im Generalgouvernement sprechen zu lassen. In einer großen Versammlungswelle wurden darauf die hier lebenden Deutschen immer wieder neu erfasst und ausgerichtet. Einer der Höhepunkte war die Feierstunde des**Reichsarbeitsdienstes** am 31. 8. 1940, zu der über 20 000 deutsche Menschen aus dem gesamten Distrikt in War

schau zusammengeströmt



[293] *Einweihung des Adolf-Hitler-Platzes durch Gouverneur Dr. Fischer.*

waren. Die vom Reichsarbeitsdienst wirkungsvoll durchgeführte Feier war für die meisten

der hier lebenden Volksdeutschen das erste Erlebnis einer Großkundgebung im nationalsozialistischen Stil. Auch die Umbenennung des größten Platzes der Stadt Warschau in "Adolf-Hitler-Platz" am 1. 9. 1940 und die Wiederholung der Führerparade am 5. 10. 1940, wobei die Paradestraße in "Siegesstrasse" umbenannt wurde, sind Staatsakte gewesen, die auf die Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht haben.
Neben dieser politischen Betreuung galt es, die hier lebenden Deutschen geistig anzuregen und zu unterhalten.



NS-Reichssinfonie-Orchester.
[274]
Die Dresdner Philharmoniker in Warschau.



[274-277=Fotos] [278] Die Schaffung eines deutschen Theaters stand dabei im Mittelpunkt aller Bestrebungen. Daß diese ausserordentlich schwierige Aufgabe gelöst worden ist, ist ein stolzer Erfolg des kulturellen Schaffens in Warschau, über den **ein besonderes Kapitel dieses Buches** Aufschluss gibt.

Die geistige Betreuung der in Warschau lebenden Deutschen erfolgte weiter durch die Verpflichtung namhafter deutscher Künstler. Namen wie Heinrich George, Wilhelm Kempff, Elli Ney, Harald Kreuzberg, Ilse Meudtner, Margarete Teschemacher, Hilde Hildebrandt, Hans Wocke, Hans Friedrich Blunck zeugen davon, daß in ganz kurzer Zeit in Warschau auf geistig-künstlerischem Gebiet Hochleistungen geboten worden sind, wie sie auch im Reich nicht alltäglich sind. Bedeutende Klangkörper, wie das Kölner Kammer



[277] *Prof.-Wilhelm-Kempff-Abend.*

orchester, das NS-Sinfonieorchester, das Gewandhaus-Quartett, die Dresdener Philharmonie und das Philharmonische Orchester des Generalgouvernements, haben den vielen Kunstfreunden, die in Warschau leben, wertvolle Stunden der Bereicherung geschenkt.

Einen besonderen Höhepunkt im kulturellen Leben der Stadt Warschau stellen die "Warschauer Kulturtage" dar, die alljährlich im September stattfinden und weit über die Grenzen des Distrikts Warschau hinaus Anklang gefunden haben. Bereits bei den ersten Kulturtagen im Jahre 1940 gastierte das Berliner **Schiller**-Theater mit Heinrich George, wobei "Der Richter von Zalamea" aufgeführt wurde. Eine bedeutende Ausstellung "Deutsche Leistung im Weichselraum", zwei Konzerte der Philharmonie des Generalgouvernements, ein Dichterabend mit Karl Heinrich Waggerl und mehrere Veranstaltungen des Reichssenders Breslau zeigen, welchen Umfang und welchen reichen Inhalt diese Kulturtage gehabt haben.

Im Jahre 1941 standen diese Kulturtage wiederum auf einer sehr beachtlichen Höhe. Die Festaufführung des "Reiter" von Zerkaulen, ein Kammermusikabend mit dem Leipziger Gewandhaus-Quartett, ein Rezitationsabend mit Heinrich George und eine Dichterlesung mit E. Wittek waren Höhepunkte dieser Kulturtage. Als besonderes Geschenk des

Reichsministers für Volksaufklärung und

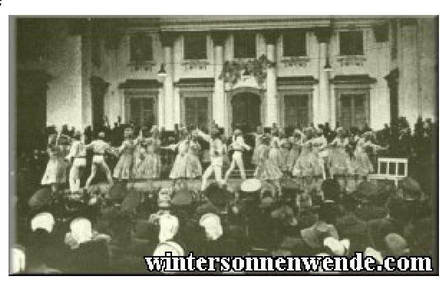


[275] *Schlosskonzert in Wilanow.*

Propaganda weilte an diesen Tagen Ministerialdirigent Hans Hinkel mit seiner "Berliner Künstlerfahrt" in Warschau, der die bekanntesten Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler angehören.

Im Jahre 1942 sind dann erstmalig die "Schlosskonzerte in Wilanow" durchgeführt worden, die zu einer dauernden Tradition werden sollen. An 6 Sommerabenden fanden in dem schönen Vorhof des [279] herrlichen Barockschlosses Ballett- und Konzertabende

statt, die jedesmal Tausende



[276] *Ballettabend in Wilanow.*

von Reichs- und Volksdeutschen anlockten. Diese stilvoll durchgeführten Veranstaltungen sind bereits im ersten Jahr ihres Bestehens eine überaus wertvolle Bereicherung des deutschen kulturellen Lebens in Warschau geworden.

Diese kulturellen Veranstaltungen haben eine weitgehende Unterstützung durch den "Deutschen Kulturring Warschau" erfahren, der im Jahre 1942 gegründet worden ist. Der Deutsche Kulturring ist eine Gemeinschaft zur Förderung des deutschen kulturellen Lebens und zur Erhaltung deutscher Kulturdenkmäler im Distrikt Warschau. In Förderung staatlicher Massnahmen will er vorhandene kulturelle Einrichtungen, wie z. B. den deutschen Volkschor und das Sinfonie-Orchester der Stadt Warschau, finanziell unterstützen. Ebenso will er Sonderveranstaltungen durch finanzielle Beihilfen ermöglichen, die der Aufrechterhaltung der engen Verbindung mit dem kulturellen Schaffen des Reiches dienen, wobei an Dichtervorlesungen, an Gastspiele von Reichsbühnen, an Ausstellungen und ähnliches gedacht ist. Endlich will er auch die Schöpfungen deutscher Baumeister und Handwerker, deutscher Maler, Dichter und Schriftsteller durch Sammlung, Beschreibung in Wort und Bild und, soweit erforderlich, durch bauliche Erhaltung als deutsches Volksgut sichern und pflegen.
Der Aufforderung des Gouverneurs, dem Deutschen Kulturring beizutreten, haben zahlreiche Deutsche sofort Folge geleistet. Dank der grossen finanziellen Spenden war es bereits möglich, für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen die finanzielle Rückendeckung zu schaffen.

Die Arbeit der Propaganda hat auch dem deutschen Schrifttum ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. So wurde bereits 1941 in Warschau eine Buchausstellung unter dem Motto "Buch und Schwert" durchgeführt, die mit einer Dokumentenschau über das Deutschtum Warschaus verbunden war. Diese Ausstellung war um so bedeutungsvoller, als außer einer kleinen Bücherei im "Deutschen Klub" und im "Verein deutscher Hoch

schüler" in Warschau keine großen deutschen Büchereien



[277] *Deutsche Buchhandlung in Warschau.*

und auch keine deutschen Buchhandlungen vorhanden gewesen waren. Die Alfred-Rosenberg-Buchspende wurde der Grundstock für eine Reihe von städtischen Büchereien in der Stadt und im Distrikt Warschau. Sie gab ferner die Möglichkeit, die Wehrmacht mit erheblichen Bücherspenden zu bedenken. Private Initiative kam diesem Bestreben zu Hilfe, als es galt, eine [280] deutsche Buchhandlung entstehen zu lassen, die durch ihre hervorragende Lage in der Krakauer Strasse gegenüber dem "Deutschen Haus" schon rein äußerlich eine Repräsentation deutschen Kulturwillens darstellt.
Die Abteilung Propaganda ist auch ihrerseits mit der Herausgabe eigener Schriften hervorgetreten, unter denen die "Warschauer Kulturblätter" und der "Führer durch Warschau" von Dr. Grundmann hervorzuheben sind.
Dem Film wurde bei der kulturellen Betreuung der Deutschen eine seiner Bedeutung entsprechende Rolle zugewiesen. Das schönste Lichtspieltheater der Stadt, das auf den Namen "Helgoland" umgetauft wurde, konnte als erstes Lichtspielhaus bereits im Dezember 1939 für Deutsche eröffnet werden. Nach kurzer Zeit wurden zwei weitere Lichtspielhäuser ausschliesslich für Deutsche in Betrieb genommen, in denen die besten deutschen Spitzenfilme bereits kurze Zeit nach der Uraufführung gezeigt werden. Daneben hat die film-

ische Betreuung der Wehrmacht in den Wintermonaten eine beachtliche Rolle gespielt. Trotz ungünstiger Witterung und denkbar schlechter Wegeverhältnisse sind die Filmwagen der Propaganda zu den entfernt liegenden Truppenunterkünften vorgestossen und haben dort viel Freude und Anregung gebracht.
Überhaupt ist die Truppenbetreuung eine der vordringlichsten Aufgaben gewesen. Tausende von wertvollsten Büchern sind der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden, wie auch große Sonderveranstaltungen im Rahmen der Wehrmachtbetreuung aufgezogen worden sind. Ein Fußballspiel von Schalke 04, das von über 20 000 Soldaten besucht worden war, und eine große Boxveranstaltung erster deutscher Berufsboxer in Anwesenheit von Max Schmeling seien hier ebenso erwähnt wie das erste großdeutsche Schachturnier im Generalgouvernement, an dem sich Weltmeister Aljechin und der ehemalige deutsche Meister Bogoljubow neben anderen führenden Schachmeistern beteiligten.
Der Betreuung der Verwundeten galt erst recht die besondere Aufmerksamkeit. Bei allen kulturellen Veranstaltungen sind stets eine grössere Anzahl Verwundeter als Gäste begrüßt worden.
Diese weitgehende Betreuung der hier lebenden Deutschen liegt völlig auf der Linie unserer Gesamtpolitik, die dem deutschen Osten eine andere Bedeutung beimisst, als es früher der Fall gewesen ist. In früherer Zeit ist eine Versetzung in den Osten oftmals als eine Strafe empfunden worden, da bei dem Begriff "Osten" unwillkürlich [281] der Begriff der Kulturlosigkeit auftauchte, weil eine falsche Propaganda dem Osten des Reiches angedichtet hatte, dass er weniger Kultur als der Westen aufweise.
Diese Auffassung muss endgültig ausgeräumt werden. Sie wird auch in wenigen Jahren der Vergangenheit angehören; denn die vielen Möglichkeiten zur kulturellen Betätigung und zum Genuss kultureller Güter, die hier im Osten geschaffen worden sind, werden diese früher weit verbreitete Auffassung bald Lügen strafen.



2. Deutsches Theaterleben in Warschau

Wer die Warschauer Theatergeschichte kennt, weiss, dass seit jeher in Polen viel deutsches Theater gespielt worden ist. Im Palais Radziwill, dem jetzigen "Deutschen Haus", erlebten schon ausgangs des 18. Jahrhunderts **Lessings**Schauspiele, wie "Emilia Galotti" und "Minna von Barnhelm", ihre Aufführung und auch Namen wie **Goethe** und **Schiller** leuchten mehr als einmal in der Warschauer Theatergeschichte auf.
In der polnischen Republik, die durch Versailles entstanden war, hat allerdings das deutsche Theater nicht mehr die Bedeutung wie früher gehabt; denn Polen schaute in der Hauptsache nach Paris, das nun einmal den modernen Polen als höchste Offenbarung vor Augen stand. So kam es, daß in den etwa 20 Jahren des Bestehens der polnischen Republik ein deutsches Theaterleben in Warschau, von Liebhaberkreisen abgesehen, überhaupt nicht mehr bestanden hat.
Es war daher sehr schwer, auf diesem Gebiet etwas Neues zu schaffen, da an eine bestehende Tradition nicht unmittelbar angeknüpft werden konnte. Und doch entwickelte sich in Warschau wie im ganzen Generalgouvernement sehr schnell ein deutsches Theaterleben, das unmittelbar nach Beendigung der kriegerischen Ereignisse der Thespiskarren der Frontbühnen den Tanks und Kanonen auf dem Fusse gefolgt war.
Die Frontbühnen Dreher, Oberland, Pleß u. a. sind noch jedem deutschen Soldaten, der damals hier in Polen stand, ein Begriff, und jeder denkt dankbar an diese Frontbühnen zurück, weil sie die ersten Kulturbringer waren, die dem deutschen Soldaten in einer fremden Umgebung die Worte der Heimat brachten und ihm dadurch Freude und Entspannung be-

reiteten.
[282-285=Fotos] [286] Aber bei diesen Theatervorführungen handelte es sich nur um seltene Gelegenheiten. Das Ziel war, endgültig ein deutsches Theater zu schaffen, um eine dauernde Kulturstätte zu haben, auf der Abend für Abend das deutsche Geistesleben zu Wort kommen sollte.

Die Männer, die in dieser Hinsicht für das Generalgouvernement bahnbrechend gewirkt haben, waren der demalige Leiter der Abteilung Propaganda im Amt des Distrikts Warschau, der spätere Präsident der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements, Oberregierungsrat Ohlenbusch, und Erich Claudius, der leider so

früh



Sommerspiele 1940
auf der Freilichtbühne im Lazienki-Park.
(Bühnenaufbau für "Das laute Geheimnis".)
[285]
*Szenenbild aus **Goethes** "Iphigenie auf Tauris".*



verstorbene Theater- und Musikreferent in der Abteilung Propaganda des Distrikts Warschau. Sie sind diejenigen gewesen, die im Generalgouvernement das erste deutsche Theater geschaffen haben: die Sommerspiele im Belvederepark zu Warschau.
Nicht weit vom Schloss Lazienki, einem der schönsten Gebäude Warschaus, hatten sich einstmals polnische Könige von deutschen Baumeistern nach dem Muster des antiken Theaters von Herkulaneum eine Freilichtbühne erbaut. Diese alte Theaterbühne im Belvederepark wurde neu belebt. Deutsche Schauspieler sprachen hier mitten in der einstigen Hauptstadt der früheren Republik Polen Abend für Abend zu Deutschen die ewigen Verse von **Goethes** "Iphigenie", sie spielten Calderons "Lautes Geheimnis" und Tirso de Molinas "Don Gil von den grünen Hosen" und erfreuten damit Tausende von Zuschauern, die an den schönen Sommerabenden den märchenhaften Zauber einer Theateraufführung im Belvederepark erleben konnten.



[282] *Theater der Stadt Warschau.*



[283] *Innenraum des Theaters der Stadt Warschau.*



[284] *Szene aus "Richter von Zalamea"*
mit Heinrich George.

Diese "Sommerspiele" liessen erst recht den Wunsch aufkommen, ein ständiges Theater in Warschau zu errichten, und auch dieser Plan ging bald in Erfüllung: Bereits am 6. Oktober 1940 konnte, nachdem kurz vorher schon in Krakau das "Staatstheater des Generalgouvernements" ins Leben gerufen worden war, das "Theater der Stadt Warschau" eröffnet werden.
Das neue Theater, das durch einen Umbau des früheren durch den Krieg nicht allzu sehr beschädigten "Teatr Polski" entstanden war, wurde in Gegenwart des Generalgouverneurs mit der Aufführung von **Friedrich Hebbels** "Agnes Bernauer" eingeweiht. Noch im gleichen Monat gastierte Heinrich George mit dem Ensemble des **Schiller**-Theaters der Reichshauptstadt, der den "Richter von Zalamea" in einer künstlerisch hochstehenden Inszenierung den Deutschen bescherte.
Weiter fand kurz danach die Eröffnungsfeier des erste Philharmonischen Konzertes unter der Leitung von Dr. Hans Rohr statt, bei [287] der Werke von **Bach**, **Beethoven** und **Brahms** und andere unsterbliche Werke unserer grossen Meister einer dankbaren Zuhörerschaft vermittelt wurden.
Das Gastspiel der Königlichen Oper Viktorio Emanuele in Florenz, das die Oper Comorosas "Die heimliche Ehe" in einer glanzvollen Aufführung darbot, darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.
Nach diesen Gastspielen begann dann die eigentliche Arbeit des Theaters der Stadt Warschau mit einem eigenen Spielkörper.

In der Spielzeit 1940/41 sind im ganzen 187 deutsche Vorstellungen vor einem deutschen Publikum gespielt worden. Unter den aufgeführten Stücken seien erwähnt:

"Ein ganzer Kerl", Komödie von Fritz Peter Buch,
"Der Vetter aus Dingsda", Operette von Ed. Künnecke,
"Die Fledermaus", Operette von **Johann Strauß**,
"Das Hahnenei", Lustspiel von Hans Fritz,
"Donna Diana", Lustspiel von Don Augustin Moreta,
"Drei alte Schachteln", Operette von Walter Kollo,
"Kleine Parfümerie", Lustspiel von Leo Lenz,
"Die Primanerin", Lustspiel von Siegmunt Graff,
"Die lustige Witwe", Operette von Franz Lehar,
"Die Frau ohne Kuss", Lustspiel mit Musik von Walter Kollo,
"Marguerite: 3", Lustspiel von Fritz Schwifert.



[283] *Bühnenbild zur "Fledermaus".*



[284] *Szenenbild aus "Egmont".*

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß im allgemeinen Operetten und leichte Unterhaltungsstücke den Hauptteil des Repertoires darstellen, wie es in der Natur der Sache liegt. Aber die vorerwähnte richtunggebende Agnes-Bernauer-Aufführung des Staatstheaters bei der feierlichen Eröffnung hatte bereits die Verpflichtung enthalten, auch klassischen Stücken Raum zu geben. So ist auch in der Spielzeit 1941/42 mit **Goethes** "Egmont" der Anfang gemacht worden. Ferner kam es in dieser Spielzeit zur Aufführung des Zerkaulen Stücks "Der Reiter", des Schauspiels "Die Fahne" von O. E. Groh und zur Inszenierung von **Dauthendeys** "Spielereien einer Kaiserin". Diese ernsten Stücke zeigen, dass das Theater der Stadt Warschau bemüht ist, sein Niveau zu erhöhen. Deshalb sind auch für die Zukunft weitere klassische Stücke vorgesehen.
Das "Theater der Stadt Warschau" spielt übrigens nicht nur für Deutsche, an einigen Tagen der Woche gibt es ausgesprochen polnische Vorstellungen, in denen polnische Künstler vor polnischem Publikum Theater spielen.
[288] Die Arbeit des "Theaters der Stadt Warschau" bereits jetzt abschliessend zu würdigen, wäre verfrüht; denn es ist - unter der Leitung des Intendanten Franz Nelkel - erst im Aufbau begriffen. Es können daher an seine Aufführungen selbstverständlich noch nicht

die Anforderungen gestellt werden, die ein verwöhntes Theaterpublikum an die Vorstellungen der großen Theater in Berlin und München oder anderer deutscher Theaterstädte zu stellen pflegt. Es wäre auch ungerecht, hier den gleichen Maßstab anzulegen.
Aber eins muß jeder bewundernd anerkennen: Die Tatsache, dass hier mitten in dem größten Krieg unseres Jahrhunderts überhaupt ein deutsches Theater entstanden ist, auf dem fast allabendlich einem dankbaren deutschen Publikum auch während des Krieges die kulturellen Güter der Heimat vermittelt werden.
Das alte Wort, dass während des Krieges die Musen schweigen, gilt im heutigen Deutschland nicht mehr. Warschau und das ganze Generalgouvernement mit seinem neu erstehenden deutschen Theaterleben sind hierfür der beste Beweis.